

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Abdruck: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung - Preisliste für 1898 unter Nr. 1977.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Berichts- und Bekanntmachungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant. L. Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 13. März 1896.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Arbeiter und Fabrikinspektion in Baden.

II. 2. Art und Umfang der Aufsicht im Jahre 1895.

Bei der Besprechung des vorjährigen Berichtes über die Fabrikinspektion in Baden wurde in der sozialistischen Presse bemerkt:

Es ist richtig und gerade von den Arbeitern immer am offensten anerkannt worden, daß Dr. Wörthoff durch sein sozialpolitisches Verständnis die badische Fabrikinspektion in ihrer Beurteilung der Arbeiterverhältnisse auf die erste Stelle im ganzen Deutschen Reich erhoben hat. Darüber dürfen aber die vielen Mängel, mit denen die Arbeiter in Fabriken zu kämpfen haben, nicht vergessen werden und diese können nur dann wirksam kontrolliert werden, wenn jeder Betrieb jährlich wiederholt inspiziert wird. Die Vermehrung der badischen Fabrikinspektions-Beamten ist also eine unabwendbare Forderung im Arbeiterinteresse, welche unsere Abgeordneten im Landtage hoffentlich mit demselben Erfolge stellen, wie unsere Genossen in Hessen für eine viel kleinere Industrie bereits vier Beamte durchgesetzt haben.

Wir erhalten jetzt im neuen Bericht die entgegenkommende Antwort, die von dem sozialpolitischen Verständnis der Fabrikinspektion zu erwarten war. Es sollen in den nächsten zwei Jahren zwei weitere Hilfsbeamte angestellt werden, wegen der zahlreichen kleineren Geschäfte, die sich die stattgefundenen Ausbildung der Arbeiterschutzes-Gesetzgebung selbst ergeben. Auch die Kontrolle der getroffenen Einrichtungen lasse „eine intensivere Tätigkeit erwünscht erscheinen.“ Das sind fast wörtlich die Gründe, die im vorigen Jahre für eine Vermehrung angeführt wurden, so daß man sagen kann, hier hat endlich einmal ein gutes Wort einen guten Ort gefunden. Etwas langsam soll es ja mit der Beamtenvermehrung immer noch gehen. Hier hat offenbar die Rücksicht auf den Landtag mitgesprochen. Vielleicht machen unsere badischen Landtags-Abgeordneten dadurch etwas mehr Dampf hinter die Sache, daß sie bei der bevorstehenden Etatsberatung beantragen, daß alle beide Hilfsbeamte auf einmal in den Staatsvoranschlag für 1896/97 eingestellt werden. Außerdem werden sie wohl nach einer genaueren Erläuterung des Zusatzes fragen müssen, der im neuen Bericht enthalten ist: „Die Auswahl der neu hinzutretenden Beamten wird mit Rücksicht auf die Natur der Geschäftsverrichtungen, die zur Personalvermehrung Anlaß geben, zu erfolgen haben.“ Soll das heißen, daß von den Hilfsbeamten keine akademische Bildung verlangt wird, und daß man mehr auf ihre praktischen Kenntnisse vom Fabrik- und Arbeiterleben sehen will, so begründen wir diese Wendung. Soll sie aber bedeuten, daß man etwa wie in anderen Staaten lediglich „Kramme“ Forst-, Bau- oder gar Militärbeamte heranziehen will, so müßte energische Verwahrung eingelegt werden.

Von solchen Elementen wäre doch die sonst so trefflich organisierte badische Fabrikinspektion ganz entschieden rein zu halten. Der Chef des Ressorts dürfte selbst keine Freude an ihnen erleben, noch weniger aber würden die Arbeiter mit solchen Anstellungen zufrieden sein.

Da auf diese Weise eine Personalvermehrung in sicherer Aussicht steht, erübrigt es diesmal, auf die wiederum hervorgetretenen Mängel der ortspolizeilichen z. Hülfs-Aufsicht einzugehen, so gutes Material der Bericht auch dazu bietet. Nur nebenbei sei bemerkt, daß der neue Bericht S. 2 eine Erwiderung auf die Kritik enthält, die Genosse Quard voriges Jahr an dem mangelhaften statistischen Nachweis über die Zahl der Revisionen und der davon betroffenen Betriebe und Arbeiter übte. Aber die Erwiderung macht es sich etwas gar zu leicht damit, daß sie die Bemerkungen der Quard'schen Broschüre als „hinfällig“ und „oberflächlich“ bezeichnet. Sie will die zugegebene Thatsache, daß im vorjährigen Bericht mehr Betriebe mit mehr Arbeitern als revidiert bezeichnet waren, als in einzelnen Gruppen überhaupt vorhanden waren, damit rechtfertigen, daß große Betriebe mehrfach besucht und deshalb mit der doppelten und dreifachen Arbeiterzahl eingesezt seien. Das ist aber eine schwache Entgegnung. Erstens ist und bleibt es verwirrend, wenn die Arbeiterzahl mehrfach revidierter Betriebe ohne nähere Angabe mehrfach eingesezt wird; statt dessen hätte die Angabe zu stehen, daß so und soviel Betriebe mit so und soviel Arbeitern einmal, so und soviel Betriebe mit so und soviel Arbeitern mehrfach revidiert wurden. Zweitens ist es unrichtig, daß die falschen Zahlen überall durch die mehrfache Zählung doppelt revidierter Betriebe entstanden seien. In der vorjährigen Tabelle waren unter „sonstigen Industriezweigen“ 4 Betriebe mit 418 Arbeitern als ein- und revidiert aufgeführt, die ganze Gruppe hatte aber nur 9 Betriebe mit 46 Arbeitern. Auch die Verschiebungen in den Arbeiterzahlen einzelner Gruppen während eines Jahres können solche Widersprüche nicht erklären. Der beste Beweis für die Wichtigkeit der Ausstellungen Quard's wird aber dadurch geliefert, daß in der diesjährigen Tabelle über die Revisions-tätigkeit die geringsten Zahlenfehler völlig verschwunden sind. Mehr verlangen wir ja nicht und die Fabrikinspektion mag deshalb ihre Gegenbemerkungen gemacht haben, um sich ihre Rückzugslinie durch ein paar blinde Flintenschüsse zu decken; wir nehmen ihr das nicht weiter übel. Diesmal stimmt alles recht gut: auf 5796 ihr unterstellte Betriebe mit 143 623 Arbeitern hat die Fabrikinspektion 1030 Betriebe revidiert mit 79 891 Arbeitern, also etwa 20 pCt. der Betriebe (gegen 19,7 pCt. im Vorjahre) und 55 pCt. der Arbeiter (gegen 64 pCt. im Vorjahre), sodaß sie also etwa 10 pCt. weniger Arbeitern denjenigen Schutz gewährte, auf welchen dieselben nach

*) Vergl. „Arbeiter und Fabrikinspektion in Baden“, 1895. Verlag der Mannheimer Altendruckerei.

dem Gesetz Anspruch haben. Gewiß allein schon Grund genug zur Beamtenvermehrung! Am intensivsten wurden beaufsichtigt die Verhältnisse der Textil-, Papier- und Leder- sowie der Figgarenarbeiter, wo die revidierten Betriebe den größten Theil der Beschäftigten umfassen; auffällig wenige Revisionen fanden dagegen noch immer in den Buchdruckereien statt, wo auf 137 Betriebe mit 2864 Arbeitern nur 21 mit 466 Arbeitern besichtigt wurden, sowie in der Metallverarbeitung, wo von 673 Betrieben mit 16 762 Arbeitern nur 109 mit 4476 revidiert wurden. Das kann so nicht fortgehen.

Auch bezüglich der Sprechstunden für Arbeiter hat die Fabrikinspektion in ihren Anschauungen einen erfreulichen Fortschritt gemacht. Voriges Jahr war mit ihr zu polemisieren, weil sie geschrieben hatte, die Einrichtung von Sprechstunden der Aufsichtsbeamten bei ihren Besuchen in Industrieorten sei „ausgeschlossen, weil das Ungewohnte einer solchen Maßregel auffallen und zweifellos zu vielen Mißstimmungen Anlaß geben würde.“ Im neuesten Bericht heißt es, die Rücksicht auf „Mißstimmungen“ habe nur „verzögernd“ gewirkt: „auf die Dauer konnte sie aber nicht für so wichtig angesehen werden, um deswegen von einer Veranstaltung abzusehen, die eine an sich selbstverständliche Ergänzung des Dienstes der Fabrikaufsicht bildet, gleichgiltig, ob anzunehmen war, daß sie tatsächlich viel oder wenig benutzt würde. Von allen solchen Einrichtungen kann außerdem erwartet werden, daß sie sich fortschreitend mehr entwickeln, weil die ihnen entgegenstehenden Hindernisse allmählich mehr verschwinden, und daß aus ihnen gegenseitige Anregungen entstehen, die sich im voraus gar nicht beurtheilen lassen.“ Das ist jetzt in etwas schlechtem Deutsch ein recht gutes Urtheil, und wir fügen hinzu: gebt den Arbeitern volle Cluborganisationsfreiheit, dann wird öffentliche Meinung und Arbeiterorganisation die beste Gewähr für eine rege Benutzung der Sprechstunden sein. Einstweilen plädirt der Fabrikinspektor sehr richtig auch dafür, daß die Sprechstunden nicht bloß in den Amtsblättern, sondern auch in der weit mehr gelesebenen Arbeiterpresse bekannt gemacht werden möchten.

Die Unternehmer leisteten sich im verflossenen Jahr beim Verkehr mit der Fabrikinspektion gerade keine offenen Feindseligkeiten mehr, aber sie erschienen auch niemals in den neu eingerichteten Sprechstunden und setzten im übrigen der Wirksamkeit der Gemeinbeaufsicht passiven Widerstand entgegen. Sie machten es wie die bösen Dämonen, die darauf los wüsten, bis sie eben einmal erwischt wurden: sie erklärten häufig, sie hätten mit dem Volkzuge (der Arbeiterschutzes-Vorschriften) warten wollen, bis bei ihnen revidiert würde. Kam der Inspektor nicht, so wurde eben ungeschicklich fortgearbeitet; kam er, so war „leider“ die unbeschränkte Ausbeutungsherrschaft zu Ende. Und das will im Landtage mit stiller Entrüstung über die Fabrikinspektion und den Arbeiterschutzes zu Gericht sitzen, das will den Arbeitern Moral und Gesechlichkeit predigen!

78

Clotilde.

(Nachdruck verboten.)

Eine Stunde später wurde der Stadt eine allseitig geachtete Bewohnerin entführt, die „in kurzer Zeit auf lange hinaus segensreich gewirkt“, wie ein ihr zuerkanntes Ehrendiplom kundgab.

Sie blieb um so mehr in regem Andenken, als man wußte, daß sie hier viel Leid erfahren und gemildert hatte.

Etwas über zwei Jahre mochten verstrichen sein, seit Hanne vollständig wieder gesund ausgegangen war, um ihren ersten Kirchgang zu thun.

Friedrich hatte sie begleitet zum Abendmahl. Eine Schenkungsurkunde war ihnen vom Friedrich-Komitee überreicht worden. Danach waren sie in den Besitz eines eingerichteten Hauses mit Garten gelangt, um des vollen Genusses ihrer wieder erlangten Freiheit sich zu erfreuen.

Die Oberin des Magdalenenstiftes sah dies zwar nicht gern und rebete Hanne zu, doch zu bleiben, aber Friedrich drängte hinaus.

Es sollte bei dem Einzuge zugleich ihre nachträgliche Hochzeitsfeier stattfinden.

Die damalige kirchliche Trauung der Friedrich'schen Eheleute wurde ein Ereigniß für die Stadt und füllte die Kirche mit teilnehmenden Zeugen.

Der Gärtner Künzler, der sich inzwischen eine eigene Gärtnerei und eigenen Herd gegründet, hatte es sich nicht nehmen lassen, den Altarplatz mit Lorbeerbäumen auszumähen.

Nach dem Orgelspiele ertönte ein erhebender Traugesang.

Der Prediger hielt eine ergreifende Traureden und weihte die goldenen Trauringe, das Geschenk des Gefängnisinspektors, durch goldene Worte ein. Der Einsegnung folgte wieder Gesang.

Hanne vergoß Freundenthränen bei den vielen Beglückwünschungen und Grüßen, welche ihr und ihrem Manne in der Kirche und bis in den Wagen dargebracht wurden. Wieder standen vor dem Hause, aus dem Hanne einst von einer hartherzigen Frau hinausgewiesen wurde, eine Menge Menschen, um Hanne's Einzug und ein glückliches Paar zu sehen.

Vom Festkomitee wurde dasselbe feierlich empfangen und in ihr neues Heim und Eigenthum eingeführt.

Hanne und Friedrich kamen aus dem Ersäunen nicht heraus, als sie umher gefährt wurden.

Durch die Langenberg'schen Möbel waren auch für Vornehme Fremdenzimmer da.

Der Wirth vom „Weißen Roß“ hatte für ein Festmahl gesorgt und die Einzug- und Hochzeitsfeier verlief sehr feierlich.

Bei einem späteren öffentlichen Einzugschmause zeigte sich Friedrich bereits als gewandter aufmerksamer Wirth, und seine Frau, daß sie der Küche und der Wirthschaft vorzustehen verstand.

Die Gaststube war zwar nicht allzu groß, bot aber einen freundlichen Aufenthalt. Der Garten, von der prächtigen Fesigung abgetrennt, hatte einen parkartigen Zuschnitt und wurde für Spaziergänger ein gern besuchter Ort.

Sogar der Halbe Sechserklub hatte ihn zum „Sommerlokal“ erwählt, weil der Kandidat, wie er ehemals hieß, hier Stammgast war.

Der Kandidat Schulze hatte doch noch sein Examen gemacht, seine treue Frau, der er vor zwanzig Jahren Liebe geschworen, geheirathet und war jetzt wohlbestallter Wilar im Nachbarorte. Von dort kam er oft hierher.

Einige vom Klub waren verschollen, gestorben und verdorben. Der alte Professor und der Hauptmann Kohl waren zur großen Armeegedangen.

Der Wunderdoktor Mittenentzwei hielt noch immer auf Anstand, der Direktor Eichwald auf Pünktlichkeit.

Den Wirstenbinder-Obermeister Japs hatte man, weil

er der größte Schreier unter den Stadtoerordneten war, zum Stadtrath gewählt; da war er zwar stiller geworden, aber sein Mißgeschick blieb ihm auch hier treu und spielte ihm einmal einen argen Poffen.

Es wurde ihm an Königs Geburtstag der ehrenvolle Auftrag zu theil, ein Hoch auf den König auszubringen, wenn dieser im Theater erscheinen würde.

Der König erschien —

Alles erhob sich von den Sihen, eine lautlose Stille trat ein und der Stadtrath Japs begann zu sprechen, verwechselte aber die Namen des früheren und jetzigen Königs und ließ den verstorbenen König hochleben!

Zum Glück setzte das Orchester schnell zum dreimaligen Tusch ein.

Der König verbeugte sich lächelnd, setzte sich und nach ihm auch die Festversammlung.

Warum einige darauf den Stadtrath Japs so verwundert angesehen, erklärte sich dieser erst, als er hörte, welchen Bod er geschossen.

Dem Halben Sechserklub gefielen die Wirktsleute der Friedrich'schen Gastwirthschaft, die auch lebhaften Fremdenverkehr bekam, so gut, daß er auch zuweilen im Winter dort zusammen kam.

Vom nahen großen Teiche hielten Schlittschuhläufer und Anderer hier Einkehr.

Der jetzige Teichpächter, der im Sommer zu Gondelfahrten, im Winter zum Eislauf einlud, war Jean Barbo. Er hatte die „blonde Christel“ geheirathet, und die kleine Restauration am Teiche, „Zum Wasserpavillon“ genannt, inne.

Die blonde Christel hatte sich wenigstens in einem Zweige der Kochkunst vervollkommnet; wer einmal ein gutes Fisch- oder Krebsgericht genießen wollte, ging nach dem Wasserpavillon zur blonden Christel.

Aber keiner hielt sich in der engen Gütte lange auf, denn das Bier war nicht zum Trinken. (Fortf. folgt.)

Glende Gendeklei, bei der man sich nicht aufzuhalten braucht. Zur Vollständigkeit dieses Abschnitts gehört nur noch der Hinweis auf die Klagen der Fabrikinspektion über die milden Urtheile der Gerichte bei Verhandlungen gegen Fabrikanten wegen Arbeiterbeschäftigung, sowie auch über die nachsichtige Art, wie die Staatsanwälte gegen solche Herren vorgehen. Sie sind eben alle Fleisch von einem Fleisch und Blut von einem Blut, unbewußt beeinflusst von ihren bürgerlichen Anschauungen. Nicht einmal die durch ungelegliche Ausbeutung erzielte Bereicherung der Unternehmer wird von den Gerichten in betracht gezogen, sie erkennen auf die möglichst niedrigen Strafen. Im „Rechtsstaate“ Baden muß der großherzogliche Fabrikinspektor folgendes feststellen: „Manchmal sind die ausgesetzten Geldstrafen nur gerade so hoch wie die Spindel (Gebühr), die hätte entrichtet werden müssen, wenn für die vollzogene Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen behördliche Genehmigung nachgesucht und erhalten worden wäre. Der Arbeitgeber kann in solchen Fällen ohne Risiko das Gesetz übertreten.“ Ein Beispiel wird S. 22 des Berichts gegeben: eine Bijouteriefabrik ließ Arbeiterinnen 15 mal ungeleglich bis in die Nacht arbeiten, ein Vergehen, das mit Strafe bis zu 2000 M. oder 6 Monaten Gefängniß bedroht ist, und wurde von den bürgerlichen Richtern zu — 85 M., sage und schreibe fünfundsiebzig Mark Geldstrafe verurtheilt! Dazu kommt, daß Freisprechungen erfolgen, die mit dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes in offenbarem Widerspruch stehen, wie in dem S. 51 des Berichts angeführten Falle; daß die Unternehmer ferner einen starken Druck auf die Arbeiter ausüben, die als Zeugen vorgeladen werden und sich an mißliebigen Zeugen durch Entlassung rächen (vgl. S. 52 des Berichts). Wenn man das alles zusammennimmt, hat man ein herrliches Bild von der Durchführung des Arbeiterschutzes in Baden.

Es zeigt sich eben, daß für die Zustände nicht der anerkannt gute Wille einzelner, wie hier des tüchtigen Fabrikinspektors, sondern die ganze Struktur der Gesellschaft maßgebend ist, an welcher die besten Absichten des einzelnen scheitern. Die kapitalistische Struktur unserer Gesellschaft läßt die Gerichte, die Behörden kapitalistenfreundlich werden, und das wird nicht eher anders, als bis die Gesellschaft nach anderen als kapitalistischen Gesichtspunkten geordnet ist. Solche Ueberlegungen lassen Herrn Dr. Börischhoff mit der Zeit vielleicht auch noch anders über die „allgemeinen Erörterungen“ in Arbeiterversammlungen denken, die er jetzt noch so tadelt. Sie haben ihren guten Sinn und Zweck.

Politische Ueberblick.

Berlin, 12. März.

Der Reichstag beschäftigte sich am heutigen Schmerntage mit dem Antrag auf Aufhebung des Impfwanggesetzes. Den Antrag, der von Mitgliedern der verschiedensten Parteien gestellt war, begründete der Antisemit Dr. Förster. Dieser Schrecken des Hauses vermochte sich nicht einmal heute Gehör zu verschaffen, wo ein ziemlicher Theil der Volksvertreter ihm allen Erfolg wünschte; darum redete er aber doch unverdrossen und gleichmäßig zwei Stunden lang; er ist es eben gewöhnt, nicht angehört zu werden. Darauf kam Genosse Meißner zum Worte, der sich sofort, um nicht den Schein des Anspruchsvollen zu wecken, als medizinischen Laien bezeichnete. Seine Darlegungen zeichneten sich gegen den Vorredner durch größere Zurückhaltung, rhetorische Lebendigkeit und Kürze aus. Das erkannte auch der nationalliberale Dr. Kruse an. Dieser Redner ging auf die Hauptargumente der Impfsgegner ein, fragte, warum denn seit der Einführung der Impfung die Pocken verschwunden sind oder doch nur noch da gelegentlich auftreten, wo der

Impfschutz fehlt, und erwiderte auf die Empfehlung der Hygiene als des besten Mittels gegen die Pocken: das sei schon ganz richtig, allein wir könnten mit dem Kampf gegen die Pocken nicht warten, bis das ganze Volk in befriedigenden hygienischen, d. h. in befriedigenden sozialen Verhältnissen lebe. Den Redner ergänzte der freisinnige Danglerhans, namentlich mit bezug auf die Kritik der statistischen Angaben der Impfsgegner. Der Minister v. Bötticher nahm das Wort, um, wie er sagte, sowohl den Antragstellern Klarheit über ihre Aussichten zu verschaffen, als auch nach außen beruhigend zu wirken. Er erklärte, daß sicher die meisten und vielleicht sämtliche Regierungen der Aufhebung des Impfwanges widersprechen würden. Denn die gemachten Erfahrungen seien solche, daß sie der Aufhebung durchaus widerstehen. Ein kurzes Schlusswort hatte Gen. Schmidt-Frankfurt, der für die zweite Lesung ausführlicheres Eingehen in Aussicht stellte. Der Antrag auf Einsetzung einer Kommission zur näheren Prüfung der Impfstage fand nicht die Mehrheit. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung: Ausdehnung des deutschen Pflanzgesetzes auf Elsaß-Lothringen, kam nicht mehr zur Berathung. Morgen: Etat des Auswärtigen Amtes und der Kolonien.

Im preussischen Abgeordnetenhaus nähert sich die zweite Berathung des Staatshaushalts-Etats ihrem Ende. Am Donnerstag wurde zunächst der Etat der Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen erledigt, wozu, wie in jedem Jahre der Antrag Meißner vorlag, der die Regierung ersucht, eine baldmöglichste Aufhebung des Ansiedelungsgesetzes durch eine entsprechende Vorlage in die Wege zu leiten. Nach kurzer Debatte, an der sich nur Redner der Polen und des Zentrums beteiligten, wurde der Antrag gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und der beiden freisinnigen Parteien abgelehnt. Der Etat der Staatsschuldverwaltung wurde ohne Debatte bewilligt, während sich an den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung, wie vorausgesehen war, eine agrarische Reichslanddebatte angeschlossen. In Verbindung mit diesem Etat stand nämlich die Berathung der Denkschrift betr. die Ausführung der gesetzlichen Vorschriften über die Rückzahlung der Grundsteuer-Entschädigungen auf der Tagesordnung. Die Agrarier, die in der ihnen gesetzlich auferlegten Verpflichtung eine schwere Schädigung erblickten und die Entbindung von dieser Verpflichtung für ein der „kleinen Mittel“ zur Hebung der Noth der Landwirtschaft halten, haben bereits im vorigen Jahre sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Herrenhaus einen Antrag auf Aufhebung der Rückzahlungspflicht durchgesetzt, dem aber die Regierung, wie der Finanzminister kürzlich im Herrenhaus erklärte, keine Folge gegeben hat. Den Gipfel der Dreistigkeit erklimmen die Junker heute durch einen Antrag, worin die Regierung ersucht wird, die Beschlüsse beider Häuser des Landtages „Allerhöchsten Ortes zur Bestätigung vorzulegen.“ Es scheint aber, als ob den Herren auf dieser Höhe schwindlig wurde, denn erschrocken über ihre eigene Kühnheit besannen sich die Antragsteller eines besseren und zogen ihren Antrag zurück. Die Debatte selbst verlief sehr einseitig, da über ein so abgedroschenes Thema kaum noch etwas Neues vorgebracht werden kann. Am Freitag stehen noch einige rückständige Staatshilfe sowie die Interpellation Ring betr. Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung von Viehseuchen auf der Tagesordnung.

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Regelung der Richtergehälter und die Ernennung der Gerichts- assessoren, nebst Begründung ist dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen. Aus den Motiven geht hervor, daß der bisherige Zustand, der die Richter innerhalb der Oberlandesgerichts-Bezirke im Gehalt ansteigen ließ, zu Mißständen geführt habe. Die Gehaltsaufbesserungen sollen fortan nach den Anciennitätsverhältnissen innerhalb des ganzen Staats erfolgen. Es soll auch damit der Uebelstand beseitigt werden, daß Richter, die in eine höhere Stellung aufrücken, unter Umständen in ihrem Gehalt Einbuße erleiden.

Kunst und Wissenschaft.

Neues Theater. Ein junges Menschenkind vergeht in langer Ede vor Sehnsucht nach Licht. Ein freundlicher Schimmer erhellt, wie ein Vorbote des nahenden Frühlings, auf ein Weichen dies arme verzagte Leben. Dann fällt ein Keis, und Winterschlaf erstickt und ertödet, was kaum begonnen hat, sich selbstständig zu regen. Dies ist der elegische Inhalt eines Dramas von Max Dreyer, das den sinnbildlich gemeinten Titel „Winterschlaf“ führt. Das Stück wurde gestern im „Neuen Theater“ zum ersten Male aufgeführt. Als achtunggebietendes Talent, eher feinsinnig, nachdenklich, als von hinreißender dichterischer Gewalt, hat Dreyer sich bereits in seinem Erstlingsdrama „Drei“ bewiesen. Seine feine, grüblerische Art löste das Gbeuproblem in dem Schauspiel „Drei“ reiner als in dem Drama „Winterschlaf“; hier hat nach meiner Empfindung Dreyer's zartere Natur den herb-tragischen Vorwurf seines Dramas nicht erschöpft. Scharfsinn überwiegt manchmal die poetische Anschauung und mitunter regt die arm klingende Phrase das lebendige Wort. Die Aufgabe, die sich Dreyer in seinem jüngsten Drama stellte, war eben tiefer und schwerer, als die in dem engeren Gbedrama.

In ein entlegenes Forsthaus der niederdeutschen Ebene wird der Hörer geführt. Keine verklärende Forstromantik umgibt die Waldhütte. Wie Josef Kuederer in München, der kürzlich im „Vorwärts“ einen Roman veröffentlichte, in einer oberbayerischen Komödie mit dem gefälschten Theaterklang weidlicher Bauernstücke brach — dafür wartet er freilich vergeblich auf eine Aufführung in Berlin — so hält es ähnlich Dreyer. Der enge Gesichtskreis macht die Menschen arm und unzulänglich, selbst wo sie gut geartet sind von Natur. In die trostlose Waldensommitte vertritt sich ein junger Schriftsteller. Leider ist er die blasseste und konventionellste Gestalt des Stückes. Zur Hälfte ist er ein zigeunerhafter Vagant, zur Hälfte erfüllt vom Drang, mit seinem Wissen und seiner Kunst einzustreuen für die Entertenten. Das hat ihn in Hamburg eine Gefängnisstrafe eingetragen. Ein leidenschaftlicher Wandersmann geht er nach verdäpfter Strafe zu Fuß nach Berlin. Er ist ohne Schutz auf der Landstraße, als gerade ein heftiger Schneesturm sich erhebt. Seine geschwächten Kräfte verlassen ihn, er wäre verkommen, hätten den Erkrankten nicht der Hörer und sein Gehilfe getroffen und ins Forsthaus gebracht.

Mit seinem Eingang hebt die Tragik des Stückes an. Des Hörers Tochter Trude hat bereits einen Theil von der weiten, farbigen Welt jenseits der trostlosen Forstwaldungen gesehen. Ihr verfeinertes Empfinden schreit bange zurück vor der Robheit und geistigen Beschränkung ihres Kreises. Wäre ihr Vater nicht von so gutmüthiger Herzlichkeit, sie hätte es nicht ertragen. Sie hat sich mit dem Forstgehilfen verliebt. Das Weib hat eine gehorsame Magd zu sein; und am Ende, der Jäger Franz ist ein Kraftmensch, schmutz und tüchtig, freilich auch brutal und taktlos. In dumpfer Enttäuschung lebt Trude nun so hin.

Aus ihrer dumpfen Verzagtheit weckt sie nun der Schriftsteller Meinede. Er führt sie zu selbständigen Entschlüssen; er zeigt ihr eine neue Welt; es schreit in ihr: hinaus, hinaus! Schaffen und genießen; nicht freudlos, theilnahmlos dahinvegetiren! Das geschah alles absichtslos wie im unbefangenen Verkehr zweier

junger Leute. Trude's Vater ist freilich von dem Aufruhr in der Seele seiner Tochter nicht sonderlich erbaut; allein er hält den Schriftsteller zwar für einen komischen Kauz, doch nicht für einen schlechten Kerl, trotzdem Herr Meinede mit Vagabunden zusammen gefessen hatte. In seiner Naivität fragt er sogar, als er von der Gefängnisstrafe Meinede's hört: „Sind denn diese Kerle, die Schriftsteller, jetzt verboten?“ Das prophetische Gemüth! So willigt der Alte schließlich ein. Seine Tochter soll noch ein Jahr oder zwei bis zu ihrer Hochzeit in Berlin bleiben, wenn sie durchaus will.

Anderer der Brüder. Inu packt die Eifersucht; eine besoffene Greisin, Trude's Tante, erbt ihre Phantasien, und um sein Mannesrecht zu sichern, schiebt er in Trude's Schlafkammer und vergewaltigt seine Braut. Abnunglos verläßt der Schriftsteller, um dessentwillen die grausige That geschah, das Forsthaus; vereinsamt wimmert Trude; sie sieht sich hilflos, einem verhöhrten Menschen preisgegeben, und erhängt sich in Verzweiflung.

Nicht auf die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit der bestialischen That möchte ich eingehen; aber das Sentimentalisch-Weichliche, was daraus folgt, möchte ich mit einigen Worten beleuchten. Noch immer spürt eine allzu romantische Auffassung von geschlechtlichen Verhältnissen in den Köpfen unserer jungen Dichter. Ein entsefftes Thier hat ein verschöntes Mädchen angefallen. Es ist möglich, sie konnte sich seiner nicht erwehren. Ist ihre Ehre, ihr Selbstgefühl darum hin? Strömen der Jugend nicht aus so vielen Quellen Lebensäfte zu? Soll das Weib, dem ein Unglück zustoß, in Wahrheit geschändet sein für alle Zukunft? Soll es gelten, was der Sekretär in Hebbel's Maria Magdalena sagt: Darüber kann kein Mann hinweg? Und noch eins. Warum die trübe Melancholie in unserer dichtenden Jugend. Der Reiz fällt und alle Blüthensträume sind verweht. Soll unser poetisch empfindendes Geschlecht ewig in schwacher Jugendlichkeit liegen? Warum kein lederner, aufwärtsstrebender Kampf trotz alledem und alledem? Warum nicht zur Männlichkeit sich aufrufen?

Gespielt wurde zum Theil mit schlichter Herzlichkeit; insbesondere von Herrn Werner (dem Förster) und Fr. Lux (Trude).

Das Nationaltheater versuchte es am Donnerstag Abend nach einer Reihe minder rühmlicher Abschweifungen wieder mit einem klassischen Drama. In Schiller's „Maria Stuart“ sollte sich ein Gast aus Frankfurt a. O., Fräulein Ida Weis, dem Publikum vorstellen. Leider wußte diese Künstlerin, der die Rolle der Elisabeth anvertraut worden war, sich noch nicht recht in das Ensemble der Bühne zu fügen. Während ein Theil der Darsteller aus Leidenschaft schrie, sprach Fräulein Weis mit einer fast unheimlichen Ruhe und Temperamentslosigkeit. Es war etwas viel vom Publikum verlangt, die von Davison im vierten Akte gesprochenen Worte, das die Königin von ihm im höchsten Zorne geschieden sei, glaubhaft zu finden, so nonchalant betrieb diesmal die Elisabeth die Befreiung ihrer gefährlichen Gegnerin. Vielleicht geht Fräulein Weis nächstens in einem Konversationsstück ein wenig mehr aus sich heraus; sie braucht die Berliner im Osten wahrlich nicht zu fürchten. Fräulein Arco spielte brav die Maria.

Soweit erweckt der Gesetzentwurf keine Bedenken. Auf es verhält es sich mit den Bestimmungen wegen der Anstellung der Assessoren. Es soll nämlich künftig die Justizverwaltung es in der Hand haben, den Referendaren die Ernennung zu Assessoren zu verweigern, trotzdem sie die sogenannte große Staatsprüfung bestanden haben. Die Begründung weist besonders darauf hin, diese Vorlesung ermöglichen, die Fernhaltung zwar wissenschaftlich befähigter, aber persönlich (nach Lebenserfahrung, Takt, Umsicht und Unabhängigkeit) nicht geeigneter Elemente.“ Da jemand auch nicht Rechtsanwalt werden kann, wenn er nicht vorher zum Assessor ernannt wurde, würde damit der Regierung ein neues Mittel in die Hand gegeben, politisch unbequeme Leute, insbesondere Sozialdemokraten, die ja nach Ansicht unserer Behörden stets zu den nicht „geeigneten Elementen“ gehören, aus der Rechtsanwaltschaft fernzuhalten. Also auch dieser Gesetzentwurf ist ausgearbeitet nach dem Stichwort: „Auf zum Kampf für Religion, Ordnung und Sitte!“

Ein Schutzbund gegen agrarische Uebergriffe ist gestern in Berlin gegründet worden. Die Gründungsversammlung war besucht von Vertretern der Börse, des Handels und der Industrie, die politisch den Parteien liberaler Färbung von der freisinnigen Volkspartei bis zur nationalliberalen angehört. Den Vorsitz führte der Kommerzienrath Wilhelm Herz, Vorsitzender des Ältesten-Kollegiums der Kaufmannschaft. Das große Wort hatte Stadtrath Dr. Weigert, Brauereidirektor Köstke und Dr. Ludwig Samberger. Bemerkenswerth ist unter den übrigen Mitgliedern des 17 gliederigen Ausschusses noch Herr Kühnemann-Stettin. Der Bund bedeutet also die Uebereinkunft der Bankiers, Kaufleute und Industriellen gegen die Großgrundbesitzer. Interessenskoalition gegen Interessenskoalition. Wir finden die eine so natürlich wie die andere. Der Bund der Proletarier steht beiden Interessenskoalitionen gleich fern und wird mit beiden fertig werden.

Eine Protestresolution gegen den „Vorwärts“. Aus Leipzig wird uns geschrieben:

Eine von über 600 Personen besuchte Parteiversammlung des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises nahm nach dem Referat des Genossen Grenz und nachdem sich die Genossen Adé, Wittich und Weber gegen die Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtage erklärt hatten, und nachdem eine Resolution: die am 7. und 8. April in Dresden abzuhaltende sächsische Landeskongress nicht zu beschiden, gegen eine große Minorität abgelehnt war, folgende Resolutionen gegen wenige Stimmen an:

1. Die Versammlung der sozialdemokratischen Partei des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises spricht der Landtagsfraktion wegen der späten Einberufung der Landeskongress ihren entschiedensten Tadel aus. Die zu wählenden Delegirten zur Landesversammlung sind mit imperialen Mandaten in dem Sinne auszustatten, daß sie unter allen Umständen für sofortige Niederlegung der Mandate zu stimmen haben.

2. Der „Vorwärts“ hat in den Nummern vom 29. Februar, 3., 5., 7. und 11. März in der Frage der Mandatsniederlegung der sozialdemokratischen Landtags-Abgeordneten gegen die „Leipziger Volkszeitung“ polemisch und der Meinung Ausdruck gegeben, die Stellung der „Volkszeitung“ in dieser Frage entspreche nicht dem Willen der Leipziger Gesamtpartei, sondern sie die Ansicht der Redaktion oder vielmehr nur des Chefredakteurs der „Volkszeitung“.

Dem gegenüber erklärt die heute am 11. März im Pantheon tagende öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Partei des 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, daß die Leipziger Gesamtpartei in einer am 23. Februar im Helsenkeller abgehaltenen Versammlung zu der Frage der Mandatsniederlegung Stellung genommen und sich einstimmig auf den von der „Leipziger Volkszeitung“ vertretenen Standpunkt ge-

Die Polizeisur. Schiller's Räuber sind dem hiesigen „Freundenblatt“ zufolge kürzlich von der strengen Zensur in Weuthen eingekerkert worden. Der dortige Theaterdirektor glaubte, der Herr Bürgermeister scherze, aber der Polizeidiener kam wiederholt, und das Buch lag nun dem Zensuren vor — wahrscheinlich hatte er sich auf diesem Wege eine Bekanntschaft mit Schiller vermittelt. Der Bürgermeister von Weuthen thut ganz „staatsverhaltend“ daran, sich Schiller's Räuber genau anzusehen. Es stehen darin viel gefährlichere Worte, als in neueren Stücken, die der preussischen Polizeimeisheit zum Opfer gefallen sind.

Der Adel ist durch zwei Ernennungen ausgezeichnet worden. Der König von Preußen hat den berühmten Arzt Professor Dr. Leyden und der Prinzregent von Bayern dem Entdecker der X-Strahlen, Professor Röntgen, das Prädikat „von“ verliehen.

Nansen's letzter Brief. Die „Gamb. Nachr.“ veröffentlichten das letzte Schreiben des diesgenannten Nordpolfahrers seit seiner Abfahrt ins Karische Meer. Der Brief ist vom 2. August 1893 an Bord des „Fram“, Chabarowa, Yugor-Strasse, datirt und giebt sehr anschaulich die Ueberzeugung Nansen's wieder, eine überaus schwere, aber ebenso hoffnungsvolle Sache zu führen. Der Schlusssatz lautet: „Nachdem wir den Dlenekluss passiert haben, werden wir entlang der Westküste der neubibirischen Inseln, soweit wie möglich, in offener See nördlich gehen. Ich hoffe, zu Anfang September dort zu sein. Es ist möglich, daß wir auf unbekanntes Land oder Inseln nordwestlich der Insel Kofflug treffen, und möglicherweise kann dort entlang den Küsten offenes Wasser sein. Wenn dies der Fall ist, werde ich es natürlich bestmöglichst benutzen. Allein, wenn wir nicht weiter kommen können, bleibt nichts anderes übrig, als den „Fram“ in Eise festhängen zu lassen und von der Strömung nordwärts oder nordwestlich getrieben zu werden, die meiner Meinung nach in diesen Gegenden in dieser Richtung vorhanden sein muß. Alsdann wird voraussichtlich lange Zeit vergehen, bevor wir durch die unbekannte Polarregion und wieder in offenes Wasser getrieben sind oder an eine Küste, von der wir nach der Heimath zurückkehren können. In dieser Zeit wird nichts von uns gehört werden. Allein wenn Jahre vergangen sind, hoffe ich, wird man eines Tages die Nachricht erhalten, daß wir alle gesund zurückgekehrt sind, und daß die Kenntniß der Menschheit um einen weiteren Schritt nach Norden erweitert worden sind.“

Literarisches.

Ein bisher unveröffentlichtes Werk von Carl Marx wird demnächst, wie schon von mehreren bürgerlichen Zeitungen angedeutet worden, in drei Sprachen: deutsch, französisch und englisch bei Swan-Sonnenschein in London durch Marx' Tochter veröffentlicht werden: „Revolution und Kontre-Revolution“. Das Werk behandelt die Lage und die Zustände von Deutschland und Oesterreich im Jahre 1848, und enthält eine Menge neuer Thatsachen und alte Thatsachen in neuer Beleuchtung — und ist geschrieben im Geiste und Stile eines Carl Marx. Zu näheren Mittheilungen sind wir vorläufig nicht ermächtigt.

hat, mitbin auch deren prinzipielle Haltung in dieser Frage durchaus billig.

Von dieser Thatsache hätte sich der „Vorwärts“ durch die in der „Leipziger Volkszeitung“ und in „Vorwärts“ veröffentlichten Berichte über diese Versammlung überzeugen können.

Die Versammlung bedauert deshalb, daß der „Vorwärts“ so viele Gebote vorgegeben ist, und daß er eine ihm vom hiesigen Agitationskomitee übergebene Erklärung als unmaßgeblich bezeichnet hat. Die Versammlung erwartet vom Zentralorgan der Partei, daß es durch Abdruck dieser Resolution seine unrichtige Darstellung des Genossen Deutschlands gegenüber richtigstellt.

Im weiteren protestiert die Versammlung gegen die persönlichen Angriffe des „Vorwärts“ gegenüber dem Genossen Schoenlant. Hierauf wurden acht Telegramme gewählt.

Zu obigem haben wir zu bemerken: Es thut uns um der Leipziger Genossen willen leid, daß eine Versammlung in Leipzig in bezug auf den „Vorwärts“ — von anderem wollen wir nicht reden — sich zu einer so vollständig unumwundenen Resolution hat verleiten lassen. Freilich, die Versammlung war von nur über 600 Genossen besucht, und die beiden Leipziger Reichstagswahlkreise hatten bei der letzten Wahl 47 572 sozialdemokratische Wähler bei 100 155 Wahlberechtigten. Wir können uns die Annahme einer solchen Resolution bloß darin erklären, daß die Genossen, welche dafür stimmten, über die Sachlage nur einseitig unterrichtet waren, was um so wahrscheinlicher, da die Redaktion der „Leipz. Volksztg.“ die ihr nicht genehmen Aussprüche des „Vorwärts“ entweder unterdrückt oder inkorrekt wiedergegeben hat.

Der „Vorwärts“ ist für die sächsische Wahlrechtsbewegung mindestens mit demselben Nachdruck eingetreten, wie die „Leipz. Volksztg.“, aber er hat es auch — gerade im Interesse der Bewegung — für seine Pflicht erachtet, sich gegen Spaltungsversuche und taktisches Ungleich zu wenden. In berichtigten haben wir nichts und auch nichts zurückzunehmen.

Nicht wir haben diesen Streit vom Raune gebrochen; nicht wir haben das persönliche Moment in eine Debatte geworfen, die, um ihren Zweck zu erfüllen, in männlicher Ruhe und Würde geführt werden mußte. Und wir haben auch die Genugthuung, die gesammte sächsische Presse mit alleiniger Ausnahme der „Leipziger Volkszeitung“ auf unserer Seite zu finden. In der sicheren Erwartung, daß die Leipziger Genossen ihren Irrthum einsehen werden, verzichten wir der Sache zu liebe auf jede weitere Polemik und überlassen es der sächsischen Landesversammlung, das begangene Unrecht und die begangenen Fehler wieder gut zu machen.

Der dreizehnte März! Die Gedenktage des Proletariats beginnen. Vor 48 Jahren am 13. März des Jahres achtzehnhundertvierzig und acht“ erhob sich das Volk von Wien, verjagte den damaligen Großmeister der internationalen Reaktion: Metternich und zerschmetterte sein Werk.

Der 13. März von Wien war der Vorläufer des 18. März von Berlin.

Das Volk erinnert sich seiner Vorkämpfer, es vergißt nicht die „treuen Toten“ und wird ihren letzten Willen vollstrecken.

Das Kanuergleichen über den „Dreibund“ dauert immer noch fort. Statt überflüssiger Argumente nur eine Frage: Ist von Italien bewaffnete Hilfe im Fall eines Krieges mit Frankreich zu erwarten? Wer es glaubt, der gehe in eine Anstalt für Nervenkranke. Und wer es nicht glaubt, — nun, der spricht nicht von dem „Dreibund.“ Das Grispi'sche Italien, das von Deutschland und Oesterreich auf den Gipfel militärstaatlichen Ruhmes geschleppt sein wollte, ist bei Abua in die Brüche gegangen. Und das andere Italien kann sich bloß dadurch retten, daß es mit der militärstaatlichen Außenpolitik bricht.

Italien ist von einem schweren Unglücksfall betroffen worden — und „das kann jedem Lande widerfahren“ — das ist wirklich der Inhalt eines Artikelchens der „Vossischen Zeitung“. Aus einer Niederlage ist bereits ein Unglücksfall geworden, und wenn das so weiter geht, wird sich auch bald herausstellen, daß es nicht einmal ein Unglücksfall war, sondern nur ein Mißverständnis, — daß die italienische Armee sich nur irrte, als sie die Front ergriff, — daß sie eigentlich besiegt hatte, und daß die Besessenen es sind, welche in Wirklichkeit die Niederlage erlitten haben. Schon jetzt heißt es ja in den halbamtlichen Telegrammen, ihr Verlust sei viel größer, als der der Italiener.

Diesem Unfug gegenüber ist es gut das Urtheil zu hören, das ein Militär in den „Hamburger Nachrichten“ ausspricht: Selten ist im Laufe der Kriegsgeschichte an einen einzigen fehlerhaften Entschluß der Heeresführung und eine einzige Niederlage ein derartiger Umschwung der militärischen Lage geknüpft gewesen, wie an den Angriff und die Niederlage von Viterbo. Bereits heute kann als feststehend gelten, daß der Herbst- und Winterfeldzug 1895/1896 für die Italiener ein vergeblicher, verlustreicher an lebendem und todtm Material sowie an pekuniären Opfern gewesen ist. Vor Ende der in der zweiten Hälfte des März beginnenden Regenzeit, d. h. Anfang Oktober, ist italienischerseits nicht an eine Fortsetzung des Krieges in Gestalt der geplanten Offensive zu denken. Die Abessinier sind bereits heute unbeschränkte Herren des ganzen tigrinischen Plateaus bis zu der Linie Amora-Saganici-Digsa-Passo di Cascafé, hinter welcher Abi Caje, der erste Sammelplatz der Trümmer des Expeditionskorps, liegt, und die Italiener befinden sich somit durch die einzige Niederlage von Abua Garima auf das ursprüngliche Gebiet der Erythra vertrieben.

Von einer Fortsetzung des Krieges mit, wie bisher beabsichtigt, etwa 50—60 000 Mann, wird nicht die Rede sein können. Italien wird sich entschließen müssen, mit einem sorgfältig organisierten und in jeder Hinsicht gut ausgerüsteten, an Zahl dem Menelik's wenigstens annähernd gleich starken Heere den Feldkrieg im Herbst wieder aufzunehmen, vorausgesetzt, daß die Antikriegspartei der Republikaner und Sozialisten in der Kammer nicht die Oberhand gewinnt. Entschließt sich jedoch Italien zu diesem Kriege, so wird die Durchführung desselben im Hochgebirgslande, dem Herzen des Reiches, in den Gebieten von Amhara und Schoa und der Marsch gegen die Hauptstadt Antalo ins Auge zu fassen sein, da Menelik vor dem Angriff in jene der Vertheidigung noch weit günstigeren Gebiete zurückweichen kann. Man wird sich dafür italienischerseits erinnern müssen, daß der Zug der Engländer unter Lord Napier von Magdala bei einer Streitmacht von damals allerdings nur 25 000 Mann, darunter 15 000 Eingeborenen, über 30 000 Lastthiere für seine Approvisionierung bedurfte. Somit eröffnet sich Italien eine Perspektive auf einen sehr hohe materielle und pekuniäre Opfer beanspruchenden neuen Feldzug und der neue höchstkommandierende General Baldissera findet eine der schwierigsten Aufgaben, die einem Feldherrn zu theil werden können.

Nun, hoffentlich kommt in Italien die Vernunft zur Oberhand, und wird der Welt dieser sinn- und aussichtslose Krieg erspart.

Abua. Der Schlag, den der sogenannte „Halbbarbar“ Menelik über das sogenannte zivilisierte Herr der Italiener

davongetragen, hat noch mehr zerschmettert als das Grispi'sche Blut- und Eisenregiment und die Grundlagen der saxonischen Dynastie. Er hat die ganze afrikanische Kolonialpolitik durchlöcheret und wird an jedem Punkt der ungeheuren Fläche des dunklen Erdtheils gefühlt werden und seine Wirkungen äußern. Nach den ersten Niederlagen der Europäer in Afrika machten wir schon darauf aufmerksam, daß die Eingeborenen den Glauben an die Unbesiegbarkeit der Europäer verlieren mußten, und daß sie, da nichts leichter zu lernen sei, als das bischen Kriegshandwerk, uns bald militärisch ebenbürtig sein würden. Die militärische Tüchtigkeit der Eingeborenen ist denn auch in der That seit Jahren fortwährend und stetig gestiegen. Die früheren Niederlagen der Europäer waren aber allesamt vergleichsweise kleine Affären und Ueberumpelungen. Jetzt bei Abua haben die Europäer eine große Feldschlacht verloren, und zwar so gründlich verloren, wie nur wenige Schlachten, von denen die neuere Geschichte uns Kunde giebt. Nicht ein Bataillon, nicht eine Kompanie ist zusammen geblieben — es war die allgemeine Auflösung, das allgemeine „Reite sich wer kann!“

Die „Hamburger Nachrichten“ sprechen sich über die Folgen der italienischen Niederlage für die Kolonialpolitik also aus:

Das Prestige des Europäerthums auf afrikanischem Boden ist beeinträchtigt und zwar selbst bis in solche Kreise hinauf, die, wie z. B. die von abendländischer Kultur bedeckten hohen ägyptischen Wüstenränder, gestützt auf ihre Kenntniss europäischer Verhältnisse, bisher annahmen, daß afrikanische Machthaber gegen die Kriegführung der Weißen wohl einmal einen Augenblickserfolg einheimen, aber ihr niemals in offener Feldschlacht den Rang ablaufen könnten. Die Niederlage, welche f. B. Dicks Pascha gegen die Muddisten erlitt, kann hier als Präzedenzfall nicht in betracht gezogen werden. Sie betraf nur eine relativ kleine Truppe und unter Umständen, welche es verhinderten, daß ihre demoralisierende Wirkung einen das Ziel oder den Raum nach nennenswertheren Umfang annehmen konnten. Der Mißerfolg des abessinischen Feldzugs der Italiener aber bildet das erste Beispiel dafür, daß größere europäische bezw. nach europäischer Art geschulte und bewaffnete Truppenmassen trotz bewiesener glänzender Tapferkeit von dem afrikanischen Gegner zu Paaren getrieben worden sind. Die starke Uebermacht der Abessinier kann als entsetzender Umstand hier nicht in betracht kommen, denn die in Afrika kämpfenden Europäer sind es gewohnt, den Vortheil der vielsochen numerischen Ueberlegenheit auf feindlicher Seite zu wissen, und trotzdem der Regel nach als Sieger aus allen Engagements hervorzugehen. Das für die moralische Machtheilung des Europäerthums in Afrika psychologisch bedeutliche Moment der neuesten abessinischen Vorgänge liegt vielmehr darin, daß sich von den abessinischen Waffenerfolgen der namentlich im ägätorischen und im nördlichen Afrika vorhandene fanatische Haß gegen die europäische Zivilisation zu neuen Ausbrüchen zuspitzen und zu einer gewaltigen Erschütterung der noch jungen und darum nicht überall in wünschenswerthem Maße gereinigten Fundamente der europäischen Kolonialpolitik fähig wurde, wenn nicht zwischen heute und morgen, so doch immerhin in absehbarer Zeit.

Der „fanatische Haß“ der Afrikaner gegen die europäische „Zivilisation“ der Leist, Wehlan, Grispi wird beläufig von allen anständigen und gebildeten Europäern geheilt.

Ueber die Einkommensteuer sind die französischen Geldsäden ganz außer sich. Wie die „Vossische Ztg.“ sich telegraphiren läßt, haben die Pariser Handelsyndikate beschlossen, die Steuer, wenn die Kammer sie beschließen sollte, zu verweigern. Nun — auch in Deutschland haben die Geldsäden solche Entschlüsse gefaßt, sie haben sich aber bald gefügt. Und auch die französischen Geldsäden werden sich lammfromm fügen, sobald sie merken, daß die Regierung ernst macht.

Daß England gute Beziehungen zu Frankreich hergestellt habe, wurde gestern in einer Rede des englischen Staatsmanns und Ministers Harcourt ausdrücklich als ein freudiges Ereigniß hervorgehoben. Damit werden unsere früheren Mittheilungen bestätigt. Harcourt erklärte es auch für seine Ueberzeugung, daß die Differenzen Englands mit den Vereinigten Staaten sich leicht und in Güte ausgleichen würden — was wir niemals bezweifelt haben.

Chronik der Majestätsbeleidigungen-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung in einem Halle wurde unter Freisprechung in einem zweiten Falle am 10. d. M. der Kaufmann Josef Mattise von Breslau von der ersten Strafkammer zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Das Delikt wurde in einer Bezeichnung gefunden, die der Angestellte einer Zigarrensorte bezuglich pflegte, unter Bezugnahme auf ein laienrechtliches Familienbild, das den Deckel der Kiste schmückte, in der jene Zigarrensorte verpackt war. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Thüren statt.

Wegen Majestätsbeleidigungen, die in der Nummer der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ vom 22. Januar enthalten waren, hatte die zweite Strafkammer des hiesigen Landgerichts I gestern ein objektives Verfahren gegen das genannte Blatt zu erledigen. Der Gerichtshof erkannte auf Eingebung und Unbrauchbarmachung der vorfindlichen Exemplare, Platten und Formen.

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlagen, betreffend den Entwurf von Vorarbeiten über die Abgabe starker wirkender Arzneimittel, sowie über die Verschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken und betreffend den Entwurf eines Gesetzes über den Abgabentarif für den Nord-Ostsee-Kanal den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Zur Frage der Zivilehe. Daß der Kultusminister sich aus Anlaß der Beratungen des Bürgerlichen Gesetzbuches gegen die obligatorische Zivilehe ausgesprochen haben sollte, wird jetzt auch von der amtlichen „Berliner Korrespondenz“ als erfunden bezeichnet. Auch sonst findet der Versuch der Konserwativen, die fakultative Zivilehe einzuführen, keinenwegs Anklang. Die freikonservative Fraktion, auf die die Antragsteller rechneten, hat folgende Resolution mit 16 gegen 2 Stimmen angenommen: „Der Antrag Homburg ist geeignet, das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches ernstlich zu gefährden. Die Fraktion spricht sich entschieden gegen dessen Annahme aus und erwartet von ihren Kommissionsmitgliedern, daß sie gegen die Abschaffung der obligatorischen Zivilehe stimmen werden.“

Der Minister und das Grubenunglück. Der Minister für Handel und Gewerbe Freiherr v. Berlepsch hat das Oberbergamt in Breslau aus Anlaß des Grubenbrandes auf Kleophasgrube bei Rattow beauftragt, nachstehende Bekanntmachung durch Veröffentlichung zur Kenntniss der theilhaftigen Kreise zu bringen: „In die tiefe Trauer, welche durch die Größe des am 3. d. M. auf der Kleophasgrube bei Rattow vorgekommenen Grubenunglücks in allen Kreisen der Bevölkerung erregt worden ist, und in die schmerzliche Theilnahme,

die von allen Seiten den Familien der verunglückten braven Bergleute entgegengebracht wird, dringt trotz der Nachricht von der todesmüthigen Hülfe, die bei dem Rettungswerk geleistet worden ist. Allen Beamten und Mannschaften der so schwer heimgeführten Grube und der benachbarten Kohlenbergwerke, welche sich an den anstrengenden und mit äußerster Lebensgefahr verknüpften Rettungsarbeiten in so überaus hingebender und aufopferungsvoller Thätigkeit betheiligt haben, spreche ich meine ungetheilte Anerkennung und wärmsten Dank aus.“

Das ist sehr hübsch vom Minister des Staates der Sozialreform. Noch hübscher wäre aber neben dem Danke die Versicherung, daß der Staat alles zur Verbütung solcher Unglücksfälle thun werde und daß er hierbei vor nichts, selbst nicht vor dem Geldinteresse der Unternehmer und vor der Stärkung der Arbeitervereinigungen zurückzusehen werde.

Thaten sind vor allem nothwendig! —

Die Nordd. Allg. Ztg. druckt heute die von uns der Nordd. Volkstimme entnommene Depesche des Reichskommissars für das Auswanderungswesen ab, in der er seinen Inspektionsbesuch auf der „Havel“ dessen erstem Offizier vorher ankündigt. D diesem Telegramm fügt sie eine lange Erklärung an, die aber trotz ihrer Länge nichts anderes beweist, als daß die vorherige Benachrichtigung der Inspektion kein vereinzelter Fall sondern die Regel ist.

Leipzig, 11. März. (Sig. Ber.) Die Kreisauptmannschaft Leipzig hat den Rekurs gegen die von der Leipziger Polizei verhängte Auflösung der Wahlrechts-Liga abgewiesen, weil die Wahlrechts-Liga nur eine Erweiterung der in der Stöcker'schen Verfassung am 5. Januar 1896 gewählten Kommission gewesen sei und auch deshalb nicht als Verein anzusehen sei, weil den Mitgliedern nicht die in den Vereinen üblichen Rechte eingeräumt worden sind, die Wahlrechts-Liga auch die Beschimpfung der Landtagsmehrheit laut der in Stöcker'schen angenommenen und zu der ihrigen gemachten Resolution verfolgt habe und eine verdeckte Geldsammlung dargestellt habe.

In unseren Kolonien haben wir nach dem deutschen Kolonialkalender 21 deutsche und 8 englische und englisch-deutsche Kolonialunternehmungen.

Oesterreich.

Wien, 11. März. Der Ausschuss für die Wahlreformvorlage setzte heute in Anwesenheit des Ministerpräsidenten Graf Badeni und des Ministers Rittner die Verhandlung über die Bestimmung der Wahlorte fort. Der Ministerpräsident erklärte, er sei mit keinem der gestellten Amendements einverstanden und setzte an der Hand der Vorlage die Bestimmungen über die Wahlorte, Wahlbezirke, direkten und indirekten Wahlen auseinander. Zum Schluß hat der Ministerpräsident, den Antrag der Regierung anzunehmen, zumal der Regierung hierdurch keine zu große Macht eingeräumt werde. Der Ausschuss nahm sodann einen Antrag an, nach welchem kleinere Wahlkreise innerhalb der Gerichtsbezirke gebildet werden sollen, sowie den Antrag Falkenhayn, nach welchem bei Einführung unmittelbarer Wahlen in den Wählerklassen der Landgemeinden in dem betreffenden Lande jeder Ort einen Wahlort bilden soll, welcher durch die Landesgesetzgebung für die Landtagswahl überhaupt als Wahlort bestimmt ist. Abgeordneter Beer erklärte sich namens der Deutsch-Linken bereit, bei der Beratung der Steuerreform einen Antrag auf Erhaltung des Wahlrechts bisher Wahlberechtigter entgegenzukommen. Schließlich wird ein Antrag Dipauli einstimmig angenommen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, vor der Beratung des Einführungsgesetzes über die direkte Personalsteuer eine Novelle zur Reichsraths-Wahlordnung, betreffend die thunlichste Sicherstellung des Wahlrechts der durch Steuernachlässe oder Steuerbefreiungen tangierten Wählerklassen einzubringen. Ministerpräsident Badeni hatte gegen diesen Antrag keine Einwendungen erhoben.

Wien, 12. März. Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Beratung des Budgets des Kferrbaumministeriums erklärte der Minister Graf Ledebur-Wecheln, die Lösung der agrarpolitischen Fragen sei nur unter werththätiger Mitwirkung des Großgrundbesitzes möglich. Ueber die Maßregeln, die gegen die Auswüchse des Getreidehandels zu ergreifen seien, fanden gegenwärtig Beratungen statt. Die Vorlage über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften werde einen Schutz gegen die Auswüchse des Getreidehandels ausländischer Konkurrenz gewähren.

Frankreich.

Weltausstellung von 1900. Bis jetzt haben 22 auswärtige Mächte ihre Betheiligung an der Weltausstellung von 1900 offiziell zugesagt, nämlich: Deutschland, Oesterreich, Rußland, England, Skandinavien, Dänemark, Italien, Holland, Türkei, Belgien, Luxemburg, Schweiz, Bulgarien, Spanien, Portugal, Perien, China, Japan, Vereinigte Staaten, Brasilien, Kanada, Bolivien und die Argentinische Republik. Wenn man den genannten Staaten den Platz einräumt, welchen sie für ihre Abtheilungen in der Ausstellung verlangen, so würde man die doppelte Oberfläche des Marsfeldes nöthig haben.

Italien.

Zur Amnestie. Der Kabinettsrath entschied sich dahin, auch die von den Militärgerichten Verurtheilten in die politische Amnestie einzuschließen.

Maffanah, 11. März. („Agenzia Stefani.“) Das Heer des Negus, welches langsam vorrückte, steht noch bei Entisio. — Es lehren noch fortwährend Ueberlebende aus der Schlacht bei Abua zurück, der größte Theil derselben ist verwundet.

Spanien.

Madrid, 12. März. (C. R. of G.) Es wird die Aufnahme einer kubanischen Kriegsanleihe beschlossen. Der Finanzminister hat die spanischen Bankiers dahin verständigigt, daß Ende Juli circa 100 Millionen Mark zu Kriegskosten gebraucht würden und diese durch eine 6 pSt.-Nationalanleihe beschafft werden sollen.

Madrid, 12. März. („Frankfurter Zeitung.“) Der Gerichtshof hat gestern den früheren Minister Wosch freigesprochen und die Denunziation des Marquis Cabrana als falsch bezeichnet. Letzterer müsse gerichtlich belangt werden.

Bei der bekannten Abhängigkeit der Gerichte ist auf diesen Urtheil gegen einen Mann, der noch vor wenigen Wochen Minister war und dessen Kollegen es noch sind, nichts zu geben. Bei der Anklage handelt es sich bekanntlich um große Unterschleife in der Madrider Stadtverwaltung zur Zeit, als Wosch Bürgermeister der Hauptstadt war.

China.

Peking, 12. März. Der förmliche Präliminarvertrag betreffs der chinesischen Anleihe ist gestern hier von den Mitgliedern des Tsung li Yamen, der Hongkong und Shanghai Banking Korporation und der Deutsch-Asiatichen Bank unterzeichnet worden.

Afrika.

Pretoria, 11. März. Die Verhandlung in dem Prozesse gegen die Mitglieder des Johannesburg Reformkomitees wurde heute wieder aufgenommen. Ein Zeuge Namens van der Werwe sagte aus, er sei am 5. November von Charles Leonard und Lionel Phillips angeworben worden und habe dabei den Auftrag erhalten, sich mit acht anderen nach Moselburg zu begeben, wo sie sich der Truppe Dr. Jameson's anschließen sollten, die wie dem Zeugen gesagt wurde, nach Transvaal komme.

Die Bewegung in der Konfektions-Industrie.

Vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts erschien gestern unter anderem eine Arbeiterin, die ausschließlich Knopflöcher an Knabenanzügen macht. Für einen Anzug für einen Knaben von 7-12 Jahren, welches Kleidungsstück 8 bis 9 Knopflöcher hat, erhält sie 5 Pf. und erreicht dabei einen Wochenverdienst von 8 M. Sie giebt aus für Schlafstelle und Kaffee 2 M., für Mittagessen 2 1/2 M., für Abendbrot 1,05 M. und für Krankenkassenbeiträge 0,22 M. Da sie in der Werkstatt des Meisters arbeitet und einen weiten Weg dahin hat, giebt sie noch wöchentlich 1 M. für Fahrgehalt aus, so daß ihr also zur Bestreitung aller sonstigen Lebensbedürfnisse 1,28 M. übrig bleibt. Die vernommenen Zwischenmeister, unter denen sich auch ein früherer Kaufmann der Kolonialwarenbranche befand, bemühten sich, die Verhältnisse ihrer Arbeiterinnen möglichst günstig zu schildern, ihren eigenen Verdienst dagegen möglichst niedrig anzugeben. Ferner stellte sich bei den Vernehmungen heraus, daß eine Konfektionsfirma, obwohl sie der Vereinigung angehört, noch nach dem Streik Herrenhofen zu 55 Pf. an einen Schneider auszugeben hat. Eine andere Firma, die es sich zum Prinzip gemacht hatte, geht nur noch zugeschnittene Sachen auszugeben, hat einem Schneider auf seinen Wunsch ungeschmittenen Sachen zum Preise der zugeschnittenen übergeben. Dem anwesenden Firmeninhaber wurde bedeutet, daß auch diese Handlungsweise sich als Vertragsbruch darstelle und ihm geraten, um allen möglichen Weiterungen zu entgehen, sich streng an die Bestimmungen des Tarifs zu halten.

Partei-Nachrichten.

Bei den Wahlen zum Gewerbegericht für die Arbeiterbeisitzer in Frankfurt a. M. ist die sozialdemokratische Liste mit einem Mehr von rund 300 Stimmen gegen das Vorjahr glatt durchgegangen. Abgegeben wurden 1457 Stimmen; eine gegnerische Liste war nicht aufgestellt.

Partei-Presse. Die sozialdemokratische Presse der Schweiz umfaßt 14 Organe. Davon sind 8 politische und 6 gewerkschaftliche Blätter. 8 dieser Blätter erscheinen in deutscher, 4 in französischer und 1 in beiden Sprachen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Redakteur Zehlehorn vom „Volkswissen“ in Hannover, der wegen eines Artikels, worin krankhafte fernere Vorgänge erörtert wurden, angeklagt war, die Sittlichkeit verletzt zu haben, ist am Mittwoch, wie uns ein Privattelegramm meldet, kostenlos freigesprochen worden.

Gewerkschaftliches.

Zur Buchdruckerbewegung. Eine Versammlung der Junung Leipziger Buchdruckerbesitzer hatte am 5. März die Zusage, mit den Gehilfen über die Abänderung des Tarifs zu beraten, u. a. davon abhängig gemacht, daß bei diesen Beratungen, „sowohl die Nichtverbands- wie Verbandsgehilfen eine entsprechende Vertretung“ erhielten. Dadurch wollen die Leipziger Buchdruckerbesitzer den Verband, als den Träger der Bewegung, schwächen. Gegen diesen Versuch, den bisherigen Jahrzehnte alten Brauch, wonach die Gehilfen ihre Vertreter durch Wahl bestimmen, durch ein schlechteres Wahlsystem zu ersetzen, hat sich dann auch unter den Buchdruckergehilfen ganz Deutschlands ein Sturm der Entrüstung erhoben und selbst in Prinzipalstreifen wird gegen das Verlangen der Leipziger Buchdruckerbesitzer-Junung sehr energisch protestiert. So hat in Berlin eine fast vollständig von den Mitgliedern des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer und des Kreises Brandenburg des Deutschen Buchdruckervereins besuchte Versammlung mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution beschlossen: „Die am 11. März 1896 versammelten Mitglieder des Bundes der Berliner Buchdruckerbesitzer und des Kreises VIII des Deutschen Buchdruckervereins erklären, daß sie entgegen dem am 10. März vom Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig gefaßten Beschlüssen nach wie vor auf dem Standpunkt stehen, daß bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen nur mit Vertretern der Gehilfen verhandelt werden soll, welche auf Grund allgemeiner Wahlen gewählt sind. Ebenso erklärt die Versammlung, daß sie auf dem bisher von dem Bunde vertretenen Standpunkt verharre, nämlich jedem Versuch der Gehilfen, etwaige Forderungen gewaltsam durchzusetzen, energigsten Widerstand zu leisten und auf keinen Fall in einzelnen Druckerereien die Forderungen zu bewilligen, sondern nur gemeinsam vorzugehen.“

Ueber das Ergebnis der Verhandlungen, die am Mittwoch in Leipzig zwischen den Vertretern der organisierten Buchdruckerbesitzer und Buchdruckergehilfen des Deutschen Reichs gepflogen wurden, liegen uns folgende Nachrichten vor:

Leipzig, 11. März, abends. (W. Z. B.) Wie das „Leipziger Tageblatt“ meldet, einigten sich die Vertreter der deutschen Buchdruckerbesitzer und der Gehilfen heute über eine friedliche Beilegung der entstandenen Lohn-differenzen.

Leipzig, 12. März. (W. Z. B.) Zwischen dem Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins und Vertretern des Verbandes deutscher Buchdrucker fanden gestern Abend Verhandlungen statt, deren Ergebnis eine friedliche Lösung der Tariffrage erwarten läßt.

Au die Maler Berlins! Kollegen und Berufsgenossen! Seit Montag, den 9. März, befinden wir uns in einem partiellen Streik. Wo der Lohn nicht bewilligt ist, wird nicht weiter gearbeitet. Da nun die Sache für uns durchaus günstig steht, so bitten wir die Kollegen, überall dort, wo der Tarif nicht bewilligt wurde, aber die Arbeit noch nicht niedergelegt ist, sogleich das Erforderliche zu thun. Namentlich die Kollegen bei den großen Firmen von Sobotta, Lange u. Bodenstein werden hierin erucht.

Ferner bitten wir die streikenden Kollegen der Firma Bodenstein, muthig auszuharren, damit der Sieg um so eher errungen wird.

Die Streikenden haben sich täglich zweimal, vormittags von 8-9, nachmittags von 3-4 Uhr im Bureau Neue Friedrichstraße 44 zu melden, wo die Abstempelung der Kontrollkarten geschieht.

Die Bureaustunden sind von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Sonnabends bis 9 Uhr abends. Gleichzeitig bitten wir, daß die Gelder zum Streifonds (pro Woche und Mann 2 Mark) unbedingt am Sonnabend abgeliefert werden, und zwar im Streikbureau, Neue Friedrichstr. 44.

Die Lohnkommission.

Die Kellner Berlins protestirten in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung gegen die von den Vätern der Gewerbe-Ausstellung aufgestellten „Engagements-Verträge“. Die Versammelten verpflichteten sich, Stellungen durch die Vermittelung von Kommissionären in den Ausstellungs-Restaurants nicht anzunehmen. Näheres unter der Rubrik „Versammlungen“.

Au die Stockarbeiter Berlins! In Uebereinstimmung mit unserem bisherigen Verhalten nehmen wir auch in diesem Jahre an der Gedächtnisfeier der 48er Revolution theil. Den würdevollsten Ausdruck findet sie für unsere Branche in der öffentlichen Versammlung, die nächsten Montag Abend abgehalten wird. Näheres in der Annonce. Zugleich ist Aussprache über den 1. Mai. Alle Kollegen sind eingeladen und werden hierdurch veranlaßt, die Versammlung zu einer imposanten zu gestalten.

Aus Kottbus wird uns über die Höhe der den Streikenden gewährten Unterstützung folgendes berichtet: Es bekommen verheiratete Männer 6 M., ledige 4 M.; Wittwen 4 M., ledige

Frauen 3,50; Arbeiterinnen, deren Männer sonstige Beschäftigung haben oder mitstreiken, erhalten 2,50 M.; ferner bekommen die Ausständigen für jedes Kind 50 Pf. Die in den Fabriken beschäftigt gewesenem sogenannten Fadenlinder werden mit 2,50 M. unterstützt.

Dem Berliner „Lokal-Anzeiger“ wurde von seinem Kottbuser Korrespondenten telegraphirt: „Der Fabrikantenverein beschloß, die Ausständigen aufzufordern, innerhalb der nächsten 14 Tage die Arbeit wieder anzunehmen, sonst würden die Fabriken auf drei Monate geschlossen. Die Maschinen und Krimmischerer Industriellen haben den Fabrikanten Unterstützung zugesagt. Die Lohnweber haben zur Abweberung der angefangenen Lohnletten die Arbeit wieder aufgenommen.“ Diese Nachricht rührt offenbar aus Fabrikantenkreisen, ist also betrefend des letzten Punktes mit Vorsicht anzunehmen.

Der Vergleich der bremischen Tabakarbeiter und Fabrikanten ist nach der Bremer Bürgerzeitung“ dadurch ermöglicht worden, daß die Sortierer Schüler und Stimmer, die die ursprüngliche Veranlassung zu dem Streik gewesen sind, freiwillig auf weitere Beschäftigung bei der Firma G. Alvenhufen verzichtet und anderswo Arbeit gefunden haben; zugleich erklärte der Verein Bremer Zigarrenfabrikanten, daß er durchaus nicht die Absicht habe, das Arbeitsrecht der Arbeiter im mindesten anzutasten; wie auch schon in den Statuten dieses Vereins vom Jahre 1880 der Satz enthalten ist: „Die Freiheit der Arbeiter, Vereinigungen anzugehören, soll prinzipiell nicht angetastet werden.“

Der Streik der Maler, Kunstreicher und Berufsgenossen von Barmen-Elberfeld umfaßt jetzt 500 Personen; davon ist bereits ein großer Theil abgereist. Es wird nur noch in wenigen Werkstätten gearbeitet.

Dem Streik der Dreher, Schlosser, Modellistischer und Drechsler bei der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft in Lübeck haben sich nun auch die Schmiede und Kesselschmiede, sowie die Mieter und Hilfsarbeiter angeschlossen, weil ihnen die Firma zumuthete, die Arbeiten der Streikenden mit zu übernehmen.

In Hamburg haben 17 Steinmehrer der Firma Schlich u. Sohn, Schwarzenstraße, die Arbeit niedergelegt. Sie bitten die auswärtigen Kameraden, Solidarität zu üben.

Die Schmiede Dreddens stellten an die Unternehmer folgende Forderungen: Jehusständige Arbeitszeit, 80 pCt. Lohnzuschlag für Ueberstunden, 50 pCt. Lohnzuschlag für Sonntagsarbeit; denselben Wochenverdienst bei Jehusständiger, wie jetzt bei der eifündigen Arbeitszeit; der Lohn darf nicht unter 18 M. betragen. Gemeinschaftlicher unentgeltlicher Arbeitsnachweis.

Eine Solgarbeiter-Versammlung in Frätk beschloß die 1 1/2stündige Mittagspause zu fordern. Die Forderung wird zunächst in 6 Werkstätten gestellt und bei Nichtbewilligung soll in den partiellen Streik getreten werden.

In Kottweil (Württemberg) legten 16 Arbeiter der Pletter'schen Kupferschmiede und Gießerei die Arbeit nieder.

Der Streik in der Gratweiner Papierfabrik, die der bekannte Grayer Firma Leykam-Josefthal gehört, ist nach bürgerlicher Angabe beendet. Die Ausständigen haben die Arbeit unter der Bedingung wieder aufgenommen, daß der Verwaltungsrath über die Beschwerden der Arbeiter bis zum 20. d. M. entscheide, seinen Beratungen einen Vertreter der Arbeiter zuziehe und den entlassenen Arbeiter Lindner bis zum 20. d. M. beschäftige.

Aus Karwin erhalten wir folgendes Privattelegramm: „Gerold's Berichte über den Stand des Streiks entsprechen nicht den Thatsachen. Der Streik nimmt durchaus nicht ab; es ist alle Hoffnung auf Erfolg vorhanden.“

Am Anschließ hieran mögen einige Stellen aus einem Specialbericht Platz finden, den die Wiener „Arb.-Zeitung“ unterm 10. März aus Währisch-Ostau erhielt und der ein ganz anderes Bild giebt, als die in den letzten Tagen von der bürgerlichen Presse kolportirten Nachrichten. Dort heißt es u. a.: „Die Hoffnungen der Unternehmer, daß Streikbrecher am Montag den Gruben schaarweise zuströmen werden, ist zu Schanden geworden. Man kann sagen, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, daß gestern vollständige Arbeitsruhe geherrscht hat. Aus diesem Grunde hat Montag eine Direktorenkonferenz stattgefunden, die Beschlüsse gefaßt hat, die am Abend dem Streikomitee mitgetheilt wurden. Der ganze Dünkel der Kohlenproben kommt in ihren Beschlüssen zum klaren Ausdruck. Da heißt es: „Im Nachhange zu den Beschlüssen betreffend der Abschlagszahlung haben die Direktoren erklärt, daß sie dafür Sorge tragen werden, daß dort, wo es die geänderten Verhältnisse bedingen, um die Mitte des Monats die bisher üblichen Bedingrevisoren sorgfältig vorgenommen werden. Dem Wunsche wegen Wiederausnahme in die Arbeit der bereits Gefährdeten oder Entlassenen kann aus Rücksicht für die Erhaltung der Disziplin (!) nicht entsprochen werden. Weitere Kündigungen beziehungsweise Entlassungen werden, falls die regelmäßige Arbeit spätestens Mittwoch den 11. d. aufgenommen wird, nur aus triftigen Gründen ausgesprochen werden.“

Die Streikenden haben es daraufhin abgelehnt, noch ferner, wie bisher, durch die Vermittelung des Oberkommissars mit den Direktoren zu verhandeln; sie verlangen die Einberufung einer Konferenz, bei der ihre Vertrauensmänner mit den Direktoren direkt verhandeln können.

Inzwischen wird gegen die Streikenden trotz ihres musterhaften Verhaltens die Abschreckungsmethode fortwährend angewendet. Am vorigen Freitag hat der Bezirksrichter von Freistadt zwei Arbeiterinnen, welche einen Bergarbeiter davon abhalten wollten, die Arbeit anzunehmen, wegen Uebertretung des § 3 des Koalitionsgesetzes zu zwei Monaten Arrest verurtheilt und beschloffen, sie sofort in Haft zu behalten. Eine Intervention auf Haftentlassung, um den Verurtheilten die Möglichkeit zu geben, Berufung einzulegen, blieb erfolglos; eine Anrufung des Justizministers blieb bis jetzt unbeantwortet.

Am 11. März wurde der „Arbeiter-Freitung“ noch berichtet: Auch heute herrscht vollständige Arbeitsruhe. Die Sympathien der Bevölkerung sind für die 30 000 Streikenden, die mit Begeisterung in den zahlreichen Versammlungen erklären, daß sie nicht eher die Arbeit aufnehmen, bis ihre gerechten Forderungen erfüllt sind.

In Reichenberg i. S. beschloffen die Textilarbeiter, am Jehusfundentag festzuhalten und ihn dadurch zu erzwingen, daß sie die Arbeit täglich eine Stunde später beginnen oder eine Stunde früher aufhören.

Gerichts-Zeitung.

Unser Parteigenosse Blaurock hatte sich durch die Rede, welche er am 1. Mai 1895 in einer öffentlichen Mauererversammlung hielt, eine Anklage ausgezogen, die ihm besonders Berüchtlichmachung von Staatsfeindlichkeiten bezw. Anordnungen der Obrigkeit vorwarf; er war dann aber von der Strafkammer freigesprochen worden. Für thätlich festgestellt hielt das Gericht, daß Blaurock geküchert habe: „Am heutigen Tage (1. Mai 1895) sind sicherlich die Truppen wieder in den Kasernen konfignirt worden.“ und: „Ich glaube bestimmt, daß die Regierung durch derartige Maßnahmen die Arbeiter nur provoziren will; die Regierung hat eine zu geringe Meinung von den Arbeitern, als daß sie nicht annehmen sollte, dieselben ließen sich zum revoltiren anzuregen.“ Das Landgericht hielt den § 181 des Strafgesetzbuches hierauf nicht für anwendbar, indem es besonders die folgenden Eingangsworte

desselben berücksichtigte: „Wer erdichtet oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet etc.“ Es nahm an, daß der Angeklagte in den ältlichen Ausführungen der Regierung zwar ausgesprochenenmaßen, aber lediglich im Wege der Schlussfolgerung verwerfliche Motive unterstelle, daß er diese jedoch nicht als unmittelbar greifbare, zur Entscheidung gekommene, (d. h. als Thatsachen) behandle. Der Angeklagte hat der Auffassung des Gerichts nach nicht Thatsachen behauptet, sondern sich in den Grenzen eines wenn auch verletzenden und abfälligen Urtheils gehalten. — Der 2. Strafsenat des Reichsgerichts hat nun obige Entscheidung aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht zurückverwiesen. Aus den Gründen des schriftlichen Erkenntnisses ist folgendes interessant: Der Begriff „Behauptung“ sei verkannt worden. Es sei irrig anzunehmen, daß für die Entscheidung der Frage, ob eine Behauptung vorliege oder nicht, die Form und die Begründung der Kundgebung maßgebend sei. Werde etwas als geschehen hingestellt, so werde eine Thatsache behauptet, und es komme dann nicht darauf an, in welcher Form die Behauptung zum Ausdruck gebracht, ob sie auf eigene oder fremde sinnliche Wahrnehmung, auf ein Urtheil oder auf Folgerungen aus anderen Thatsachen gestützt und ob das eine oder andere als Grund der Behauptung mitgetheilt werde. Auf eine derartige Folgerung weise das vom Angeklagten gebrauchte Wort „sicherlich“ hin. — Der erste Richter übersehe bei seinen Erwägungen, daß nach seinen eigenen Feststellungen die Äußerungen des Angeklagten bestimmte, äußerlich in die höchsten Truppenkonfignationen, zum Gegenstand hätten. Und ferner übersehe er, daß diese äußeren Thatsachen durch Darlegung der Zwecke und Motive der Maßnahmen sich nicht zu abstrakten Schlussfolgerungen verflüchteten. Vielmehr würden hierdurch lediglich innere Thatsachen (!) mit äußeren verbunden und die Kundgebung behalte ihrem ganzen Umfange nach den Charakter des Thatsächlichen.

Noch ein Edelster und Vester. Leichtsin und Verschwendung sucht haben den jugendlichen Lieutenant a. D. Hasso von Wedel auf sehr bedenkliche Bahnen gebracht. Er wurde gestern aus der Untersuchungshaft der 9. Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt, um sich wegen Betruges in sechs Fällen zu verantworten. Der in Dortrecht in Südafrika geborene junge Mann stand als Offizier in Wittenberg, mußte aber im September v. J. wegen eines Uebermaßes von Schulden den Abschied nehmen. Nach dieser Katastrophe erhielt er von seinem Vormund sein Vermögen im Betrage von 10 000 M. ausgezahlt, das Geld reichte aber nicht lange aus, denn die drei W's — Wein, Weib und Wetten — die in seinem jungen Leben schon eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hatten, beherrschten ihn auch weiter, und so kam es, daß sein Vermögen in fünf Monaten schon vollständig verschwunden war und die Noth bei ihm anklopfte. In seinem Besitze befand sich nur noch eine afrikanische Goldminen-Aktie, die er bei dem Schwerdtfeger'schen Bankgeschäft in Baargeld umzu-sehen sich bemühte. Es gelang ihm dies aber nicht sofort, vielmehr hatte der Bankier über den Werth der Aktie einige Bedenken, die nähere Erkundigungen in London nöthig machten. Das Papier wurde nämlich schon seit Jahresfrist an der Börse nicht mehr gehandelt und die Nachforschungen ergaben, daß der Werth der Aktie gleich Null war, da die Gesellschaft inzwischen in Konkurs gegangen ist. Trotzdem diente dieses Papier dem Angeklagten als Folie für einige Betrügereien. Als er noch Geld nötig hatte, war er bei zwei hiesigen Juwelieren ein guter Kunde, denn er hatte wiederholt das Bedürfnis, sich die Kunst irgend einer Schönen durch Ohrgelänge oder funkelnde Ringe zu erschmeicheln. Dieser Juwelenhändler erinnerte er sich in seiner Nothlage. Bei dem einen kam er eines Tages in einer feinen Equipage mit gallonirtem Diener aus dem Aufschub vor-gefahren, erzählte dem Geschäftsinhaber, daß er sich die Equipage gekauft habe und suchte sich einen Schmuck im Werthe von 700 M. aus. Er gab dafür eine auf das Bankgeschäft von Schwerdtfeger lautende Anweisung, die nichts werth war, da die werthlose Goldminen-Aktie als ein Guthaben nicht angesehen werden konnte. Kurz nachher hat er noch einmal einen Dienstmann zu dem Juwelier geschickt und sich noch einen Schmuck im Werthe von 800 M. ausshändigen lassen. Rehnlich hat er gegenüber einem zweiten Juwelier gehandelt. Die Schmucksachen hat er schleunigst versteckt und das daraus erzielte Geld zum Lebensunterhalt benutzt. Er war geständig und konnte zu seiner Entschuldigung nur geltend machen, daß er die feste Zuversicht hatte, daß sein Bruder und seine Bekannten ihn nicht untergehen lassen, sondern im letzten Augenblick für ihn einspringen würden. Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr und der Gerichtshof erkannte auf neun Monate Gefängnis.

Der ehemalige Lieutenant Hans von Schleinitz wurde gestern der 140. Notheilung des Schöffengerichts aus der Untersuchungshaft vorgeführt, um sich wegen Betruges zu verantworten. Der Angeklagte stand beim 7. Grenadier-Regiment in Rönigsberg, hat aber Schulden halber im Herbst v. J. seinen Abschied nehmen müssen. Er wandte sich nach Berlin, konnte aber hier eine geeignete Thätigkeit nicht finden. Am 15. Februar besuchte der Angeklagte den Bod, wo er dem Biere fleißig zusprach. In seinem Besitze hatte er 3,50 M. Nachdem dieser Betrag verneigt war, wurde der Angeklagte plötzlich wie vom Größewahn befallen, er traktirte alle, die sich in seiner Nähe befanden und besonders das stark vertretene weibliche Geschlecht. Immer neue Zusuhren von Bier mußten die Kellner herbeischaffen. Als die Jeche eine Höhe von 120 M. erreicht hatte, wurde den Kellnern wegen der Bezahlung dange. Sie mahnten und erfuhren, daß der freigebige Gast ohne einen Pfennig Geld war. Zur Wache gebracht, erklärte der Angeklagte, daß er noch aktiver Offizier sei. Die Unwahrheit stellte sich bald heraus. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und einer Haftstrafe von 3 Tagen, wovon 1 Monat Gefängnis und 1 Tag Haft durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Der Vorsitzende betonte, daß ein derartiges Verhalten bei einem Manne aus den höheren Ständen besonders empfindlich geahndet werden müsse.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Köln, 12. März. (W. Z. B.) Die größte Hochwassergefahr scheint vorüber. Zwar wird vom Oberrhein noch Steigen des Wassers gemeldet, indessen fallen Saar, Mosel und Mosel. Hier war der Wasserstand abends 7,41 Meter; derselbe nimmt stündlich nur noch 2 Centimeter zu.

Auffee, 12. März. (W. Z. B.) Eine vom Darstein abgegangene Lawine hat einen mächtigen Schuttdamm vollständig zerstört und die Bahn auf eine Entfernung von über zweihundert Metern unfahrbar gemacht. Die Fahrtunterbrechung dürfte bis Anfang Mai dauern.

Bukarest, 12. März. Nachts 1 Uhr 10 Min. wurden hier sowohl wie auch in Jassy zwei heftige Erdbeben wahrgenommen.

Paris, 12. März. (W. Z. B.) Die Verhandlung der Angelegenheit Lebando wird nach der Vernehmung Perrière's, welcher erklärt, von Lebando kein Geld empfangen zu haben, auf Antrag des Staatsanwalts-Substituten auf morgen vertagt.

London, 12. März. (W. Z. B.) Ein mit Menelik befreundeter italienischer Forschungsreisender ist mit Friedensvorschlägen zu Menelik abgereist. Der Negus soll nun, wie dem „Daily Chronicle“ aus Rom gemeldet wird, diese Vorschläge annehmen wollen, wenn sich die Italiener hinter den Mareb-Fluß zurückziehen.

Rio de Janeiro, 12. März. Auf dem italienischen Kriegsschiffe „Combarodia“ sollen bereits 147 Mann von der Besatzung am gelben Fieber gestorben sein.

Reichstag.

58. Sitzung vom 12. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher und Kommissar.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Anträge wegen Aufhebung des Impfwang-Gesetzes vom 8. April 1874, welche gestellt sind von den Abgg. Förster-Neustettin (Reform-P.) und Meißner-Neustadt (Z.), unterstützt von einigen Konservativen, Zentrumsmitgliedern und Welfen, und von den Sozialdemokraten Bloß und Genossen.

Abg. Förster-Neustettin (Reform-P.) führt aus, daß nur der Impfwang beseitigt werden solle, der allmählich zur Erbitterung geführt habe. Die wissenschaftliche Frage der Schutzimpfung stehe nicht in Frage. Die Rechtsprechung hat ergeben, was der Reichstag sicherlich niemals gewollt hat, nämlich daß die Verweigerung der Impfung nicht bloß Polizeistrafen nach sich zieht, sondern daß auch ein direkter Zwang ausgeübt werden kann. Inzwischen ist aber der Widerspruch gegen die Zwangsimpfung gewachsen und zwar nicht bloß auf Seiten der Laien, sondern auch auf Seiten der wissenschaftlich gebildeten Männer, speziell der Ärzte. Trotzdem in Deutschland der Impfwang besteht, ist das deutsche Volk nicht sicher vor dem Ausbruch einer Epidemie; denn die Schutzimpfung wirkt nur 10 Jahre; nach dieser Zeit sind die Menschen nicht mehr immun, also alle Frauen und alle Männer, welche nicht gedient haben und dabei wieder geimpft sind, nach dem 20. Lebensjahr, und alle gedienten Männer vom 30. Lebensjahre ab. Seit 1874 ist allerdings die Sterblichkeit an den Pocken sehr zurückgegangen, wir haben auch keine große Epidemie gehabt. Aber die Epidemien haben auch ihre Perioden, und wenn wir davon verschont geblieben sind, so ist das auf die Besserung der Lebens- und Gesundheitsverhältnisse, Besserung der Wohnungen u. zurückzuführen. Die guten Folgen des Impfwanges schreibt man immer diesem zu, obgleich sie vielleicht andere Ursachen haben; aber die bösen Folgen, die schreibt man anderen Ursachen zu. Die Statistik aus Sachsen, Preußen und Bayern beweist, daß so viele Impfschädigungen vorgekommen sind, daß die Sache nicht mehr so weiter gehen kann, da die sichere Garantie, daß die Impfung unter allen Umständen unschädlich erfolgen kann, nicht gegeben ist. Die Schweizer Kantone, welche den Impfwang nicht gehabt haben, hatten weniger Todesfälle an Pocken, als diejenigen, welche den Impfwang hatten. Medner verweist auf die Verhältnisse in Frankreich und folgert daraus, daß auch dort die nicht Geimpften weniger Erkrankungsfälle gehabt haben als die Geimpften. Bezüglich der Impfschädigung ist die vorhandene Statistik nicht ausreichend; denn es besteht kein Zwang für die Ärzte, Impfschädigungen zur Anzeige zu bringen. Es wird auch seitens der Impfsärzte natürlich nach Möglichkeit vermieden, die eingetretenen Todesfälle auf diese Ursache zurückzuführen; ebenso wird in vielen Fällen das spätere Auftreten von Siedthum und Krankheit auf diese Ursache zurückgeführt sein. Wenn man auch gegen Diphtherie, Cholera und andere Krankheiten Schutzimpfungen stattfinden, dann wird man sich immer mehr vernachlässigen, und sich auf die Güte des Schutzes verlassen, statt gesundheitslich zu leben. Die Gerichte wissen nicht, wie sie sich verhalten sollen. Einige Gerichte haben eine kleine Ordnungsstrafe bei der Impfverweigerung festgesetzt; einige haben gemeint, es könne nur einmal gestraft werden, andere haben bei wiederholter Verweigerung des Impfes von einem andauernden Vergehen gesprochen und fortlaufende Strafe verhängt. Wir müssen volle Freiheit der Staatsbürger verlangen auch in der Frage des eigenen Leibes. Medner empfiehlt die Verweisung der ganzen Frage an eine Kommission, welche aber das Recht haben sollte, Sachverständige, nicht bloß seitens der Regierung zu Rathe zu ziehen.

Nach dieser siebenstündigen Rede erhält als Antragsteller für den sozialdemokratischen Antrag das Wort Abg. Reichhaus (Soz.): Der Widerspruch gegen das Gesetz war anfänglich ein sehr schwacher; es kamen nur wenige Petitionen an den Reichstag; jetzt kommen alljährlich tausende von Petitionen mit hunderttausenden von Unterschriften. Bei der Beratung des Gesetzes sagte schon der Abg. Reichsperger voraus, daß dieses Zwangsgesetz bedenkliche Dinge mit sich bringen würde; das ist vollständig eingetroffen, denn die Behörden weichen sogar vor Ungefahrlichkeiten nicht zurück, um die Impfung zu erzwingen, während von einer Zwangsimpfung keine Rede sein kann. Der Widerspruch gegen das Impfgesetz ist aus dem Kreise der Laien auch in die Kreise der Ärzte übergegangen. Wenn nicht die Polizei einschreiten würde, vor welcher viele Leute Furcht haben, dann würde bald das ganze Volk sich der Impfung entziehen. In der Denkschrift, welche das Reichsgesundheitsamt über die Impfung ausgearbeitet hat, wird von den zahlreichen Pockenfällen im französischen Heere gesprochen, während thatsächlich eine Statistik darüber nicht vorhanden ist. Die Impfung für die Schafe hat man 1860 bereits aufgehoben, da man sich fragte, warum sie für die Menschen bestehen bleibt. (Widerspruch.) Allerdings besteht ein Unterschied zwischen Mensch und Schaf (Weiterkeit), die Schafe kosten Geld, während man das Menschenmaterial nicht so hoch veranschlagt. Warum hat die Impfung bei den Schafen schädlich gewirkt und bei den Menschen nicht? Das beste Mittel gegen die Pocken sind gute hygienische Einrichtungen und ein guter Unterricht in der Schule über die Gesundheitslehre. Nehmen Sie den Antrag an und es wird die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes den Tag segnen, an welchem das Impfgesetz aufgehoben worden ist.

Abg. Kruse (natl.): Ich glaube in kürzerer Zeit als die beiden Vorredner die vorgebrachten Behauptungen widerlegen zu können. Ihre Ausführungen haben gezeigt, daß sie trotz ihrer gründlichen Studien keine Erfahrungen haben. Eine Kommissionsberatung ist nicht notwendig in dieser klaren Frage; ebenso wenig ist die Zuziehung von Sachverständigen erforderlich; die Medner waren ja so sachverständig, daß sie kaum noch belehrt werden können. Die Broschüre des Reichsgesundheitsamtes ist so unparteiisch, so sachlich, so klar und deutlich, daß man kaum etwas hinzufügen kann. Herr Reichhaus fragt, weshalb die Schafimpfung aufgehoben worden ist. Da zeigt sich schon der Mangel an Sachverständigkeit des Vorredners. Die Schafpocken sind direkt mit dem Pockengift geimpft und nicht mit einer abgeschwächten Vaccine; damit hat man schlechte Erfahrungen gemacht, ebenso wie zur Zeit, als man die Menschen direkt mit Pockengift impfte. Die zahlreichen Unterschriften unter den Petitionen bedeuten gar nichts, die meisten Unterschriften kennen kaum die Tragweite der Frage, und außerdem kosten ihre Unterschriften nichts. Daß die Schutzimpfung nach 10 Jahren ihre Wirkung verliert, ist ein Irrthum des Vorredners. Es ist nur festzustellen, daß in den ersten Jahren nach der Impfung ein vollständiger Schutz vorhanden ist, der sich aber von Jahr zu Jahr abschwächt. Die Behauptungen über die Impfschädigungen haben fast alle als übertrieben sich herausgestellt, sobald man sie genauer untersuchte. Die Gefahr solcher Schädigungen ist auch eine geringere geworden, seitdem nicht mehr abgeimpft wird, sondern möglichst nur animale Lymphe zur Verwendung kommt. Die Zahlen kann ich nicht so genau kontrollieren; aber das ist sicher, während des Krieges von 1870/71 sind viele Franzosen an den Pocken erkrankt; aber unsere Armeen ist, trotzdem sie sich unter dieser Bevölkerung befanden, verschont

geblieben; das ist ein Beweis für den Schutz, der in der Impfung liegt.

Abg. Langerhans (fr. Vp.): Die Antragsteller haben es sich allerdings sehr leicht gemacht, wir machen es uns sehr schwer. Die Regierung und das Reichsgesundheitsamt haben manchen Dank verdient für die schwere Arbeit, die sie geleistet haben und dafür, daß es allen einzelnen Fällen so genau nachgegangen ist. Es wird behauptet, daß die französischen Gefangenen trotz der Impfung hier erkrankt sind. Man hat aber vergessen, daß die meisten Gefangenen erst nach Wochen geimpft werden konnten, weil nicht so viel Lymphe vorhanden war. Die Bemängelung der Statistik, welche das Reichsgesundheitsamt in allen Fällen beweisen kann, seitens der Antragsteller ist doch eine sehr dreiste gewesen; Beweise sind nicht beigebracht worden. Wenn frühere Schädigungen eingetreten sind, so lag das daran, daß die Lymphe früher nicht so gut war wie jetzt. Ob die Schädigungen wirklich eine Folge der Pockenimpfungen waren, muß doch erst wissenschaftlich festgestellt werden. Kein einziger wissenschaftlicher ärztlicher Verein, kein bedeutender Arzt hat sich gegen die Impfung ausgesprochen. An der Impfung haben die Ärzte auch kein Interesse; sie verdienen dabei wirklich nicht viel. Erst in diesem Jahre hat die Medizin einen Fortschritt gemacht in der Beziehung, in der Jenner angefangen hat. Ich würde mich schämen, wenn wir heute das Impfgesetz aufheben würden, wo wir durch Impfung Immunität gegen diese oder jene Krankheit herbeiführen können. Ich möchte Sie dringen bitten, das Impfgesetz bestehen zu lassen.

Abg. von Döbner (Welfe): Die schädlichen Folgen der Impfung bestehen nicht in der Impfung selbst, sondern in ihrer mangelhaften Ausführung. Vielleicht könnten die Ausführungs-vorschriften geändert werden. Die Zahl der zu impfenden Kinder in den einzelnen Impfterminen ist eine viel zu große. Auch größere Vorsichtsmahregeln bezüglich der Reinigung der zu benutzenden Instrumente sind notwendig. Unzufriedenheit erregt es, daß die Aermeren in die öffentlichen Impftermine gezwungen werden, während die Reicherer ihren Hausarzt benutzen können. Würden alle Kinder in den Impftermin gebracht werden müssen, so würde sich die Zahl der Gegner in diesem Hause schon mehren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Wenn es auch misslich ist, daß vom Bundesrathstische zu Initiativanträgen das Wort genommen wird, so möchte ich doch heute einige Worte sagen, um Klarheit zu schaffen und nach außen hin beruhigend zu wirken. Ich bin dem Vorredner sehr dankbar für seine Stellung zu den Anträgen. Der Weg, den er vorschreibt, wird auch nach meiner persönlichen Meinung zu dem Ziele führen, daß die Impfschädigungen aus der Welt geschafft werden. Ich weiß nicht, wie die Einzelregierungen sich zu der Frage der Aufhebung des Impfgesetzes stellen. Aber nach der mir aus früheren Korrespondenzen bekannten Auffassung glaube ich nicht in Aussicht stellen zu können, daß die vorliegenden Anträge eine Mehrheit im Bundesrath finden. Die Erfahrungen weisen keineswegs darauf hin, daß es notwendig ist, dieses wertvolle Schutzmittel gegen eine verderbliche Krankheit aufzugeben. Die Antragsteller haben die vom Reichsgesundheitsamt vorgebrachte Statistik zu bemängeln gesucht. Diese Statistik stützt sich auf amtliche Erfahrungen und Aufnahmen. Ich freue mich, daß Herr Langerhans den Werth dieser Arbeit ins rechte Licht gestellt hat. Ich spreche es auch meinerseits aus, daß die Arbeit außerordentlich werthvolles Material enthält, so daß ich den Gegnern nur empfehlen kann, an die Prüfung des Materials zu gehen, sie werden dann ihre Meinung sehr bald ändern. Das gegenwärtig lebende Geschlecht hat gar keine Vorstellung mehr von dem Gland, welches durch eine Blatterepidemie hervorgerufen wird. (Sehr richtig!) Das erklärt die Zunahme der Impfgegner, zumal der Zwang, die Kinder einer gewissen Gefahr auszusetzen, allseitig schwer empfunden wird. Der Staat hat das Wohl der Gesamtheit dem Wohl des Individuums voranzustellen, und wenn er zur Ueberzeugung kommt, daß nur unter Opfer des Individuums das Wohl des Ganzen sicher zu stellen ist, so hat der Staat allerdings das Recht, auch über den Leib des Individuums zu verfügen. Zum Schutze des Vaterlandes thun wir ja nichts anderes in der allgemeinen Militärpflicht. Der Staat hat aber auch seinerseits alles zu thun, um etwaige Schädigungen auf ein Minimum zurückzuführen. In dieser Beziehung ist die deutsche Regierung nicht lässig gewesen, sie hat schon sehr schöne Erfolge erzielt. Seit Verwendung der Thierlymphe hat die Zahl der Impfschädigungen abgenommen, weil Menschenkrankheiten nicht mehr übertragen werden können. Jedes Kalb, von dem die Lymphe genommen ist, wird geschlachtet und untersucht, und die Lymphe eines kranken Thieres wird nicht verwendet. Im Westen wird die Lymphe den Kerzen unentgeltlich verabfolgt; es wird vielleicht auch in anderen Theilen des Reiches ähnlich verfahren werden können. Es soll in Zukunft nicht mehr auf beiden Armen geimpft werden, sondern nur auf einem, dem linken Arm. Wir werden uns bemühen, die unangenehme Seite der Zwangsimpfung hintenanzuhalten. Jedenfalls steht soviel fest, wenn wir auch den gegenwärtigen Zustand weitläufig den Vorzug verdient vor dem Zustande, in den wir verfallen würden, wenn wir den Impfwang aufheben würden. (Sehr richtig! links.) Denn aus der graphischen Darstellung, die der Staatssekretär dem Hause vorhält, geht hervor, daß Deutschland neben Schweden und Schottland das günstigste Land in bezug auf die Pocken-Todesfälle ist. Seit 1874 sind die Pocken-Todesfälle bei uns auf ein Minimum zurückgegangen. Wer will da die Verantwortung übernehmen, jetzt ein Gesetz aufzugeben, welches zum Segen der Bevölkerung bestanden hat, und dessen Aufhebung die Bevölkerung dem Gland preisgeben würde. (Beifall.)

Abg. Reichhaus verliest eine Reihe von Namen der Ärzte, welche mit Namensunterschrift sich gegen den Impfwang erklärt haben. Wenn alle Kinder die öffentlichen Impftermine aufsuchen müßten, dann würde die Zahl der Gegner größer sein. An sich haben wir gegen den Zwang nichts einzuwenden, wir bekämpfen den Schulzwang ebensowenig wie den Militärschwang. Damit schließt die Diskussion; in seinen Schlussworten verlangt

Abg. Förster-Neustettin (Reform-P.), daß die durch den Impfwang Geschädigten, mindestens entschädigt werden müßten. Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.) als Antragsteller verzichtet auf das Wort und behält sich vor, bei der zweiten Lesung näher auf die Schrift des Gesundheitsamtes einzugehen.

Der Antrag auf Ueberweisung des Antrages an eine Kommission wird verworfen. Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Stat des Auswärtigen Amtes und der Kolonien.)

Parlamentarisches.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Entscheidung über die Wahl des Abg. Reichmann, Weimar-Apolda, anzusehen, bis das Ergebnis der

beschlossenen Erhebungen eingegangen sein wird. Reichmann ist in der Stichwahl gegen unseren Genossen Wandert mit einer Mehrheit von 116 Stimmen gewählt worden, gegen die Wahl liegen drei Proteste vor, aus denen über eine größere Anzahl Beschwerden Erhebungen beschlossen worden sind. Im übrigen hat die Kommission ihre Aufgaben so weit erledigt, daß sie in der nächsten Woche wohl ihre letzten Sitzungen abhalten wird. Insgesamt hat die Kommission bis zum Schlusse ihrer Thätigkeit mehr als hundert Sitzungen abgehalten.

Aus der Justizvollstreckungs-Kommission. In der Sitzung am Donnerstag wurde im Gegensatz zu der bestehenden Rechtsprechung auf Antrag des Abg. Kintelen unter Widerspruch der Regierung die Beschwerde gegen einen Beschluß zugelassen, durch den das Gericht auf Antrag eines Sachverständigen die Unterbringung eines Angeklagten in eine öffentliche Irrenanstalt zwecks Beobachtung seines Geisteszustandes beschlossen hat. Eine erhebliche Debatte entspann sich bei § 354. Dieser fahrt die Verurteilung gegen die Urtheile der Strafkammern ein. Unsere Genossen hatten vergeblich beantragt, der Staatsanwalt sei ein Berufungsrecht nicht zu geben. Abg. Mundel will folgende Beschränkung einführen: „Die zum Nachtheile des Angeklagten eingeleitete Berufung gegen ein Urtheil der Strafkammer kann nur auf Anführung neuer Thatfachen oder Beweismittel oder darauf gestützt werden, daß das Urtheil auf einer Verletzung des Gesetzes beruht.“ Abg. Beck will der Staatsanwaltschaft kein Berufungsrecht geben, wenn der Angeklagte einstimmig freigesprochen ist. Die Regierung erklärt wieder einmal diese Anträge für unannehmbar. Die Anträge werden gegen die Stimmen der Abgg. Mundel, Beck, Prohne und Stadthagen abgelehnt. Bis § 390 werden, nachdem die Regierung wieder einmal bei § 368 — der Kommissionsbeschlusse zu § 366 hält das Prinzip der Mündlichkeit aufrecht — die von der Kommission in erster Lesung beschlossene Gestaltung für unannehmbar erklärt hatte, im wesentlichen die Beschlüsse der ersten Lesung aufrechterhalten. Die nächste Sitzung findet am Freitag vormittags statt. Es wird angenommen, daß noch in dieser Woche die zweite Lesung beendet wird. Es soll auf Vorschlag des Abg. Kintelen dann eine dritte Lesung bezüglich der Punkte stattfinden, die die Regierung für absolut unannehmbar erachtet wissen will. Vor dieser dritten Lesung soll den Kommissionsmitgliedern Gelegenheit gegeben werden, mit ihren Fraktionen in Verbindung zu treten. Unsere Genossen erklärten, sie würden wie bislang ihre prinzipialen mit großer Mehrheit in der Kommission abgelehnten Anträge in der Kommission nicht wiederholen, behielten sich aber ausdrücklich die Einbringung dieser Anträge für das Plenum vor. Jemandem in den von der Regierung als unannehmbar bezeichneten Punkten zu kompromittiren, seien sie außer Stande, wollen aber einer dritten Lesung in der Kommission nicht widersprechen.

Die Zuckerverbraucher-Kommission läßt nach ihrer ganzen Zusammenfassung das Schicksal der Vorlage wesentlich günstiger erscheinen, als es sich im Plenum herausstellen wird. Trotzdem geht es durchaus nicht so glatt vorwärts, als die vereinigten Interessenten wohl glauben möchten. Freilich sind für das Plenum noch einige werthvolle Reservekräfte zurückgehalten; so nimmt nicht Herr v. Bennigsen, sondern nur der Abg. Fische, der Direktor der Zuckerrabrik Bennigsen, an den Kommissionsitzungen theil.

Schon die Wahl des Vorsitzenden entsprach nicht den Wünschen der Zuckerindustrie, da, wie schon erwähnt, der Abg. Paasche nur wenige Stimmen erhielt und der Abg. Göh v. Olenhausen mit großer Mehrheit zur Leitung der Verhandlungen berufen wurde.

Am Dienstag kam es zur ersten Abstimmung. Es handelte sich um die Festsetzung des Kontingents, d. h. derjenigen Jahresmenge an Zucker, welche von den Fabriken ohne Nachzahlungen, also unter dauerndem Anspruch auf die volle Prämie hergestellt werden kann. Die Zuckerindustrie wünscht das Gesamtkontingent natürlich möglichst hoch, die Regierung widerspricht, weil ohne Herabsetzung der Prämie ihre Kassen dann um so mehr geleert werden. Der Reichsschatzsekretär erklärt letzteres für unmöglich; je höher das Kontingent, desto niedriger müsse dann die Prämie werden. Die Regierungsvorlage schlug 14 Millionen Doppelzentner als Kontingentsziffer vor; Herr v. Stand u forderte 19 Millionen, v. Komorowsky 18, Müller-Julda 16, v. Puttkamer-Plautz 17 Millionen, wie das ja auch der Verein für Rübenzucker-Industrie verlangt. Mit 18 gegen 7 Stimmen entschied sich die Kommission für die letzte Ziffer.

Die gestaffelte Betriebsabgabe, diese kostbare Erfindung des Herrn Miquel, der die bessere technische Ausstattung mehr und mehr mit Staffeln besetzen will, fand wenig Gegenliebe, obwohl Herr Miquel selber in der ihm eigenen schillernd-oberflächlichen Weise den „sozialen Gedanken“ des Entwurfs vertrat. Der Osten hat die großen Fabriken und keine Lust, dafür Steuern zu entrichten. Mit der Staffellung fällt aber die ganze Betriebssteuer, denn proportional nach den produzierten Zuckermengen berechnet, ist sie nicht wie ein nochmaliger Verbrauchssteuer-Ausschlag. So fällt der ganze zweite Theil der Vorlage hinter der Progression her. Für die Stellung der heutigen Regierung war es charakteristisch, daß Herr v. Puttkamer-Plautz die Führung gegen die Betriebssteuer übernommen hatte, die nach den Intentionen des Reichs-Schatzsekretärs dem Reichstage die Vorlage annehmbarer machen sollte!

Am Donnerstag kam die eigentliche Konsumentenbelastung zur Erörterung; die Ausführungen, die zu denen ist aus einer Erhöhung der Zucker-Prämie zur Verbrauchssteuer im Inlande. Die Regierungsvorlage schlägt bekanntlich 4 Mk. Prämie und damit eine Erhöhung der Zuckersteuer von 18 auf 24 Mk. vor. Die Mehrheit der Zentrumsmitglieder überraschte die Kommission mit einem Antrag auf eine Prämie von 1,85 Mk. (heute 1,25 Mk.) und auf eine Verbrauchssteuer von 20 Mk. (heute 18 Mk.). Die Wortführer der Zuckerindustrie erklärten übereinstimmend diesen Vorschlag für unannehmbar; für einen so geringen Gewinn nehme man die Kontingentierung und alle Schutrigkeiten des Gesetzes nicht in Kauf; da lasse man es lieber beim alten. Die weitere Debatte darüber wurde vertagt und kommt vielleicht auch Freitag Abend noch nicht zum Abschluß.

Jedenfalls hat sich gestern der Wind wieder einmal gegen die Vorlage gedreht.

Die deutsche Reichspartei nahm gestern mit 18 gegen 2 Stimmen einen Beschlusse an, in dem erklärt wird, der Antrag Hünburg, betreffend die fakultative Zivilehe, sei geeignet, das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuches ernstlich zu gefährden. Die Fraktion spricht sich entschieden gegen die Annahme aus und erwartet, daß ihre Kommissionsmitglieder gegen die Abschaffung der obligatorischen Zivilehe stimmen.

In Folge des gestrigen Fraktionsbeschlusses der Reichspartei sind die Herren Freiherr v. Gillingen und Graf Bernstorff aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch ausgeschieden und seitens der Fraktion durch die Herren Pauli und Müller (Hamburg) ersetzt worden.

Im preussischen Landtage ist ein Antrag Wallbrecht betr. die Einführung von Ortsstatuten zur Sicherstellung der Förderung für Lieferungen und Arbeiten bei Bauten, sowie ein Antrag v. Mendel-Steinfeld

betr. die Abwässerungsverhältnisse in der Stadt Leipzig eingegangen.

Die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses hat einen Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die baldthunlichste Aufhebung des Gesetzes vom 26. April 1886, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Posen, durch eine entsprechende Vorlage in die Wege zu leiten. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 12. März. Stadtverordneten-Vorsteher Langerhaus eröffnet die Sitzung um 6 1/2 Uhr.

Bei Beginn der Sitzung werden der wiedergewählte Stadtv. Liebenow und der neugewählte Stadtv. Ed eingeführt und vom Vorsteher begrüßt und durch Handschlag verpflichtet.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berichterstattung des Staatsausschusses über eine Reihe von Spezialakten.

Gemäß den Anträgen des Ausschusses werden folgende Etats festgestellt:

Grundstücke, Kalksteinbruch zu Müdersdorf, Berechtigungen, Krankenhaus im Friedrichshain, Krankenhaus Moabit, Krankenhaus am Urban, Hülf- u. Krankenstation Ostschinerstraße 104/105, Irren- und Idiotenanstalt zu Daldorf, Irrenanstalt Herzberge bei Lichtenberg, Anstalt für Epileptische (Wuhlgarten bei Vießdorf), Bade-Anstalten, Desinfektions-Anstalt, Heimstätten für Gensende und verschiedene Einrichtungen für die öffentliche Gesundheitspflege, Park- und Gartenverwaltung, der Gasanstalten, des Viehmarktes, des Schlachthofes und der Fleischschau auf dem Schlachthofe, Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Realschulen, Realschulen, höhere Mädchenschulen, Turnhallen der städtischen höheren Lehranstalten, Spielplätze und Turnwiesen im allgemeinen, verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten und die höheren Mädchenschulen, sowie Gemeindefschulen.

Beim Etat der städtischen Krankenhäuser beantragt der Staatsausschuß folgende Resolution: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, für eine vergleichende Uebersicht über das bei anderen großen hiesigen und auswärtigen Krankenhäusern beschäftigte Personal zugehen zu lassen, damit bei der Verathung des Stadthaushalts-Etats für 1897/98 eine Prüfung dahin eintreten kann, ob das in den städtischen Krankenhäusern beschäftigte Personal nicht zahlreicher ist, als das wirkliche Bedürfnis erfordert.“ Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Beim Etat der Irrenanstalt Herzberge bei Lichtenberg beantragt der Staatsausschuß: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, Versuche anzustellen, um das für den landwirthschaftlichen Betrieb der Irrenanstalt Herzberge und der Anstalt für Epileptische Wuhlgarten notwendige Wasser aus Brunnen zu gewinnen.“ Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Zum Etat der Park- und Gartenverwaltung schlägt der Magistrat vor, den Wasserthurm im Viktoriapark vom 1. Mai bis 15. Oktober täglich 8 Stunden funktionieren zu lassen. Der Ausschuß beantragt, die 8 Stunden von 11—7 Uhr festzusetzen.

Stadtv. Bergmann empfiehlt, für die spätere Jahreszeit, in welcher es früh dunkel wird, dem Parlamentsauschuß eine Veränderung der Stunden zu überlassen.

Stadttrath Kochan empfiehlt, bis Ende August die Stunden 11—7, danach 10—6 Uhr zu bestimmen.

Der Magistratsvorschlag bezüglich der 8 Stunden vom 1. Mai bis 15. Oktober wird angenommen, im übrigen faßt die Versammlung keinen bestimmenden Beschluß.

Beim Etat für die städtischen Gasanstalten beantragt der Staatsausschuß folgende Resolution: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, zu der Bewilligung von laufenden jährlichen Unterhaltungen an die nicht pensionsfähig angestellten Beamten und Arbeiter der städtischen Werke und deren Hinterbliebenen die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung vorher einzuholen.“ Die Resolution wird ohne Debatte angenommen.

Im Etat des städtischen Schlachthofes werden für die Benutzung der öffentlichen Schlachthäuser auf dem städtischen Schlachthofe die Gebühren wie folgt festgesetzt: Für ein Rind 1,50, ein Schwein 0,80, ein Kalb 0,50, einen Hammel 0,30, eine Ziege 0,40 M.; für die Untersuchung des Schlachtviehs sollen erhoben werden: Für ein Rind 0,40, ein Schwein 0,50, ein Kalb 0,10, einen Hammel 0,10, eine Ziege 0,05 M.

Beim Etat der Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Real Schulen bemerkt

Stadtv. Singer: Ich möchte die Aufmerksamkeit auf ein an den höheren Lehranstalten benutztes Lehrbuch der Geschichte von Professor Wessel richten. Der Magistrat hat zwar keinen Einfluß auf die Bestimmung der Lehrbücher, aber er kann bei der Regierung wegen einer Aenderung vorstellig werden. Es mag schwer sein, die Vorgänge der Jetztzeit, in der wir selbst eine Rolle spielen, objektiv darzustellen, aber von Jemand, der eine Geschichte für die heranwachsende Jugend schreibt, kann man verlangen, daß er die Vorgänge wahrheitsgemäß schildert. Im zweiten Theil Seite 188 beschreibt Professor Wessel unter der Ueberschrift „Die soziale Geschichte“ die Zeit seit 1878 und bemerkt über die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I.: „Diese ruchlosen Thaten gewannen durch ihren Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Bewegung eine große Bedeutung und beleuchteten plötzlich grell die stiltliche Zukunft eines Theils des deutschen Volkes und zwangen den Staat, den Ursachen solcher stiltlichen Verwilderung nachzuspüren. Jene Nordamtschläge waren Ausbrüche des Hasses der unteren Klassen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung.“ Die Behauptung von dem Zusammenhang der Attentate mit der sozialdemokratischen Bewegung ist einfach eine Unwahrheit. (Sehr richtig!) Man möge sich an die Partien halten, zu denen die damaligen Attentäter gehört haben. Hädel war Mitglied der christlich-sozialen Partei (Sehr richtig!) und Dr. Nobiling war Mitglied der national-liberalen Partei. Ich kann Ihnen einen Brief des Dr. Lewin zitieren, der den Nobiling, der sich selbst verwundet hatte, im Gefängniß behandelt hat. Nach diesem Brief hat Nobiling auf die Frage des Untersuchungsrichters, ob er gar keinen Respekt vor dem Greisenalter Sr. Majestät habe, geantwortet: Nein, und später habe Nobiling sich auf einer Tafel schriftlich dahin erklärt, daß er keinen Respekt vor dem Alter des Kaisers haben könne, weil dieser selbst keine Macht habe, sondern sich von anderen leiten lasse, aber doch eine fürchtbare Waffe in der Hand derjenigen sei, die ihn beeinflussen; er habe den Kaiser erschossen, weil er glaubte, der Kronprinz würde selbständiger und unbeeinflusster regieren. Es giebt niemand, der, wenn er auch von der irrigen Voraussetzung ausgeht, daß die Sozialdemokratie in politischen Attentaten ihre Aufgabe sehe, ihr zutrauen würde, einen Regenten zu erschlagen, um einen anderen auf den Thron zu setzen. (Sehr richtig!) Die Anklage Nobiling's beweist, wie unzutreffend die Geschichtsauffassung des Herrn Professors Wessel ist. Er mußte die Dinge kennen und wissen, daß Fürst Bismarck damals die Auflösung des Reichstags beabsichtigte, um eine willkürliche Majorität für seine Steuer- und Zollpolitik zu bekommen. Wir müssen diesen Unfug der Geschichtsauffassungen ein Ende machen, sonst wird der Klassenhaß unter den jungen Leuten, die auf dem Gymnasium für den Staatsdienst vorbereitet werden gepredigt, und sprechen dieselben später als Richter über die Leute aus dem Volke Recht nach dem Grundsatze des Justizministers: wenn zwei dasselbe thun, ist es

nicht dasselbe. Im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt, nicht im Interesse meiner politischen Partei, sondern im Interesse der Wahrheit müssen wir von der Gerechtigkeit des Magistrats erwarten, daß er das Nöthige thut, daß diese Geschichtsfälschung den Leuten nicht mehr als Wahrheit vorgetragen wird. (Lebhafte allerseitige Beifall.)

Beim Etat der höheren Mädchenschulen stimmt die Versammlung dem Magistratsbeschlusse zu, den festangestellten Gemeindefschullehrerinnen, welche als Zeichenlehrerinnen an eine höhere Mädchenschule übergehen, die Zeit ihrer Anstellung an den Gemeindefschulen anzurechnen.

Beim Etat der Gemeindefschulen beantragt der Staatsausschuß: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, Einrichtungen zu treffen, wonach 1. die Oeffnung der Gemeindefschulen früher als bisher erfolgt, 2. die Entscheidung über die Hergabe der unentgeltlichen Lehrmittel nicht wie bisher den Schulkommissionen, sondern dem Rektor und dem Lehrerkollegium übertragen wird.“ Die Resolution wird angenommen.

Die als nächster Punkt auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen wegen der Anstellung jüdischer Lehrkräfte, wegen des Religionsunterrichts der Dissidentenkinder und wegen der Uebertragung der Befugnisse königlicher Kreis-Schulinspektoren an die Stadtschulräthe werden nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte auf die nächste Sitzung vertagt, weil heute für diese wichtige Verathung die nöthige Zeit und Ruhe fehlt.

Nach der Vorlage betreffend die Veräußerung der städtischen Grundstücke am Spittelmarkt 4-7 und die Festsetzung von Baufluchtlinien für den Spittelmarkt am Treffpunkt mit der Wallstraße und dem projektierten Fußgängerwege sowie für den letzteren, sollen diese Grundstücke für 950 Mark pro Quadratmeter, das heißt insgesammt für 1914 012,50 Mark an den Unternehmer Treibel veräußert werden, welcher dagegen verpflichtet ist, die sämtlichen erworbenen Flächen und die Grundstücke Spittelmarkt 1-3 binnen Jahresfrist nach erhaltener Uebergabe einheitlich und monumental zu bebauen und den Fußgängerweg am linksseitigen Ufer des Spreckleutenkanals von der Wallstraße bis zur Gertraudenbrücke anzulegen.

Der zur Vorberathung der Vorlage eingesezte Ausschuß beantragt, die Zustimmung zu derselben nach Maßgabe des zwischen dem Magistrat und Herrn Treibel getroffenen Abkommens zu ertheilen, sowie gleichzeitig den Magistrat zu ersuchen, in Fortführung des vorliegenden Projekts der Versammlung möglichst bald eine Vorlage zugehen zu lassen, betreffend den Erwerb der Grundstücke Wallstr. 94-98. Die Versammlung beschließt ohne Debatte nach dem Antrage des Ausschusses.

Die Vorlage, betreffend den Erwerb von Ländereien zur Erweiterung der nördlichen Diefelfelder, wird nach dem Antrage des Ausschusses angenommen.

Von den Stadtv. Rosenow u. Gen. ist schon vor mehr als 4 Wochen folgender Antrag eingebracht worden:

„Die Unterzeichneten ersuchen den Magistrat um Auskunft: 1. Ist dem Magistrat die Verfügung der Armen-direktion, d. d. Berlin, 15. Januar 1896, bekannt, in der unter anderem die Armen-direktion von den Armenkommissionen verlangt, daß diese bei gewissen Extra-Unterstützungen berichten sollen, wie die Bedürftigen das Geld verwendet haben, damit die Armen-direktion entnehmen könne, ob die Kommissionen den Bedürftigen näher treten und sich um diese wirklich bekümmern oder ob nur gedankenlos Geld ausgetheilt wird? 2. Welche Stellung nimmt der Magistrat zu dieser Verfügung ein?“

Die Beantwortung dieser Anfragen ist auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Stadtv. Rosenow: Die Verfügung der Armen-direktion enthält Ausdrücke, die tief verletzen müssen. Ich will dem Magistrat Gelegenheit geben, diese Sprache zu mißbilligen. Außerdem haben wir bei unserer Anfrage den Zweck, unseren Mitbürgern zu zeigen, daß sie, wenn sie sich verletzt fühlen, auf unsere Unterstützung rechnen können.

Oberbürgermeister Zelle: Die Armen-direktion ist nach Eingang des Antrags schon aus eigener Bewegung befreit gewesen, den Passus 3 ihrer Verfügung zu deklarieren, und sagt in einer Verfügung an die Armenkommissionen: „Die Kommissionen werden daher gebeten, den Passus lediglich dahin aufzufassen, daß bei der Beantragung solcher Unterstützungen besondere Vorsicht geboten sei.“ Dessen ungeachtet hat der Magistrat beschlossen, der Armen-direktion zu sagen, daß er die Fassung der Verfügung vom 15. Januar genehmigt und namentlich auch getadelt habe, daß überhaupt die Verfügung nicht nur an die Beteiligtesten, sondern an alle Armenkommissionen erlassen sei. (Beifall.)

Damit ist die Anfrage erledigt.

Die Vorlagen, betreffend den Neubau einer Brücke im Zuge der Köthenerstraße, den Umbau der Potsdamer Brücke, den Umbau der Schöneberger Brücke und den Umbau der Alsenbrücke beantragt Stadtv. Vortmann einen Ausschuß von 15 Mitgliedern zu überweisen und hofft, der Ausschuß werde die überflüssige Köthener Brücke ablehnen.

Stadtv. Esmann hält diese Brücke nicht für überflüssig, sondern für den Verkehr sehr förderlich.

Stadtv. Singer: Der Magistrat hat uns die Köthener Brücke wohl nur vorgeschlagen, um unseren Streichungsbedürfnis zu genügen, im Ernst kann er nicht an die Annahme dieser Brücke glauben. Wir wollen wenigstens erst abwarten, wie sich die an Verbreiterung der Potsdamer Brücke geknüpften Hoffnungen erfüllen. Ein Verkehr, der sich einmal historisch entwickelt hat, läßt sich sehr schwer ableiten. Zu gleicher Zeit, wo wir die Potsdamer Brücke verbreitern, dürfen wir nicht diesen Neubau machen. Eine Ausschußberatung ist nicht nöthig, lehnen wir die Brücke gleich heute ab.

Stadtbaurath Sobrecht bittet um Ausschußberatung, weil sich nur in einem Ausschuß die Gründe des Magistrats für die Köthener Brücke eingehend darlegen lassen. Die Potsdamer Straße werde zwar verbreitert werden, aber nicht nur die Potsdamer Straße, sondern auch namentlich die Leipziger Straße müsse entlastet werden, dazu könne der Straßenzug der Köthener Straße außerordentlich nützen. Die Köthener Brücke sei schon lange geplant.

Stadtv. Vortmann meint, dann wundere ihn, daß der Magistrat so lange zu der Vorlage gebraucht. Die erste Anfrage wegen der Verbreiterung der Potsdamer Straße sei schon 1892 erfolgt. Der Magistrat solle die Dinge nicht dilatorisch behandeln.

Stadtsyndikus Meubrink verwahrt den Magistrat gegen den Vorwurf, sich der Versammlung schuldig gemacht zu haben; der Magistrat habe nur nicht so gewollt wie Herr Vortmann.

Stadtv. Kyllmann wünscht auch die Köthener Brücke in einem Ausschuß berathen zu sehen.

Nach weiterer kurzer Debatte werden alle vier Vorlagen einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die Vorlagen, betreffend den Ankauf des Inselfpeicher-Grundstücks und betreffend den Neubau einer Volk-Badeanstalt, eines Depotgebäudes für die Straßenreinigung, eines Geräthschuppens für die Parkverwaltung und eines Wohnhauses auf dem Grundstücke Dennewitzstr. 24a werden an Ausschüsse überwiesen.

Die Vorlagen, betreffend die Herstellung eines öffentlichen provisorischen Durchgangs durch die Erdgeschosse des Grundstücks Königstr. 1-6, und betreffend das generelle Projekt für die Feuerwache in der Wilmstraße werden angenommen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

Lokales.

Karl Marx-Gedächtnisfeier. Wir machen nochmals auf die in der heutigen Nummer angekündigte Veranstaltung des

Beifall „Carl Marx“ aufmerksam. Neben einer Kapelle des Zivil-Berufsmusiker werden ca. 150 Sänger und Sängerinnen mitwirken. Die Feste die hält Genosse Wiltz. Die Unter Anderem gelangt das Melodrama „Columbus“ zur Aufführung.

An die Kommunalwähler in Schöneberg! Parteigenossen, Wähler! Durch die Auflösung der letzten Versammlung hat man es uns unmöglich gemacht, in der Weise, wie es die bürgerlichen Parteien können, unsere Wahlgeschäfte zu erledigen. Es muß daher das, was in der Versammlung noch mitzutheilen war, in unserem Parteiblatt nachträglich bekannt gegeben werden. Am bedeutsamsten fällt ins Gewicht, daß nicht allein unser Antrag, bei der am 20. März stattfindenden Gemeindevahl den Wahlact bis acht Uhr abends auszuwehnen, abgelehnt worden ist, sondern daß man die Wahlhandlung im Gegentheil sogar noch abends um eine Stunde verlängert hat. Während vor zwei Jahren die Wahlhandlung wenigstens bis abends 6 Uhr dauerte, ist sie für den 20. März auf die Zeit von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr angesetzt worden. Arbeiter, Parteigenossen! Parirt den Schlag, den man gegen Euch führt, zeigt, daß Ihr trotz alledem das Bestreben Eurer Freunde zu nichte machen werdet, agirt mit verdoppelter Eifer dafür, daß unsere Kandidaten Lischner Hermann Köster und Maurer Wilhelm Sänmler gewählt werden!

Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr wird ein Wahlflugblatt verbreitet. Es ist Ehrensache eines jeden Parteigenossen, bei der Verbreitung thätig zu sein. Das Wahlkomitee.

Ueber die Berliner Kriminalpolizei wird seit einigen Tagen in verschiedenen bürgerlichen Blättern verhältnismäßig laut räsontirt. Die Morde an der Gasse und dem Knaben Bux, sowie die Noabiter Verhaftungen — alles Fälle, in denen die mächtige Polizei-Organisation bislang nichts zu leisten vermochte — haben auch die staatsbehaltende Bürgerschaft arg beunruhigt; und ihre Organe fühlten sich benachthigt, in so vorsichtigen Worten, als es die angegriffene Polizei gestattet, dieser Beunruhigung Ausdruck zu geben. Dabei ist es denn drollig mit anzusehen, wie die bürgerlichen Blätter um den Bret herumfischen, und von äußerlichen Mitteln wie z. B. Vereinfachung des bureaukratischen Apparats und weniger großer Knauerigkeit den recherchirenden Beamten gegenüber eine Besserung erhoffen. Die eigentlichen Ursachen, warum die Berliner Polizei den an sie billig zu stellenden Anforderungen nicht genügt, werden gar nicht oder nur ganz leise berührt. Zunächst wäre doch das Verhältnis der Polizei zur Presse schärferer Erwähnung werth. Es ist nun doch einmal nicht anders, daß die Einwohnerschaft in lokalen Dingen zu ihren Blättern ein größeres Vertrauen hat, als zum Schutzmänn; auch verkennt wohl niemand den Einfluß der Presse auf das lokale Leben. Wo soll aber Blättern, die etwas auf sich halten, die Luft herkommen, bei öffentlichen Mißständen der Polizei freundschaftlich Fingerzeige zu geben, wenn diese Blätter sich die Behandlung vor Augen führen, die die Polizei ihnen angedeihen läßt. Müssen sie doch sehen, daß die Sicherheitsbehörde sich ihrer fast nur erinnert, wenn Beliedigung u. s. g. L. Lage wegen irgend eines nicht ganz sanften Vorfalls erhoben werden soll. — Auch ist wohl kaum jemand darüber im Zweifel, daß die militärische Schulung, die bei den Beamten vorbedingung ist, für Leute, die in den Strudel des bürgerlichen Lebens eingreifen sollen, eher von Schaden als von Nutzen ist. Was weiß der Mann, der gemäß dem Grundsatz „der vornehmste Ausgang für den Soldaten ist der Soldat“ die besten Jahre seines Lebens von der bürgerlichen Oeffentlichkeit abgeschlossen, in der Kaserne zugebracht hat, überhaupt noch viel vom Leben in der zivilen Kulturwelt? — Und kritisiert die kaum in einem anderen modernen Staate angreifende Idee, daß oft die Beamten, die von ihren Vorgesetzten für die Geschicktesten gehalten werden, in die politische Abtheilung eingereiht werden müssen, damit sie, wo nur irgend angängig, etwa verumtheten Vergehen gegen das berühmte preussische Gewand- und Versammlungsgesetz und anderen staatsgefährlichen Thaten des „Unsturzes“ nachsichern. Als Ende November vorigen Jahres der selige Köller, kurz bevor er nach Böhmen ging, die große Aktion gegen Auer und Genossen ins Werk setzte, waren nach ungefährer Schätzung gegen 200 Kriminalbeamte in Berlin zu Handlungen ausgeschiedt worden, und in ähnlicher Ueberfülle zogen die Leute auch am 11. Februar d. J. aus, als eine Reihe Sozialdemokraten, die sich in der Admiralstraße beim Bier vergnügt hatten, aufgelöst und zu später Abendstunde dem Alexanderplatz zugeführt werden sollten. Wenn die besten Kräfte, die die Polizei hat, zu solchen Aktionen verbraucht werden, wo soll da bei dem gewiß nicht überreichlichen Material an talentierten Leuten in der Beamtenchaft der öffentliche Sicherheitsdienst in der hier vom Publikum gewünschten Thätigkeit versehen werden können? Die Reform kann nur langsam im System erfolgen. Zunächst aber würde schon ein großer Theil der einschüchternden Bürgerchaft Verlust ein wenig beruhigt sein, wenn der neue Polizeipräsident diejenigen seiner Untergebenen, die sich bisher in politischen Dingen anstreben mußten, fortan im nützlichen Dienst gegen Mörder und Brandstifter verwendete. Sehr wahrscheinlich fährt dann auch die öffentliche Sicherheit um einiges besser.

Die geklagten Aktionäre. Bei der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. weist der Geschäftsabschluss für 1892 einen Gewinn von 2 995 284 M. auf (gegen 2 648 000 M. in 1891), wovon nach dem Vorschlage der Direktion 974 610 M. (gegen 1 509 000 M. v. J.) zu Abschreibungen verwendet, 100 000 M. (gegen 171 000 M. dem Spezialreservfonds und 50 000 M. (wie 1894) der Ludwig Löwe-Stiftung überwiesen werden sollen. Aus dem verbleibenden Reingewinn soll eine Dividende von 20 pCt. wie für 1894 vertheilt werden.

Die Angelegenheit Friedmann zieht sich in die Länge. Der Verteidiger Friedmann's, Abolot Louis von Bordeaux, hatte am Sonnabend bezüglich des zweiten Auslieferungsantrags mit dem Justizminister Ricard in Paris eine längere Unterredung, von der er sich sehr befriedigt erklärt. Friedmann, der ziemlich gut französisch spricht, hat es beläunlich verstanden, sich vor den Franzosen als politischen Märtyrer auszuspielen und zu einer interessanten Person zu machen.

Kommerzienrath Emil Jacob, Mitinhaber der Expeditionsfirma Jacob u. Valentin, ist durch Verleihung des württembergischen Oiga-Ordens ausgezeichnet worden. Es ist dies derselbe Mann, welcher im vorigen Jahre ein großes Wohlthätigkeitsfest im Zoologischen Garten zur Linderung der Noth überschwenmter württembergischer Gemeinden mit arrangiren half. Aus dieser Thatsache nahmen wir damals Veranlassung, den in solchen Dingen aufopferungsfähigen Charakter des Herrn Kommerzienraths zu preisen gegenüber den fast unmenschlichen Anforderungen, die er an die Arbeitskraft seiner Leute stellt.

Auch ein Boykott. Wenn sozialdemokratische Arbeiter im wirthschaftlichen Kampfe oder im Kampfe um Bewirklichung ihres Vereins- und Versammlungsrechtes nothgedrungen zu dem Mittel des Boykotts greifen, dann erhebt sich regelmäßig ein großer Lärm in der gutgefinnten Presse und der Staatsanwaltschaft beillt sich, auf grund des berühmten groben Unfugparagrafen die kämpfenden Arbeiter und ihre Presse unter Anklage zu stellen.

Aus bürgerlichen Kreisen heraus ist der Boykott jedoch stets wohlgethan. Aus welchen nichtigen und lächerlichen Gründen der Philister zuweilen zu diesem Kampfmittel greifen möchte, zeigt ein Memoirum, das wir in einem Vortragsblatt finden. Dort empfiehlt jemand der Rixdorfer Einwohnerschaft, einen Berliner Jirkus zu boykottiren. Und warum? In einer dort aufgeführten Pantomime wird eine Scene dargestellt, in der Leichenstößer eine Person austraben, die auf einer Bank eingeschlossen ist. Während dies geschieht, spielt die Musikkapelle den Rixdorfer! Darin möchte man eine schwere Beleidigung dieses Vortrages erblicken und deshalb dürfte keiner seiner Einwohner den Jirkus besuchen. So hart besaitet hat sich wohl noch kaum jemand das Rixdorfer Philisterium vorgestellt!

Auf der Berliner Dampfstraßenbahn soll am 1. Mai ab bei der Elise Steglitz-Zoologische Garten der 20 Minuten-Betrieb und bei der Straße Friedenau-Zoologischer Garten der 10 Minuten-Betrieb eingerichtet werden.

Den Tempelhofen Elektrizitätswerken ist jetzt von der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung der Bescheid erteilt worden, daß gegen die Anlegung der erforderlichen Starkstromleitung nach Trepow von letzterer Seite nichts einzuwenden sei. Ebenso haben auch die übrigen noch in Betracht kommenden Behörden ihre Genehmigung zum Spannen der Leitung über das weite Gelände von Tempelhof bis Trepow gleichfalls schon erteilt, so daß nun mit den Arbeiten dazu alsbald begonnen werden kann. Gegenwärtig werden mit elektrischer Beleuchtung die Gemeinden Tempelhof, Mariendorf und Südenbe verfahren, während der bestmögliche Vertragsabschluss mit den Gemeinden Wrig und Pantow nahe bevorsteht.

Jonentarif der Stadt- und Ringbahn? Und wird geschrieben: „Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß der viel getadelte Jünstationentarif der Stadt- und Ringbahn demnächst fallen wird. In seiner Stelle soll ein Jonentarif, der gegenwärtig ausgearbeitet wird, zum Frühjahr in Kraft treten.“ Wir geben diese Mitteilung, die uns von sonst zuverlässiger Seite zugeht, unter Vorbehalt wieder.

Ahlwardt's Abenteuer. Ueber den bekanntlich in Amerika weilenden Reichstags-Abgeordneten Ahlwardt berichtet die „Volks-Zeitung“, daß er in Hoboken (New-York) auf der Straße arg bedrängt worden ist. Er wollte in der Grandstraße einen Vortrag gegen Eintrittsgeld, für Christen 1 Cent, für Juden 50 Cents, halten, doch weigerte sich am Abend der Besitzer des Lokals, Basel mit Namen, die Thüre zu öffnen, sodaß Ahlwardt unverrichteter Dinge abziehen mußte. Viele Menschen folgten ihm und warfen am der Ecke der ersten Straße mit allerlei Wirtschaffen nach ihm. In dem Gemühl wurde alsdann Ahlwardt gegen eine große Spiegelscheibe geworfen, welche in tausend Stücke ging. Eine Abtheilung Polizei machte schließlich dem wilden Treiben ein Ende.

Der Versuch einer gewaltsamen Entführung eines Kindes verursacht, wie uns ein Berichterstatter in einer etwas oberflächlich klingenden Meldung schreibt, am Mittwoch Abend in der Umgebung des Frankfurter Thores großes Aufsehen. In der zweiten Etage des Hinterhauses Königsbergerstr. 11 wohnen die Klempner Werner'schen Eheleute mit ihrer vierundzwanzigjährigen Tochter, der verheirateten Mai, und deren dreijähriges Kind, ein Mädchen. Frau Mai ist seit etwa vier Jahren mit dem Posthilfsboten Georg M., der auf dem Postamt 17 angestellt ist und Kopenstr. 80 wohnt, verheiratet, doch war diese Ehe wie es heißt durch die Schuld des Mannes — keine glückliche. Mehrmals mußte sich die junge Frau Mißhandlungen durch die Missethäter erziehen und seit Anfang dieses Monats hatte sie sich endgültig von dem Posthilfsboten getrennt und die nötigen Schritte zur Scheidung der Ehe eingeleitet. Gestern Abend gegen 6 Uhr kam Georg Mai in Begleitung seines 15-jährigen Bruders Otto und eines unbekanntes etwa 20-jährigen Menschen, über dessen Persönlichkeit M. jede Auskunft verweigert, nach der Werner'schen Wohnung. Der Postbeamte bat um die Erlaubnis, sein Kind sehen zu dürfen, was ihm auch gestattet wurde. Kaum jedoch hatte man die Kleine zu ihrem Vater geführt, als dieser plötzlich ein Revolver hervorzog, zwei Schüsse auf seine Schwiegermutter abgab und diese durch einen Schlag mit dem Kolben der Waffe verletzte; alsdann versuchte Mai, gedekt von den Begleitern, mit dem Kinde zu entweichen. An der Thüre trat ihm Werner jedoch entgegen und nun griff M. nochmals nach der Waffe und drückte diese auf den alten Mann ab, doch erlitt dieser nur leichte Braundwunden am Auge. Trotzdem mißglückte, da inzwischen Hausbewohner hinzukamen, der Entschneidungsplan; die beiden Brüder wurden festgenommen, jedoch nach Feststellung der Personalien auf der Polizeiwache wieder entlassen. Der Revolver wurde beschlagnahmt und in denselben noch zwei Patronen vorgefunden. Die Waffe war blind geladen gewesen und sollte lediglich als Schreckmittel gegen die Werner'schen Eheleute dienen.

Ueber den Selbstmord eines Berliners wird dem „Berl. Tagebl.“ aus Ehrenbreitstein bei Koblenz geschrieben: Vor einigen Tagen bezog der Einjährig-Freiwillige des Infanterie-Regiments Nr. 9 Gustav J., der einer angesehenen Berliner Familie entstammt, in einer hiesigen Wirtschaft Quartier. Als er eines Morgens nicht wie gewohnt zum Frühstück erschien, ging man zum Zimmer und fand dort den 23-jährigen, hoffnungslosen jungen Mann tot vor dem Spiegel liegend, in der Hand hielt er noch den Revolver. Ein Schuß in die Schläfe hatte den sofortigen Tod herbeigeführt. Als Ursache des Selbstmordes gibt man an: J. sei mit anderen Kameraden in Zivilkleidern ausgegangen. Ein ihm begünstigter Vorgesetzter drohte ihm, ihn wegen dieses Vorgehens zu melden. Furcht vor Strafe hat dem jungen Mann die Mordwaffe in die Hand gedrückt. Die Leiche wurde von den betrübten Angehörigen nach Berlin überführt.

Durch einen seltsamen Unglücksfall ist am Mittwoch Nachmittag der 7½-jährige Knabe Felix Engel aus der Prinzen-Allee tödtlich verletzt worden. Während der Knabe gegen 5 Uhr an der Ecke der Prinzenallee und der Soldinerstraße auf dem Bürgersteige stand, kam aus der Prinzenallee ein Wagen mit Baurückzug gefahren, das zum Theil weit über den Wagen hinausragte. Als der Wagen in die Soldinerstraße einbog, konnte der Knabe sich nicht verhindern, daß eine besonders weit vorliegende Stange eines Trägers der elektrischen Straßenbahnleitung streifte. Die so gespannte Stange federte zurück und traf Felix Engel am Kopf. Demuthlos stürzte der Knabe zu Boden und mußte in die ärztliche Wohnung getragen werden. Die ärztliche Untersuchung ergab, daß er außer mehreren äußerlichen Verletzungen am Kopfe auch eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hatte.

In der Köpenicker Linolenfabrik, die schon vor längerem Jahren einmal von einem größeren Schadenfeuer heimgesucht wurde, entstand Mittwoch Abend 6 Uhr ein gefährlicher Brand und zwar in der Kornmühle. Es gelang bald, das Feuer zu löschen.

Ein Raub ist am Dienstag Vormittag kurz nach 8 Uhr auf dem Grundstück Reichendergasse Nr. 71 verübt worden. Dort betreibt der Händler Fiebig im Keller ein Kohlengeschäft. Am Dienstag Vormittag war die 27 Jahre alte Frau Lina Fiebig allein zu Hause, als ein etwa 40 Jahre alter Mann ihren Kohlenkeller betrat. Der Mann fragte um Arbeit an, erhielt aber den Bescheid, daß das Geschäft gegenwärtig lau gehe und daher wenig Kräfte beanspruche. Als nun Frau Fiebig in das hinter dem Geschäftsraum liegende Wohnzimmer gehen wollte und die Thüre schon in der Hand hatte, stürzte der unbekanntes Arbeiter auf sie zu, ergriff mit der rechten Hand die lederne Geldtasche, die sie an einem Lederriemen trug, und riß sie ihr mit dem Zahn vom Leibe. Star vor Schrecken konnte Frau Fiebig zunächst weder um Hilfe rufen, noch sich von der Stelle bewegen. So entkam der Räuber mit seiner Beute, die nicht groß ist, da die Tasche fast nur die Morgeneinnahme von etwa 2 M. enthielt.

Ein Morphinvergiftung ist abermals ein Menschenleben zu grunde gegangen. Ein Gemeindebeamter, dem ein körperliches Leiden viele Beschwerden machte, suchte seitwärtig seine Schmerzen durch Morphin-Einspritzungen zu lindern. Dabei nahm er vorzeitig durch einen unglücklichen Zufall zu viel des Giftes und ist daran gestorben. Der traurige Fall mahnt dringend zur Vorsicht.

Arbeiterrisiko. Mit schweren innerlichen Verletzungen wurde am Mittwoch, abends um 6 Uhr, der 42 Jahre alte Klempner Karl Schulz aus der Steinmühlstr. 70 zu Dierdorf in ein hiesiges Krankenhaus eingeliefert. Er war auf dem Grundstück Schellingstr. 9 beschäftigt und stürzte dort drei Meter hoch von einer Leiter herab.

Die vermischten Knaben Bal und Arthur Hammerling, über deren Verschwinden wir gestern berichteten, sind am Dienstag Nachmittag auf dem Mariannenplatz gesehen worden. Zwei Frauen aus dem Hause in der Mademarsstraße, in dem ihre Stiefschwester wohnt, erkannten die Kinder und suchten sie anzuhalten. Sobald aber die Knaben merkten, daß man sie kannte, liefen sie nach der Köpenickerstraße zu eiligt davon. Seitdem hat man sie nicht wieder gesehen.

Durch einen heftigen Sturm wurde gestern, Donnerstag, mehrfach Schaden angerichtet. In der Bergstraße Nr. 78 brach der Sturm gegen 2 Uhr mit einem fürchterlichen Stöße an einer Schankwirtschaft ein großes Schaufenster ein und warf die Trümmer mit solcher Wucht in den Schankraum hinein, daß tausende von Splintern umherflogen. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. — In der Kesselstraße erlosch um 1½ Uhr der Wind einen leeren Handwagen und schleuderte ihn gegen einen in einiger Entfernung stehenden Kohlenwagen. — In derselben Straße warf der Wind vor dem Hause Nr. 23 eine Dame zu Boden, die zum Glück mit dem bloßen Schrecken davonkam.

Auf eine eigene Art verunglückt ist am Mittwoch Mittag um 12 Uhr der 23 Jahre alte Kutscher Karl Hartung aus der Schmidtstraße Nr. 19 in Pantow. Hartung hielt mit seinem Fuhrwerk in der Linienstraße und wollte es eben befeigen, als ein Nothwagen daher kam, ihn von seinem Wagen herunterriß und überfuhr. Mit einer schweren Wunde am linken Schenkel mußte man ihn in ein Krankenhaus bringen, wo er durch starken Blutverlust sehr erschöpft ankam.

Durch einen Duschschlag wurde Mittwoch Morgen der 45jährige Drochsenkutscher Karl Kallies aus der Neuen Jakobstraße 13 schwer verletzt. Er hatte im Stalle des Fuhrherrn Mädel in der Friedrichsfelderstraße zu thun und erhielt von einem sonst gutartigen Thiere, das plötzlich hinten ausstieg, einen so wuchtigen Schlag, daß ihm der rechte Oberarm zerschmettert wurde. Der Verunglückte mußte ein Krankenhaus aufsuchen und wird voraussichtlich lange darniederliegen.

Unbekannt gestorben ist in der Charité ein Mann, den am Mittwoch Nachmittag ein Schußmann des 8. Regiments dorthin brachte. Der Beamte fand den Mann, der anscheinend Russ ist, in einem hilflosen Zustande an der Ecke der Sommer- und Dorotheenstrasse auf und nahm sich seiner an. Der Kranke ist gestern, Donnerstag, Nachmittag gestorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ueber seine Persönlichkeit und seine sonstigen Verhältnisse ließ sich bisher nichts feststellen, man fand bei ihm nichts als eine Karte mit dem Namen Michael Sobolubsky.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes ist Mittwoch auf Charlottenburger Gebiet im Wasser gefunden und gelandet worden. Sie hat wohl schon etwa vier Wochen im Wasser gelegen.

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. März 1896. Mildes, zeitweise anklarendes, vorwiegend trübes Wetter mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Gerihts-Zeitung.

In dem Prozeß Lebaudy zu Paris wurde Mittwoch gegen Rosenthal genannt St. Cère verhandelt. Der Präsident des Gerichtshofes stellte fest, daß St. Cère, welcher etwa 50 000 Fr. jährlich verdiente, im Augenblick seiner Verhaftung gegen 300 000 Fr. Schulden hatte. St. Cère versicherte, er habe von Lebaudy niemals Geld verlangt, seine Kräfte hätten einfach seinem Unwillen über die Haltung Lebaudy's Ausdruck gegeben. Erpressungsversuche habe er niemals gemacht. Der Prozeß wird morgen fortgesetzt.

Verfammlungen.

Eine Nachversammlung der Kellner, Köche und Verussgenossen, die vom 11. zum 12. März im Feenpalast abgehalten wurde, nahm einen imposanten Verlauf. Gegen 2000 Personen waren trotz des starken Regens erschienen, um Stellung zu nehmen zu dem Placirungsweisen und den Arbeitsverhältnissen in der Berliner Gewerbe-Ausstellung. Der Kollege Pösch, der das Referat übernommen, wies eingangs seines Vortrags darauf hin, wie auch hier, wo es sich um ein Unternehmen handele, das im Interesse der Allgemeinheit angefaßt wird, in Wirklichkeit die schäufigste Interessenwirtschaft vorherrsche. Die Tagespresse habe in den letzten Tagen darüber die merkwürdigsten Dinge zu tage gefördert. Dasselbe sei auch der Fall, so weit die gewerkschaftlichen Betriebe der Ausstellung in Frage kommen. Nachdem der Referent an der Hand von bedeutendem Beweismaterial die Ausbeutung der Gastwirthsgehilfen durch die privaten Stellenvermittler einer scharfen Kritik unterzogen, beleuchtete er eingehend die sonderbaren Verträge für Pächter, daraus den Schluß ziehend, daß auch hier wieder die Angeklagten sind, welche die Fische zu zahlen haben. Daß dies der Fall sei, beweisen die bisher bekannt gewordenen Engagementsbedingungen, die sogar im allgemeinen den gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung zuwiderlaufen und nur Pflichten, aber keine Rechte für die Arbeitnehmer enthalten. Hervorragendes leistete darin der Käsehändler und demnächstige Oekonom in der Ausstellung Herr Zellmerier dessen Arbeitsbedingungen im „Vorwärts“ bereits beleuchtet worden sind. Nicht anders verhalte es sich mit den Verträgen des Herrn Brunjauf, großherzoglich medienburgischer Hofkuchenteur, und der Kontinental-Bodega-Kompagnie. Hohe Kautions von den Angestellten, Strafzettel in eminenten Höhe, Haftbarkeit für zerfallenes Geschirr und für fehlendes sonstiges Inventar, wenig oder gar keinen Gehalt (5-15 M. monatlich), alle möglichen und unmöglichen Entlassungsgründe verbunden mit Kautionsverlust, sind die wesentlichsten Punkte in der sogenannten Arbeitsordnung. Trotzdem sich die Gastwirthsgehilfen Berlins an die maßgebenden Stellen, Berliner Magistrat, Generalpächter Adlon und Dressef, sowie an den Arbeitsausschuß der Ausstellung petitionirend gewandt haben, die privaten Stellenvermittler von der Ausstellung fernzuhalten und ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß das benötigte Personal nur durch die größeren in Berlin in betracht kommenden Vereine nachgewiesen werden soll, müsse leider jetzt schon konstatiert werden, daß die Wirthe keine Rücksicht darauf genommen haben und der größte Theil der Anträge sich in den Händen der Stellenvermittler befindet. Nicht genug, daß den Berliner Kommissionären Gelegenheit gegeben wurde, Jagd auf die Taschen der Gastwirthsgehilfen zu machen, selbst nach Köln a. Rhein haben sich die Unternehmer gewandt, um von dort billige und milde Arbeitskräfte von Kommissionären zu erlangen. Die Vermittlungsgebühren, die in keinem Falle unter 20 M. direkt betragen, erfahren noch eine Steigerung bis in das Unendliche durch große Zehden bei dem Vermittler und durch Geschenke, die der Arbeitslose in der Regel, um überhaupt Arbeit zu erhalten, gezwungen ist zu geben. Alle möglichen Elemente versuchen, sich an dem lukrativen Geschäft der Ausbeutung der Arbeitslosen zu beteiligen. Welche Auswüchse das System der heutigen Stellenvermittlung in Gastwirthsgewerbe zeitige, sei am besten daraus zu ersehen, daß ein Inhaber einer Kellnerinmenspe, Gastwirth Hoffmann, Prenzlauerstr. 19, wahrscheinlich im Gähle anzuladen, laut Inzerat 300 Kellner für die Ausstellung verlangt, ohne daß ein einziger der vielen, die sich gemeldet, eine Stellung nachgewiesen erhielt, sondern immer für die Zukunft vertröstet worden sei. Um diesem Treiben ein Ende zu machen empfahl Redner den Anschluß an die Vereine, um geschlossen gegen die schrankenlose Ausbeutung, wie sie

geroll gerade zur Berliner Gewerbe-Ausstellung zu tage tritt, Front zu machen, und um die Zustände, wie sie im Gastwirthsgewerbe hervortreten, zu beseitigen. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen des Referenten. Von den nachfolgenden Rednern wurden noch weitere Mißstände angeführt und von allen die Nothwendigkeit eines einheitlichen Vorgehens betont. Von den beteiligten Gastwirthen, die zu dieser Versammlung eingeladen waren, schien keiner den Muth gefaßt zu haben zu erscheinen, da trotz der Aufforderung des Vorstehenden sich keiner zum Wort meldete. Nachdem nachfolgende Resolution einstimmig Annahme gefunden, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Berliner Kellnerbewegung geschlossen.

Die Resolution lautet: „Die heute am 11. März 1896 im Feenpalast, Berlin, Burgstraße, von ungefähr 2000 Personen besuchte öffentliche Versammlung der Kellner, Köche und Verussgenossen Berlins verurtheilt in der schärfsten Weise die Handlungsart der Pächter der Gastwirthschaften der Berliner Gewerbe-Ausstellung, die ungeachtet dessen, daß sie infolge der von der Berliner Kellnerchaft eingereichten Petition von dem Arbeitsausschuß der S.-G.-A. ganz besonders auf das Ausbeutethum der privaten Stellenvermittler aufmerksam gemacht wurden, die Stellenfuchenden der Ausbeutung gewerkschaftiger Stellenwucherer überantworteten. Die Versammlung beantragt Stellenwucherer Schritte bei den übrigen Pächtern zu thun, um die sich in einer Nothlage befindenden Stellenfuchenden von der unredlichen und drückenden Steuer zu befreien und in einer späteren Versammlung Bericht zu erstatten. Die Versammlung fordert als eine Ehrenpflicht von sämtlichen Verussgenossen, die private Stellenvermittlung zu vermeiden und sich zur Wahrung ihrer Interessen einem Fachverein anzuschließen. Gleichzeitig appellirt die Versammlung an die auswärtigen Kollegen, sich durch vage Versprechungen der Stellenvermittler nicht nach Berlin locken zu lassen, denn mit der Zahl steigert sich zugleich das Elend ihrer Lage.“

Herner protestirt die Versammlung energisch gegen die von den Pächtern der Gewerbe-Ausstellung beliebigen „Verträge“, deren kläuser Bestimmungen den Kellner vollständig rechtlos machen.

Schließlich erwartet die Versammlung von der Oeffentlichkeit und besonders der ihr dienenden Presse, zur Abschaffung dieser schreienden Mißstände ihr die nötige Unterstützung nicht versagen zu wollen.“

Der Verband der Möbelpolirer (Ziliale Nord) hielt am 9. März eine Versammlung ab, in der das Mitglied Reuter über das Resultat der Lohnbewegung sprach. Redner äußerte sich im allgemeinen befriedigend über den Ausgang des Lohnkampfes und forderte die Anwesenden auf, nunmehr treu zur Organisation zu halten, damit die Erwerbslosigkeiten auch dauernd erhalten bleiben. Bei der hierauf vorgenommenen Erziehung wurde Malchow zum Bevollmächtigten, Driestner zum Beisitzenden und Hoffmann zum Kassierer gewählt. Zum Schluß wurde auf die Vorstellung in der Urania, Taubenstraße, aufmerksam gemacht. Die Vorstellung findet am 2. Osterfesttag statt und werden am Sonntagabend Billets à 80 Pf. auf allen Zahlstellen veransagt.

Die an Holzbearbeitungsmaschinen und auf Holzflächen beschäftigten Arbeiter erörterten am 8. März in einer öffentlichen Versammlung im Lokal Gröndel, Brunnenstraße, das Thema: Die Krankenkassen und die freie Arztwahl. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Sauerzapf wurden in der Diskussion von mehreren Rednern die letzten Delegirtenwahlen zur allgemeinen Orts-Krankenkasse einer heftigen Kritik unterworfen. Sollten die Wahlen stattfinden werden, so empfehle sich künftig eine etwas regere Betheiligung an den Versammlungen. Ueber den Ausgang der Lohnbewegung konnte mitgeteilt werden, daß bis jetzt noch 85 Arbeiter im Ausstand stehen. Die meisten der Ausständigen bezeichnete man als Gemäßigtere. Es wurde deshalb der Kommission der Auftrag erteilt, bei den Arbeitgebern vorstellig zu werden, eventuell die geeigneten Schritte zur nachdrücklichen Geltendmachung ihres Verlangens zu unternehmen. Zum Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß in gunsten der Angehörten am Sonntag, den 22. März, 12 Uhr, eine Matinee im Zoos'schen Saal, Andreasstr. 21, stattfindet. Billets sind bei den Zilialvorständen im Norden und Südosten zu haben.

Vermischtes.

In Hamburg schoß Mittwoch Abend der 23-jährige Bäckerknecht Bernhard Schneider mit einem Revolver auf seine 18-jährige Geliebte Maria Rantmann, welche er leicht verletzte. Schneider erschoss sich dann selbst.

Aus Königsberg i. Pr. wird vom Donnerstag berichtet: Gestern sind mit Hilfe der Eisbrecher 6 Dampfer von Pillau herausgekommen, von denen der Dampfer „Samland“ an der Pregelmündung festgerathen ist. Die Flottmachung des Dampfers ist im Gange; der Dampfer ist voraussichtlich unbeschädigt.

Aus Freiburg i. Br. meldet die „Karlshuder Ztg.“ am Donnerstag: Die Leiche des Geh. Regierungsraths Sonntag wurde Mittwoch nachts bei Reudershausen aufgefunden.

Ein Eisenbahn-Zusammenstoß wird aus Innsbruck gemeldet. Auf der Strecke St. Johann-Bischofshofen der Wilschbahn fand Mittwoch Mittag ein Zusammenstoß zwischen einem Schnellzuge und einem Personenzuge statt. Die Lokomotive des ersteren entgleiste, die beiden Dampfwagen und mehrere andere Waggons wurden stark beschädigt. Ein Oberkondukteur wurde getödtet, ein anderer schwer verletzt. Zwei Kondukteure und mehrere Passagiere erlitten leichtere Verletzungen. Ueber die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nichts bekannt.

Zweihundert Fischer, welche im Finischen Meerbusen auf einer Fischscholle in die offene See getrieben waren, wurden, wie vom Mittwoch aus Petersburg berichtet wird, gerettet und bei Narva gelandet.

Bei Orisowa-Gerber, wo zum Zweck der Schiffarmachung eines Donauarmes große Felsmassen durch Sprengen beseitigt werden, fand Mittwoch Mittag ein ungeheurer Felssturz statt. 40 000 Kubikmeter stürzten in den neuerbauten Kanal; Menschenleben kamen nicht in Gefahr, da die Arbeit zwei Stunden vor der Katastrophe eingestellt war.

Aus Longwy wird berichtet: Ein Wasserreservoir in den Stahlhütten zu Mont Saint Martin ist am Mittwoch geborsten. Zwölf Arbeiter wurden verschüttet. Bis jetzt sind zwei Arbeiter todt, ein Arbeiter verwundet herangezogen.

Vom Hochwasser liegen heute einige Nachrichten vor, welche erkennen lassen, daß die größte Gefahr noch nicht vorüber ist:

Köln, 12. März. Der Wasserstand des Rheins ist heute Vormittag 7,20 Meter; das Wasser steigt langsam weiter und ist über den Quai bis zur letzten Brücke getreten. Aus Koblenz wird von heute Vormittag 6,75 Meter Wasserstand gemeldet, auch dort sowie in Mannheim steigt das Wasser weiter. Bei Trier war der Wasserstand der Mosel heute Vormittag 5,20 Meter; seit gestern Vormittag ist das Wasser um 30 Zentimeter gefallen. — Weihenfelds, 12. März. Der Wasserstand der Saale ist 3,80 Meter. Oberhalb und unterhalb Weihenfelds sind weite Thälflächen überschwemmt. Das Wasser steigt unablässig. — Mannheim, 12. März. In der gestrigen Bürgerausschuß-Sitzung wurde die von dem Stadtrath beantragte Summe von 10 000 Mark zur Unterstützung der durch das Hochwasser Beschädigten einstimmig bewilligt. — Straßburg i. G., 11. März. In der hiesigen Sitzung des Landesausschusses beantragte der Unterstaatssekretär v. Schnadt im Auftrage des Staatshalters einen außerordentlichen Kredit von 100 000 Mark angesichts der in den letzten Tagen durch Hochwasser entstandenen Schäden. Unter dem Beifall des Hauses befürwortete der Abgeordnete Köhler den Antrag, welcher alsdann einstimmig angenommen wurde. — Saigbörge, 11. März. Aus mehreren Ortschaften wird Hochwasser gemeldet, welches jedoch theilweise bereits sinkt. Der Schaden ist groß. Der Eisenbahn- und Straßenverkehr ist theilweise unterbrochen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 13. März.

Opernhaus. Bastien und Bastienne. Cavalleria rusticana. Phantasien im Bremer Rathstheater.

Schauspielhaus. Besondere Umstände halber. Die Höhenbrücke.

Deutsches Theater. König Heinrich IV.

Lesing-Theater. Comtesse Sudelet.

Berliner Theater. Des Meeres und der Liebe Wellen.

Neues Theater. Winterschlaf.

Residenz-Theater. Hotel zum Freihafen.

Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.

Schiller-Theater. Der Graf von Hammerstein.

Theater Unter den Linden. Die Chansonette. Columbia.

Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.

Central-Theater. Eine tolle Nacht.

Velle-Alliance-Theater. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Alexanderplatz-Theater. Die kleinen Lämmer. Vorher: Pitts.

National-Theater. Die Waive von Lowood.

American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.

Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Gastspiel des Fräulein Klara Leub vom Berliner Theater:

Die Waive von Lowood.
Schauspiel in 4 Akten und einem Vorspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Regie: Max Samst.

Morgen: Mutterjungen. — Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung. Schneewittchen und die 7 Zwerge.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Donnerstag, den 12. März 1896:
Emil Thomas als Gast.
Zum 100. Male:

Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern, von Jul. Freund und Wilh. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang 7/8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Alexanderplatz-Theater.

Letzte Woche. Zum 145. Male:
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten v. E. Varney.
Vorher: Pitts.

Operette von Hans Löwenfeld.
Dienstag, 17. März: Benefiz für Frau Ilka Paulot.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante.
Schauspiel in 3 Akten von Brandon Thomas. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.

Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7/8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Neuer Circus.

Circus Busch (Bahnhof Börse).
Freitag, 13. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Komiker-Vorstellung.
Die Jagd nach d. Glück.
Nach d. 4. Akt: Lebende Bilder, gest. v. d. Alliany-Truppe. (Dir. J. Borella). Letzte Neuheit von Paris, London und New-York.
Ausserdem: Bär und Schildwache, höchst komische Epifode. Musik. der Klowns Gebr. Cavallini, Gebr. Dux, Mr. Veldemann und Tom-Tom. Eine Miniatur-Stoosplechasse mit Riefensprängen über 3 und 5 Paar Pferde. Ein Equestriertes Arrangement von 100 Hengsten, vorgef. vom Dir. Busch. Adjunkt, ostpr. Dengst, ger. v. Mme. Maria Doré. Der phänomenale Drahtseilkünstler Mr. Lloyd.
Sonabend: Die Jagd nach dem Glück.
Sonntag, nachm. 4 Uhr (Gewöhnliche Preise: Auf nummerierten Plätzen Kinder halbe Preise; auf unnummerierten ein Kind unter 10 Jahren frei): Zscheus, das Waldmädchen. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Freitag, abends 8 Uhr: Der Graf v. Hammerstein.
Sonabend, abends 8 Uhr: Der Graf von Hammerstein.

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche!
Affentheater und Circus.
Ohne Extra-Entree.
Soldaten und Kinder 25 Pf.

Castan's Panopticum.

Neu!! Neu!! Neu!!
Die **3** getigerten **3** Grazien!!
aus Central-Afrika, die neuesten Weltwunder!

Parodie-Theater.

Oranienstrasse No. 52 am Morichplatz.
Freitag, den 13. März:

1. König Heinrich. Bitoromant. Schauspiel von Ernst v. Sanftenbruch.
2. Gräfin Ilse, Was willste oder der Trompeter von Bisse. Nach Dr. Fritz Friedmann's Kriminalroman.
3. Zscheus, das Waldmädchen. Anfang 7 1/2 Uhr. Wochentags 8 Uhr.

I. Rennen in Carlshorst

Jeden Abend das urkomische Purzelbaum-Zoddy-Rennen

Kaufmann's Variété-Theater
Königsstraße, Colonnaden.
Das neue Programm hat gelacht.
Der singende Hahn C. C. XX-Strahlen von Stephanie & Behrens.
Hokus, Pokus von Joe Marro.
Charley's Tante v. Max Menzel.
Das Unikum Schindler. 1000 Köpfe hat Räuschle.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Gillek.
Neu! Sensationell! Neu!

Servais Le Roy
die räthselhafte Illusion.
Eugenie Fougère
die unerreichte franz. Excentrique.
Fritzi Ferry
die pikante Wiener Soubrette.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstrasse III/112.
Heute, Freitag:

Stettiner Sänger
(Meysel, Pietra, Britton, Steidl, Krons, Röhl und Schrader)

Neu! Neu!

Cavalleria schufticana.
(Die Ehre des Schubbejacks.)
Romantisch diabolisch infernalisches Oper von Ferd. Meyselkino.
Anfang präz 8 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakate).
Sonntag: Concerthaus Sanssouel.
Eine Restauration zu verkaufen. Zu erfagen in der Exped. d. Bl. 237b

Buchdrucker!

Sonntag, den 15. März, vormittags 11 Uhr:
Allgem. Buchdrucker-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Konferenz in Leipzig.
2. Wahl eines Gehilfenvertreters.
Zu dieser wichtigen Versammlung werden sämmtliche Buchdrucker Berlins und der Vororte hiermit freundlichst eingeladen.
Das Rauchen ist verboten.
Der Einberufer.
Das Lokal wird morgen bekannt gegeben.

Feen-Palast

Direktion: Winkler & Fröbel.
Das kolossale März-Programm
Tanasia, die Königin der Luft.
Hies & Nogat, Miniatur-Ringer.
Borsini-Trio, Akrobaten auf der Kugel.

Jackley's Affenspiele.
Urkomische Original-Pantomime.
Michaelenko-Familie. Je Engstra.
Silvanow's - Truppe. Charles Fox.
Gebr. Görs. Toni Waldburg.
Gebr. Cornells. 45568*

Anfang Sonntags 8 1/2 Uhr.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

Eden-Theater.

Welt-Restaurant
97. Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich:
Weltberühmte
Tyroler - Sänger - Gesellschaft
Almenrausch u. Edelweiss.
Direktion: Alois Ebner.
Entree vollständig frei!
Im Theater-Saal:
Benefiz für Käthe Kionde.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.

Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).

Neu! Neu!
Familie Schenk — (5 Personen).
Truppe Marvell — (6 Personen),
darunter d. kleinste u. jüngste Clown der Welt — Alexis —
Geschw. Stuzky — fäch. Orig. Jap.-Duett.

Neu! Neu!
Schnapphahn, Fink u. Schraube!
Posse in 1 Akt v. M. Anno.
Entree: Wochent. 10 Pf., Anf. 8 U.
Sonntag 30 „ „ 6 1/2 „
R. Winkler.

Circus Renz

Karlstrasse.
Freitag, den 13. März 1896,
Anfang präz abends 7 1/2 Uhr:
Novität! Novität!
Kolossaler Erfolg!
Luftige Blätter!
Eigens vom Direktor Franz Renz und dem Großherzoglich Darmstädtischen Hofballmeister August Siems für Berlin komponirt, mit gänzlich neuen technischen Apparaten und Beleuchtungs-Einrichtung. Inszenirt Original-Vorstellung in 2 Abtheilungen mit den Ausstattungs-Diversifements

Weltstadtbilder!
Aus dem equestrierten Theil des Programms sind hervorgehoben: Edinburgh, ostpr. Dengst, in Freiheit vorgef. von Frau Robert Renz. Auftreten des Herrn Ritter von Renzoff mit seinem Schulpferd Skobeloff. Zum Schluss der Schule: Der phänomenale Bagnettesprung. Die vier Jahreszeiten, hohe Schule geritten von 4 Damen.
Morgen, Sonabend und folgende Tage: Novität! Luftige Blätter! Novität!
Sonntag, den 15. März: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr (ermäßigte Preise und 1 Kind unter 10 Jahren frei): 1870-71. Abends 7 1/2 Uhr: Novität! Luftige Blätter.
Fr. Renz, Direktor, Königl. Kommissionsrath.

Vereinzimmer zu vergeben Wittenwallerstraße 38. 231b

Aufforderung.

Hierdurch fordere ich den Drechsler und Stoddbieger Karl Ernst Franz Borchert, Berlin, Wasserthorstr. 72, auf, seinen Pflichten mir gegenüber nachzukommen.
2406
Leipzig, März 1896. Gust. Schlund.

Hochbeglückt

Ist Jeder, der nur ein Mal den Versuch mit **Copal-Fleckenwasser** gemacht hat, von dem Erfolge desselben. Copal-Fleckenwasser nimmt jeden Fleck und schädigt selbst die zartesten Gewebe in keiner Weise; es ist weder giftig noch feuergefährlich und nach einstimmigem Urtheil aller Konsumenten das Urtheil billigste Fleckenreinigungsmittel der Welt. Densin dagegen hinterlässt Ränder, riecht unangenehm und ist feuergefährlich. Preis 30, 50 und 90 Pf. Erhältlich in Drogerhandlungen.

Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Hervidden bei Bestellung umsonst.
Gndel, Taubst. 2, Elbasserstr. 12.

Milchkübel,

Kannen, Satten, Dezimal- u. Tafelwagen
Jordan,
Kleine Markus-Strasse Nr. 28.

Muschel-Wirthschaft

verkaufe sofort spottbillig, vollständige Wohn- u. Schlafzimmer-Einrichtung, darunter 8 Fenster neue Gardinen, Brautleuten geeignet.
45682
Fran Wätner,
Köpenickerstr. 141, Vorderh., 1 Etage.

Sophastoff-Beiste

zu Bezügen ausreichend
in Phantasie, Rips, Damast, Crêpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Satteltaschen spottbillig.
M 3418

J. Adler

Spandauerstraße 30
gegenüber dem Rathhause.
Reichthumstr. Preisliste gratis u. franco

Kinder-Wagen, Reiseförbe

Fabrikpreise, auch Theilzahlung.
E. L. Herrmann, Sneyenaustr. 112.

15 Schlafsofas

zum Selbstkostenpreis zu verkaufen wegen Aufgabe des Lagerarrams. Reelle Arbeit, mehrjährige Garantie.
Heinrich Kahlen, Tapezierer,
65. Jerusalemstr. 65.

Rohrtabak.

Grösste Auswahl! Billigste Preise.
Sämmtliche Fabrikations-Artikeln.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

Sophastoff-Beiste

in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!
Proben franco!
in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstraße 158.

„Verein Eintracht“ Moabit.

Unser treues Mitglied, der Maurer-polier
Hermann Hagen
ist am 7. d. Mts. auf dem Bahnhof Treptow verunglückt.
Die Beerdigung findet Freitag, den 13. d. M. nachmittags 5 Uhr, von der Reichenhalle des neuen Johannes-Kirchhofes (Höfenes) aus statt.
Um zahlreiche Theilnahme bittet
2385
Der Vorstand.

Danksagung.

Allen Freunden und Bekannten, speziell aber dem Chef, sowie dem gesamten Personal der Firma Adler u. Berzu, welche durch Krankspenden und Theilnahme an dem Begräbnis unserer lieben Schwester und Braut, Bertha Breitkreuz, derselben die letzte Ehre erwiesen haben, sagen wir hierdurch unseren tiefgefühlten Dank.
Clara Breitkreuz,
Otto Hille.
2306

L. Klatt, Kranzbinderei

Königsberger-Strasse 20.
Bereitskränze mit Blüthen in bester Ausführung zu billigsten Preisen.

Emailirte Milchkübel,

Rannen und Gemäß fertigt 44822*
Otto Lindner, Gartenstr. 158.

Restaurant (Wassergrundrüd)

in Friedrichshagen ist sofort bei 10 000 M. Anzahlung zu verkaufen. Näheres bei Lerche, Berlin, Fischerstraße 33. 2286

Schöner Verein

Schönes Vereinszimmer für jeden Verein z. vergeb. Familien-Restaurant, Rammstr. 8. 226b

Frankfurter Allee 1616 a m

R i n g b a h n h o f: Vorderwohnungen, 2-4 Zimmer, Bad etc., Hinter-Wohnungen, 1 und 2 Stuben etc. äußerst billig. Elegante Stallungen u. Remisen, große Lagerfeller. 93b

Schönhanser Allee 150 3 3. m.

Stb. u. Kch., Garten, 1 St., 1 Sib. möbl. z. b. Viertel, 3 Tr. 2744b

Charlottenburg, Christstr. 20, Kauf-

seite, schöner Laden, zu jedem Geschäft passend, mit 2 Fenst. Stube, Küche und gr. Keller für 450 M. sof. z. v. 235b

Achtung!

Stadthagen's Arbeiterrecht
in Prachtband gebunden 3,50 M. liefert gegen Baar- oder Theilzahlung
Ludwig's Buchhandlung,
4586b
Grimmstr. 37.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Bambus-Arbeiter verl. sof. G. Koesemann, Brückenstr. 10a.

Tischler auf gute Möbel nach Zeichnung sucht Hedemann u. Wegner, Velle-Allianzstraße 84. 229b

Bloufen - Arbeiterin

verl. Frau Kruschke, Prinzen-Allee 11.

Wir suchen einen tüchtigen Lackierer. Otto Grund & Co., Fischer-Brücke 17.

Mehrere tücht. Fertigmacher, Spielraumhobler, f. größte Fabrik Deutschl. sofort ges., dauernd hoher Lohn, Reise vergütet, auch für Verb. z. empf. Off. an Kaestner, Dresden, Königsbrückerstr. 44.

Karton-Arbeiterinnen und Lehrmädchen verl. Eisenhütten, Deutstr. 5.

Arbeiterin a. Kinderleidch. u. Bloufen verl. A. Babau, Alexanderstr. 8a. *

Abgeordnetenhaus.

41. Sitzung vom 12. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Fehr. v. Hammerstein, Dr. Miquel und Kommissarien.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betr. die Regelung der Richter-Gehälter und die Ernennung der Gerichts-Ressoren, ferner ein Antrag Wallbrecht (natl.) betr. die Einführung von Ortsstatuten zur Sicherstellung der Forderungen für Lieferungen und Arbeiten bei Bauten und ein Antrag von Wendel-Reinfels (L.) betr. die Entwässerungsverhältnisse in der Stadt Leipzig.

Der Etat der Ansiedelungs-Kommission für Westpreußen und Posen steht in Verbindung mit der Denkschrift über die Ausführung des Ansiedelungsgesetzes zur Spezialberatung.

Die Budgetkommission beantragt: den Etat unverändert zu genehmigen und die Denkschrift durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Von den polnischen Abg. (Mottz und Brodnicki) liegt ein Antrag vor: Die Regierung zu ersuchen, die Aufhebung des Ansiedelungsgesetzes in die Wege zu leiten.

Abg. v. Brodnicki befürwortet diesen Antrag; obwohl die polnische Bevölkerung mit Gut und Blut für Preußen eingetreten, lege es die preussische Regierung jetzt darauf an, daß die polnische Bevölkerung untergehe. Alle Jahre werden seine Freunde diesen Antrag wiederholen; er beantrage das Gehalt des Präsidenten der Ansiedelungskommission zu kürzen.

In ähnlichem Sinne spricht Abg. Dr. Mizerski (Pole). Abg. Zeer (natl.): Es müsse darauf gehalten werden, daß die Ansiedler Wohnungen auf der Ansiedelung vorfinden.

Abg. Eckels (natl.) wünscht ebenfalls eine regere Tätigkeit der Ansiedelungskommission.

Abg. Glebocki (Pole): Die Herren kommen über die Tatsache nicht hinweg, daß die Kolonisierung eine Vergewaltigung der Polen darstellt.

Abg. Im Walle (Z.): Selbst wenn die Erfolge der Ansiedelungskommission bessere wären als sie sind, so würde wegen der nachteiligen Wirkung des Ansiedelungsgesetzes auf die polnische Bevölkerung sich doch dessen Aufhebung empfehlen.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag der Polen wird gegen deren Stimmen und die des Zentrums abgelehnt und der Etat genehmigt.

Der Etat der Staatsschulden-Verwaltung wird debattelos genehmigt.

Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung liegt vor ein Antrag des Abg. v. Dobeneck (L.), die Regierung zu ersuchen, die Königl. Vollziehung des vom Landtage angenommenen Gesetzentwurfs, betreffend die Aufhebung der Rückzahlungs-Verschuldung der Grundsteuer-Entschädigung, herbeizuführen.

Abg. Jürgensen (natl.) erklärt, diesem Antrage zustimmen zu wollen.

Der Antrag v. Dobeneck (L.) wird zurückgezogen.

Abg. Groß (natl.): Die Aufhebung der Rückzahlungspflicht sei eine Forderung der Gerechtigkeit.

Minister Dr. Miquel verliest eine an die Regierung zu Schleswig gerichtete Verfügung, wonach in allen Fällen mit größter Mäßigkeit vorgegangen werden soll; überhaupt sei nichts unterlassen, um in allen diesen Fällen Milde und Wohlwollen walten zu lassen. Die Annahme des Gesetzentwurfs des Landtages wäre wegen der Konsequenzen sehr gefährlich; wir würden zu einer allmählichen Annullierung der ganzen Steuererhebung kommen. Eine Genehmigung des vom Landtage angenommenen Gesetzes ist jedenfalls nicht in Aussicht zu stellen.

Abg. Frdr. v. Dobeneck (L.) legt nochmals eingehend die Berechtigung der geforderten Aufhebung dar.

Minister Miquel: Man werde ihm keinen Fall nachweisen können, wo er es an der nötigen Milde und Nachsicht habe fehlen lassen. Er habe großen Respekt vor den Beschlüssen des Landtages; aber solle er nun vor dem ersten oder vor dem zweiten Beschlusse mehr Respekt haben? (Unruhe und Widerspruch.) Es liegen keine Nova für den zweiten Beschlusse vor.

Abg. Engelbrecht (L.) legt dar, daß die Rückzahlungspflicht zahlreiche Landwirthe schwer drücke; er schließt sich Dobeneck an. Abg. Krause (natl.) wird durch eine objektive Prüfung der Sache doch zu einem andern Resultat geführt als die Vorredner.

Abg. Hansen (stf.) theilt völlig den Standpunkt Dobeneck's. Damit schließt die Debatte und die Position, Antrag der zurückzustellenden Grundsteuer-Entschädigungen 1 000 000 M. wird genehmigt, ebenso der Rest des Etats ohne wesentliche Debatte.

Morgen 11 Uhr: Reste des Etats und Interpellation Ring (L.) betreffend Maßnahmen gegen Einschleppung von Viehseuchen. Schluß 3 1/2 Uhr.

Ein geheimes Birkular des russischen Finanzministers Witte.

26. Februar/9. März. Die elementare Gährung unter den Arbeitern verschiedener Orte und die Anfänge einer vom Klassenbewußtsein erfüllten Arbeiterbewegung, diese zwei Entwicklungen gehen in den Tiefen unserer Gesellschaft vor sich. Der Philister — selbst der liberal angehauchte — merkt sie nicht, denn sein Blick haftet immer an der Oberfläche. Und an die Oberfläche gelangt — dank der väterlichen Fürsorge unserer Obrigkeit — fast gar nichts von dem, was nur irgendwie als Gefahr für die bestehende Ordnung angesehen werden kann. Der Unterthan soll nicht den leisesten Verdacht schöpfen, daß etwas im Staate Aufruhr faul sei. Und doch wissen die „Herren vom Rathe“ unter sich sehr gut, z. B. daß der Kapitalismus selbst mit der patriarchalischen Anschlag der Arbeiter in sozialer und politischer Hinsicht gründlich aufräumt. Sie rechnen mit dieser Thatsache. Ich habe Ihnen schon geschrieben, daß aus Anlaß der Arbeiterunruhen im Jahre 1895 der Finanzminister ein Birkular an die Fabrikaufsichtsbeamten erlassen hat. Jetzt kann ich den Wortlaut dieses im Ausgange des 19. Jahrhunderts für einen Westeuropäer höchst befremdlichen Schriftstückes mittheilen. Hören wir Herrn von Witte:

Die Arbeiterunruhen, die auf einigen Manufakturen im laufenden Jahre vorgekommen sind, bewegen mich, Eure Aufmerksamkeit auf diese traurigen Erscheinungen, welche den ruhigen Gang der Industrie zum Nachtheil der Fabrikanten und noch viel mehr zum Schaden der Arbeiter selbst unterbrechen, zu lenken. Die Unruhen der letzten Zeit sind, in Uebereinstimmung der früheren Beobachtungen, hervorgerufen worden entweder von Arbeitern, welche von Fabrik zu Fabrik wandern und auf Grund ihrer sittlichen Eigenschaften auf keiner Manufaktur im Stande waren, feste Stellung zu erwerben oder von Leuten, die eine ganz verkehrte Auffassung der Arbeiterinteressen haben und bestrebt sind, bei uns künstlich jenen traurigen Gegenstand zu schaffen, welcher

im Westen zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern entstanden ist.

Diese Leute, welche schlimmste Feinde nicht nur der gesellschaftlichen Ordnung, sondern auch der wirklichen Interessen der Arbeiter selbst sind, erscheinen um so gefährlicher, als sie in die Arbeiterkreise Austrub im Namen abirakter oder notorisch falscher Ideen, welche dem russischen Volksgeiste und dem russischen Leben ganz fremd sind, säen. Da Ihr (d. h. die Beamten der Fabrikinspektion) dem Fabrikleben nahe steht und wißt, wie leicht die Menge den Anstiftungen einzelner Personen Folge leistet, so sollt Ihr besonders auf die möglichst häufige Aufklärung der Arbeiter in bezug auf die Ungeheuerlichkeit ihres Auftretens, welches zu Fabrikunruhen führt, und auf die Verantwortung der Arbeiter wegen Gesetzesverletzung und Aufhebung bedacht sein.

„In unserer Industrie walten die patriarchalischen Verhältnisse zwischen den Unternehmern und den Arbeitern vor. Diese Patriarchalität äußert sich in vielen Fällen bei den Fabrikanten für die Bedürfnisse ihrer Fabrikarbeiter und Angestellten, in den Bestrebungen ein friedliches Verhältnis aufrecht zu erhalten, in der Einfachheit und Gerechtigkeit in den gegenseitigen Beziehungen. Wenn solche Verhältnisse sich auf das sittliche Gesetz und auf die christliche Gesetze gründen, dann thut es nicht Noth zur Anwendung des geschriebenen Gesetzes und des Zwanges zu schreiten.

„Indem Ihr diese gute Strömung mit allen von Euch abhängigen Mitteln unterstützen und fördern werdet, indem Ihr durch die Kraft Eurer sittlichen Autorität wirken werdet, indem Ihr den Arbeitern die Bedeutung all des Guten und Nützlichen, was die Fabrikanten für sie ohne dazu verpflichtet zu sein, sondern aus christlichen Beweggründen und mit edlen Absichten thun, auseinandersetzen werdet, werdet Ihr diejenige lebendige und fruchtbare Thätigkeit entwickeln, welche abgesehen von ihrem direkten Nutzen für andere Euch selbst eine größere sittliche Genugthuung gewährt wird, als die bloß unparteiische und strenge Erfüllung Eurer Pflichten, als formelle Wächter des Gesetzes.

„Ich habe das Departement für Handel und Manufaktur beauftragt, Euch aufzufordern, mit besonderer Aufmerksamkeit jede Aeusserung der Fürsorge seitens der Fabrikanten für ihre Arbeiter zu verfolgen und Beschreibungen aller Wohlfahrtsrichtungen zu gunsten der Arbeiter vorzulegen, um nach der Veröffentlichung dieser Thatsachen, die übrigen Fabrikanten auf dieselben aufmerksam zu machen und bei ihnen einen edlen Wettstreit in der Befolgung guter Beispiele zu entfachen. Gleichzeitig habt Ihr mit besonderer Aufmerksamkeit alle ungesunden Erscheinungen und ungeordneten Zustände in den Fabriken, welche Unruhen hervorzurufen können, zu verfolgen und das Finanzministerium darüber in Kenntniß zu setzen.

„Als Männer, die Ihr die Wichtigkeit der Euch obliegenden Pflichten klar begreift, als gebildete und mit dem Fabrikwesen vertraute Leute, habt Ihr jede passende Gelegenheit zu ergreifen, um den Arbeitern einzuprägen, daß nicht nur die Ungeheuerlichkeit ihrer Forderungen, sondern auch das Streben, auf ungesetzlichem oder gewaltsamem Wege ihre gesellsch. Rechte zu verwirklichen, unvermeidlich nicht die Beförderung ihrer Lage, sondern deren Verschlechterung herbeiführen wird, denn bei solchen Umständen kann die Regierung die Verwirklichung der Wünsche der Arbeiter selbst in dem Falle nicht zulassen, wenn die Fabrikanten selbst unter dem Einflusse der Drohungen oder aus Gutmüthigkeit (!!) auf Konzessionen eingehen, obgleich das Gesetz berufen ist, in gleicher Weise die berechtigten Interessen sowohl der Fabrikanten als auch der Arbeiter zu schützen.

„Zum Schluß kann ich nicht umhin, mein Vertrauen auf die günstigen Wirkungen meiner an Euch gerichteten Aufforderung Ausdruck zu verleihen, da ich mit besonderer Freude aus Euren Berichten erfahren habe, daß auf allen Fabriken, auf welchen Unruhen stattgefunden haben, die Arbeiter, nachdem sie über ihre gesellsch. Pflichten aufgeklärt wurden, den Mahnungen der Fabrikinspektoren und anderer örtlichen Obrigkeiten folgten und unverzüglich die Arbeit wieder aufnahmen. Ich habe mich auch davon überzeugt, daß seitens der Inspektion alle vernünftigen Maßregeln zur schnelligsten Wiederherstellung der Ordnung ergriffen worden sind: alle Inspektoren, insbesondere der Oberinspektor des Gouv. Wladimir, welcher laut meiner Erlaubniß den verantwortlichen Posten des temporären Direktors einer Fabrik übernommen und dadurch die Verbreitung der Unruhen auf benachbarte Manufakturen verhindert hat, haben eine lobenswerthe Thätigkeit an den Tag gelegt.“

Soweit Herr von Witte. Ueber dieses „geheime“ Birkular des Herrn von Witte liegt mir eine von sehr kompetenter und dem Fabrikaufsichtspersonal angehöriger Seite herrührende Aeusserung vor. Dasselbe bezeichnet das Birkular selbst vom Standpunkte der bestehenden Gesetzgebung als „dumm und unlogisch.“ Denn der Minister fürchtete offen den Fabrikanten gegenüber die wahre Sachlage zu betonen, nämlich daß alle in letzter Zeit stattgefundenen Unruhen — die Frucht ihrer groben Willkür und der Gesetzesverletzung ihrerseits sind, er wisse gar nicht auf den normalen Weg des Schutzes der Rechte der Arbeiter durch den Inspektor hin, er erkläre nur, daß die Aeusserung der Unzufriedenheit der Arbeiter in Form von Arbeitseinstellungen ungesetzlich ist. „Zum Glück“ — fügt unser Gewährsmann hinzu — „holt sich das Leben Rath weder bei Beamten, die sich wie Bediente benehmen, noch bei tugendhaften Fabrikanten! Früher oder später, heute oder morgen müssen die Arbeiter sich in Verbände und Zirkel mit klarem Programm organisiren, sie werden in Form organisirter Streiks auf die Verbesserung ihrer Lage hinwirken, indem sie als eine der ersten Forderungen — das Recht der Koalition aufstellen werden, welches im Westen den Arbeitern längst zugestanden ist, das in Rußland aber nur die Fabrikanten frei ausüben.“ So weit der Untergebene des Herrn v. Witte.

Soziale Ueberblick.

Militär und Arbeiter. Unser Viesfelder Parteiorgan, die „Volksmacht“, schreibt: „Von der Viesfelder Maschinenfabrik vormals Dürkopff u. Co. werden zur Zeit Soldaten beschäftigt, die natürlich nicht in der Fabrik, sondern in der Wäschmacherei arbeiten. Es handelt sich um eine neue Sorte von Kurkeln, die den Arbeitern das Stück zu 11 Pf. im Akkord angeboten worden waren, ein Lohn, wofür die Arbeiter sie nicht herstellen zu können erklärten. Nunmehr werden sie von Soldaten in der Wäschmacherei angefertigt, wie es heißt, das Stück für 7 Pf. Wir wissen weder, ob die Direktion der Fabrik noch ob die Militärverwaltung etwas davon weiß, erwarten aber schleunigste Aufklärung dieses unerhörten Falles. Das Militär ist doch nicht dazu da, die Arbeiter, welche es durch ihre Steuern erhalten müssen, arbeitslos zu machen oder denselben die Löhne zu drücken.“

Und den Arbeitsnachweisen. Die Zentralanstalt für Arbeitsnachweis in Mannheim hat im vorigen Jahre nahezu 18 000 Vermittelungsgesuche erledigt, gegen 10 500 im Jahre 1894. Von Arbeitern haben die Anstalt 10 661, von Unternehmern 6687

in Anspruch genommen. Unter den Stellungsuchenden befanden sich 2086 Frauen und Mädchen; davon waren 1205 Dienstmoten. An 21 884 Beschäftigung Suchende wurden Anweisungszettel ausgestellt. Die Zahl sämtlicher Personen, die die Anstalt passirten, belief sich auf über 41 000.

Verunglückungen deutscher Seeschiffe im Jahre 1893. Im Jahre 1893 sind 125 deutsche registrierte Seeschiffe mit einem Nettoraumgehalt von 51 117 Register-Tons verloren gegangen, und zwar sind 44 Schiffe gestrandet, 21 gesunken, 5 geleert, 3 verbrannt, 20 infolge schwerer Beschädigungen und 8 durch Kollision verunglückt, 24 verschollen. Dabei blühten 278 Personen (sämtlich der Besatzung angehörend) von 1200 an Bord gewesenen Menschen (1169 Mann Besatzung und 31 Passagiere) ihr Leben ein.

Ausgewandert aus dem Deutschen Reich sind über deutsche Häfen sowie über die Häfen Antwerpen, Rotterdam, Amsterdam und Bordeaux im vorigen Jahre 85 629 Personen; davon gingen 80 698 nach den Vereinigten Staaten von Amerika, 1896 nach Brasilien, 1100 nach Britisch-Nordamerika, 748 nach Argentinien und Uruguay; 461 Deutsche wählten andere Theile Amerikas als Reiseziel, 886 gingen nach Afrika, 211 nach Australien, 194 nach Asien. 18 955 Auswanderer waren männlich, 16 298 weiblichen Geschlechts; bei 376 Auswanderern ist das Geschlecht nicht verzeichnet. Ein Vergleich der 1895er Zahlen mit denen der Vorjahre ergibt folgendes Resultat. Es wurden über die bereits genannten Häfen sowie über Havre (für welchen Hafen die Angaben für 1895 noch fehlen), deutsche Auswanderer befördert im Jahre 1890: 97 103, 1891: 120 069, 1892: 116 389, 1893: 87 677, 1894: 40 964, 1895 (ohne Havre): 35 629.

Kartellwesen. Ein Holztrakt, dessen Mitglieder über ein Gesamtkapital von 70 Millionen Dollars verfügen, ist in Port Townsend (Washington) in den Vereinigten Staaten gegründet worden. Er will den ganzen Holzhandel an der Pazifikküste unter seine Kontrolle bringen. Alle großen Holzfirmen in Kalifornien, Oregon und Washington sowie Britisch-Kolumbia sind ihm beigetreten; auch haben die Besitzer der im Küstenhandel und im überseeischen Frachttransport verwendeten Dampfer und Segelschiffe sich dem Trakt angeschlossen. Man wird für einen jeden Distrikt eine gewisse Holzlieferung pro Jahr festsetzen, um die Gesamtproduktion genau kontrolliren zu können. In ähnlicher Weise soll die Verteilung der Frucht erfolgen. Der neuen Gesellschaft, der es um Schonung der Wälder natürlich nicht zu thun ist, sondern lediglich um die denkbar größte Ausplünderung des Publikums, werden über 150 Segelschiffe und eine stattliche Zahl Dampfer zur Verfügung stehen.

In England hat sich ein Verband britischer Stahlschienen-Fabrikanten gebildet, der durch Regulirung der Verkäufe die Aufrechterhaltung beziehentlich Steigerung der Preise bezweckt. Dagegen ist in Oesterreich-Ungarn der Versuch, die Petroleumraffinerie-Besitzer, nachdem die hervorstechendsten von ihnen das Kartellvertrag pro 30. April d. J. gekündigt haben, wieder zu einer neuen Vereinigung zu veranlassen, ohne jeglichen Erfolg geblieben. Die betreffende Versammlung, sagt wehmüthig das Wiener Fremdenblatt, ging vollständig resultatlos auseinander, da die Schwierigkeiten, welche sich einer neuen Vereinigung entgegenstellten, so groß sind, daß alle beteiligten Faktoren einsehen, daß unter den momentanen Verhältnissen ein gemeinsames Vorgehen ausgeschlossen erscheint.

Gewerkschaftliches.

Ausruf an alle Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen in Deutschland. Am 1. und 2. Osterfesttage (5. und 6. April) d. J. wird in Hannover im Lokal der Börsen, Osterstr. 10b, die dritte Generalversammlung des deutschen Verbandes der Maschinisten und Heizer abgehalten, wozu die Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands eingeladen werden, sich durch Delegirte dort vertreten zu lassen, um Anschluß an den Verband zu gewinnen. Dem Verband gehören zur Zeit 23 Vereine beziehentlich Filialen an. Die vor einiger Zeit vom Verband angenommene Lohnstatistik zeigt ein erschreckendes Bild von dem Elend in unserem Beruf: der langen und nur theilweise durch die Natur des Betriebes (elektrisches Licht) bedingten Arbeitszeit, die in vielen Fällen bis 19 Stunden täglich beträgt, während die Löhne trotz der in der unerträglichsten Hitze zu leistenden körperlichen Anstrengung außerst gering sind, ja sogar herab bis zu 10 Pf. pro Stunde schwanken. Wenn man bedenkt, daß schon die geringste Unachtsamkeit und Unkenntniß betreffs der allgemeinen Regeln des Dampfesselbetriebes Leben und Gesundheit unserer Mitarbeiter gefährdet, so ist es wohl an der Zeit, daß die Kollegen sich überall organisiren, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Wir richten deshalb an unsere Berufsgenossen die Aufforderung, in allen Städten Deutschlands Maschinisten- und Zweigvereine beziehentlich Filialen zu gründen und sich dem deutschen Maschinisten- und Heizerverbande anzuschließen, der seit vier Jahren besteht und in Berlin seinen Sitz hat. Die Vereine bez. Filialen haben die Aufgabe, ihre Mitglieder theoretisch wie praktisch zu unterweisen, damit diese auch befähigt sind, ihrer verantwortungsvollen Stellung vorzustehen. Der Verband, der von den Vereinen bez. Filialen gebildet wird, hat die Kollegen in jeder Lebenslage zu unterstützen, so unter anderem durch Stellensmittlung, Bewährung von Rechtschutz, Unterstützung der Hinterbliebenen Verstorbenen, Viesierung einer eigenen Fachzeitschrift „Der deutsche Maschinist und Heizer“ u. s. w. Einzelne Kollegen an einem Orte können dem Verbande auch als Mitglieder beitreten. Zu näherer Auskunft und zur Ueberwindung von Statuten ist gern bereit R. Kirchner in Berlin SW, Pückerstr. 3.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden freundlichst um Abdruck gebeten.

Achtung, Klempner-Verband! Die Vertrauensmänner beschlossen am 11. März der allgemeinen Klempnerversammlung, welche am Sonntag, den 15. März vormittags 10 Uhr im Feenpalast stattfindet, zu empfehlen, in allen Werkstätten folgende Forderungen zu erheben: 9 stündige Arbeitszeit, 45 Pf. Minimallohn pro Stunde, 25 Pf. Zuschlag für Leberstunden, Sonnabends 1 Stunde und am Tage vor den 3 hohen Festen 2 Stunden früher Feierabend ohne Lohnabzug. Unter Zustimmung des Obermeisters der Klempner-Zunftung Langenbucher werden in der beschließenden Versammlung sämtliche Klempnermeister eingeladen. Weiter wurde beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die erste Woche auf Streikunterstützung zu verzichten, sowie jeden arbeitenden Kollegen zu einem wöchentlichen Ertragsbeitrag von 50 Pf. für den Streikfonds zu verpflichten. In diesem Zweck werden von dem Unterzeichneten Marken zu 50 Pf. ausgegeben. Die noch ausstehenden Fragebogen sind sofort abzuliefern. Die Vertrauensmänner aller Werkstätten haben sich am Sonntag bereits früh 9 Uhr im Feenpalast einzufinden. Der Vertrauensmann der Berliner Klempner: F. Zimmermann, Pückerstr. 55.

Der Streik der Klemperer bei der Firma Baer u. Stein in Berlin, Alexanderstraße 24, dauert fort. Die Klemperer haben, als sie aus schon bekannter Ursache in den Ausstand traten, gleichzeitig folgende Forderungen gestellt: Neunstunden- tag, 45 Pf. Stundenlohn, 15 pCt. Zuschlag für Akkordarbeit, Sonnabend und Montag eine Stunde früher Feierabend. Der Stand des Streiks ist günstig, da sich Streikbrecher unter den Klemperern noch nicht gefunden haben und wohl auch nicht finden werden. Wie die Behörde dem Unternehmer zur Seite steht, haben die Streikenden trotz der kurzen Dauer ihres Ausstandes schon am eigenen Leibe erfahren. Der Ausstand begann am Freitag. Bereits am Sonnabend wurden drei Streikende, die in der Alexanderstraße promenierten, arrestiert, obwohl sie ganz ruhige Passanten waren. Am Montag widerfuhr zwei Mann dasselbe Schicksal, am Dienstag und Mittwoch vier Mann. Von den letzteren Streikenden protestierte einer auf der Wache etwas energisch gegen seine Verhaftung; man legte ihm Handschellen an und brachte ihn so geschlossen nach dem Alexanderplatz. Die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes Berlins und Umgebung.

Hast alle Seher und die beiden Maschinenmeister der Buchdruckerei von J. Fuhangel in Hagen i. W. haben wegen fortgesetzter Kündigung von Verbandsmitgliedern am Sonnabend gekündigt und am Montag die Arbeit eingestellt, weil sie von Herrn Fuhangel beleidigt worden waren. Trotz zweimaliger Verhandlungen kam es zu keiner Einigung, weil Herr Fuhangel Bedingungen stellte, auf die die Arbeiter nicht eingehen konnten.

In Hannover und dem Vorort Linden streiken sämtliche in der Vierfach-Branchen beschäftigte Wölcher. Sie fordern 9/2 stündige Arbeitszeit, für schwere Arbeit 25,50 Mk. und für leichte 24 Mk. Minimallohn, ferner Erhöhung des Akkordlohns für neue Fässer um 10 pCt. Die Ausständigen sind sämtlich organisiert und hoffen ihre Forderungen durchzusetzen, wenn die Kameraden im übrigen Deutschland Solidarität üben.

Die Steinseher Harburgs beschlossen ihre Forderung betreffs der Pausen dahin abzuändern, daß die Nebenpausen um vormittags 7 und 10 Uhr und nachmittags um 3 Uhr weggelassen sollen, desgleichen die Bezahlung des Weges von und nach der Arbeitsstelle bei Arbeiten außerhalb Harburgs. Für letztere Arbeit werden pro Stunde 8 Pf. mehr gefordert.

Soziale Rechtspflege.

Die Verletzung durch einen Mitarbeiter als Betriebsunfall. Die Arbeiterin Starke war im März 1895 in Gemeinschaft zweier Knechte mit einer landwirtschaftlichen Arbeit beschäftigt, als ihr plötzlich einer der beiden Mitarbeiter mit seiner eisernen Forke über den Kopf schlug und sie sehr erheblich verletzte. Der betreffende, Grewe mit Namen, hatte sich durch den anderen Knecht „gehänfelt“ geglaubt und in großer Erregung darüber wahllos zugeschlagen. Da er nach einiger Zeit als wahnförmig in eine Irrenanstalt überführt werden mußte, ist anzunehmen, daß auch schon am fraglichen Tage sein Geist gestört war. Die zuständige landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und auch deren Schiedsgericht lehnten es ab, der St. eine Unfallsrente zu gewähren, sie vermochten keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Betriebe und dem Unfall zu erkennen. Das Reichs-Versicherungsamt jedoch verurteilte die Berufsgenossenschaft. Es vertrat den Standpunkt, daß nach den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen anzunehmen sei, die Arbeiter sollten auch gegen Gefahren versichert werden, welche für sie aus dem im Betriebsinteresse liegenden Zusammenarbeiten mit ihnen gänzlich fremden Personen entstehen. Einer solchen Gefahr sei hier die Klägerin zum Opfer gefallen, denn ihr Dienstverhältnis habe sie mit Grewe in enge Berührung gebracht. Das Revisionsgericht bestätigte auch noch, daß die Klägerin durch die Art der ausgeführten Arbeit sich zu bilden gewöhnt war und deshalb das Vorgehen Grewe's nicht von vornherein bemerken und sich seinem Angriff nicht entziehen konnte. — Anders wäre der Fall zu beurteilen, hätte das Gericht aus, wenn die Klägerin selbst zu ihrer Verletzung außerhalb des Betriebes den Anlaß gegeben hätte.

Geriichts-Zeitung.

An die Ausdauer der Geschworenen, sowie der übrigen beteiligten Faktoren wurden in der vorgeschrittenen Schwurgerichtssitzung des Landgerichts I Anforderungen gestellt, wie es bisher noch nicht vorgekommen ist. Die Verhandlung gegen den des Meineides in sieben Fällen beschuldigten Reisenden Max Koh gelangte nämlich erst um 4 Uhr morgens zu Ende. Infolge dessen wurde die zu gestern anderamtliche Sitzung ausgesetzt. Die umfangreiche Beweisaufnahme fiel für den Angeklagten höchst ungünstig aus, es zeigte sich, daß er in höchst frivolster Weise mit dem Gibe gespielt hatte. In zweistündiger Rede entrollte Staatsanwalt Klein ein Bild von dem verwerflichen Treiben des Angeklagten und beantragte, ihn in allen Fällen schuldig zu sprechen. Die Wertheidiger plaidierten für Auscheidung einiger Fälle. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des wissentlichen Meineides in vier und des fahrlässigen Meineides in einem Falle schuldig, worauf der Gerichtshof denselben zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus und zehnjährigem Ehrverlust unter Wegfall der bereits gegen ihn wegen Betruges zuerkannten zweijährigen Gefängnisstrafe verurteilte.

Vom Anruf der Detektiv-Institute. Daß ein Detektivbeamter sich nicht für einen Polizeibeamten ausgeben darf, wurde gestern dem Schreiber Denkmar Thiede vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I recht nachdrücklich zu Gemüte geführt. Thiede hatte für das Weien'sche Detektivbureau in einer Verlobungssache eine Recherche auszuführen, und um einen besseren Erfolg zu haben, stellte er sich den Beteiligten als Polizeibeamten an. Er erzielte dadurch auch, daß ihm Auskunft erteilt wurde. Da die Angehörten aber gänzlich daran gedacht haben würden, dem Thiede Rede zu stehen, wenn sie gewußt hätten, daß er nur ein Detektiv war, ermittelten sie Anzeige, und Thiede wurde der unbefugten Ausübung eines öffentlichen Amtes angeklagt. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die Sache nicht zu milde angesehen werden dürfe und erkannte auf 1 Monat Gefängnis.

Der fromme Sänger. Wegen Störung des Gottesdienstes hatte sich gestern ein origineller Kauz vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Es war ein kleines Männchen, welches aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, ein Mann, nahe den fünfziger Jahren, dessen ipeigelglatte Platte von der Nasenwurzel bis an den Knochtragen reichte. Mit Stolz erklärte er: „Mein Name ist Arthur Smetana, in Sprottau habe ich das Licht der Welt erblickt, das ist allerdings lange her. Ich bin Dichter und Sänger!“ — „Sie sind aber von Profession Steinseher — was? der Vorsitzende ein — und haben, wie aus den Akten ersichtlich ist, auch früher einmal als Steinseher in Kauen gearbeitet!“ — Angeklagter: „Das geschah nur nebenbei! Mein Beruf ist der des Dichters und Sängers! Ich erziehe die Menschen durch meinen Gesang und erheitere sie mit meinen Improvisationen.“ Wie die Anklage ergibt und wie durch die Beweisaufnahme bestätigt wird, hat der zur Zeit domizilllose und deshalb in Untersuchungshaft genommene Angeklagte in der Nacht vom Sonnabend, den 15., zum Sonntag, den 16. Februar d. J., in einem Kneiplokal zu Kauen fleißig den Barben gespielt und dabei nach echter Sängerei wader geschrien, allerdings auf Unkosten seiner Zuhörer. Am frühen Morgen des Sonntags erging es ihm wie dem Seher in dem bekannten Pöde

„Im Schwarzen Wälfisch zu Malon“; er wurde zur Thür hinauskomplimentiert. Mit einem fürchterlichen „Moralischen“ irte er, der Heimatlose, mehrere Stunden umher. Da hörte er Glockenklang und Orgelspiel. Fromme Leute gingen zur Kirche, und plötzlich fühlte er in seiner Stimmung ein unbewingliches Verlangen nach religiöser Erbauung. Er trat ebenfalls in die Kirche ein und setzte sich auf eine Bank. Als nun der Prediger auf der Kanzel mit Bezugnahme auf die herannahende Passionszeit die Gläubigen ermahnte, ihre Sünden zu erkennen und Buße zu thun, um der Gnade des Erlösers theilhaftig zu werden, da übermannte es den Angeklagten, er brach in lautes Schluchzen aus, das er mit ausdrucksvollen Gesten begleitete. Aus dem Schluchzen wurde ein Geheul, so daß die Andacht der frommen Gemeinde völlig gestört wurde. Als der Prediger geendet hatte, warf ihm der Angeklagte Kuschhände zu und als nun das Präsidium für das Schlußlied begann, da hob er mit lauter Stimme den gar nicht zur Melodie passenden Gesang „Lobe den Herrn“ an, so daß alle Kirchenbesucher aufstanden und sich nach dem Störenfriede umfahen. Ein Gendarm war von Anfang an gegenwärtig gewesen, derselbe hatte aber nicht einschreiten wollen, weil er als Mann der Prosa den poetischen Kirchenbesucher für verrückt hielt und weil er die Störung des Gottesdienstes nicht durch sein Einschreiten noch größer machen wollte. Nun aber holte er sich den Störenfried heraus und brachte ihn zum Polizei-Amt. Unterwegs dichtete der Angeklagte den Beamten in allen Versmaßen an, so daß letzterer noch mehr in der Annahme befestigt wurde, er habe es mit einem Verrückten zu thun. Von Verrücktheit hat sich aber beim Angeklagten während der Untersuchungshaft keine Spur gezeigt. Auch der Gerichtshof war der Ansicht, daß der Angeklagte nicht geisteskrank, sondern nur eigenartig theatralisch-imental veranlagt sei. Derselbe habe eine Nacht hindurch gesungen und gezecht. In der dadurch hervorgerufenen Stimmung habe Glocken- und Orgelklang ein religiöses Bedürfnis in ihm geweckt, welches ihn zum Eintritt in die Kirche bewog. Die Rede des Predigers habe ihn übermannt, habe ihn zum Weinen gerührt und die Gesten, die man für Kuschhände hielt, möchten wohl der Ausdruck des Beifalles und des Dankes gewesen sein, den er dem Prediger zollte. Ordnungsmäßig sei dieses Verhalten nicht, ob aber der Angeklagte absichtlich und in bewusster Weise die Kirchenordnung gestört habe, sei angesichts der eigenartigen Veranlagung des Angeklagten und seiner damaligen Stimmung nicht erwiesen, weshalb aus Freisprechung zu erkennen sei. Mit einer theatralischen Verbugung nahm der Angeklagte die Nachricht entgegen, daß er sofort auf freien Fuß gesetzt werde.

Versammlungen.

Die Volksversammlung, welche am 10. d. M. in Rabe's Salon, Kolbergerstraße 23, tagte, war vornehmlich zur Agitation unter den Frauen bestimmt und erfüllte ihren Zweck vollkommen, indem die Frauen zahlreich vertreten waren. Reichstags-Abgeordneter Bueh hielt den Vortrag und hatte derselbe sich das Thema gewählt: „Es giebt hienieden Brot genug für alle Menschenkinder“. In scharfer Weise geißelte der Vortragende die heutige Interessengefährdung, das Bestreben, auf Kosten der breiten Masse des Volkes die Taschen weniger „Nothleidender“ zu füllen, erörterte die Politik der Brotertheurer, der Agrarier, die ihren drastischen Ausdruck finde in dem berichtigten Antrage Konik, besprach die weitere Verbesserung des wichtigen Volksnahrungsmittels, des Zuckers, ging auf den Preizug gegen die Margarine ein und stellte in Gegenfah zu diesem liebevollen Eingehen der Reichsregierung auf die begehlichen Wünsche der oberen Zehntausend das Verhalten der Regierung und Parteien den berechtigten Forderungen des Volkes gegenüber, insbesondere auch in bezug auf die Frauen, für deren Rechte er in warmer Weise eintrat. Redner übte eine oft von rauschendem Beifall unterbrochene Kritik an den heutigen Zuständen Preussens Deutschlands und zeigte, wie allein die sozialdemokratische Partei die Volksinteressen in wahrer Weise vertritt. (Anhaltender Beifall.) Den Vortrag des Reiner'schen Gedichtes, dem obige Tagesordnung entnommen war, schloß das höchst wirkungsvolle Referat. Eine Diskussion fand nicht statt und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Frauenbewegung.

Gegen das neue Margarine-Gesetz nahm am Mittwoch eine in Folge des schlechten Wetters nur schwach besuchte, von freisinniger Seite einberufene Versammlung Stellung. Der Herr Stadtverordnete Dr. Goldschmidt besprach in eingehender Weise die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes, indem er nachwies, daß es den Agrariern durchaus nicht darum zu thun sei, das Soll von Betrag zu schätzen, sondern nur die Konkurrenz der Margarine, der Butter gegenüber vollständig zu beseitigen. Die Versammlung erklärte ihr Einverständnis mit den Ausführungen des Redners durch einstimmige Annahme einer Resolution, nach welcher sie energisch Protest erhebt gegen das neue Margarine-Gesetz, besonders wie es aus der Kommission hervorgegangen ist. Die Versammlung erkennt in dem Gesetz den charakteristischen Zug der Zeit, welcher nur darnach trachtet, den Agrariern auf Kosten des arbeitenden Volkes die Taschen zu füllen. Die Durchführung des Gesetzes verhindert nahezu die Fabrikation der Margarine, macht hunderttausende Arbeiter brodlos und schädigt die Interessen des Volkes. Die Versammlung richtet an den Reichstag das Ersuchen, die Vorlage strikte abzulehnen.

Die Lederarbeiter hatten am Montag Abend eine auch von Arbeiterinnen sehr gut besuchte Versammlung einberufen, um über ein einheitliches Vorgehen bei einer künftigen Lohnbewegung zu beraten. Das einleitende Referat hielt Genosse Zahn, welchem ein Korreferat des Kollegen Hoffmann folgte. Beide plaidierten für ein gemeinsames Vorgehen in der Lohnbewegung. Bereits im vorigen Jahre ist versucht worden, die Lokalorganisten zum Zusammengehen mit den Verbandsmitgliedern zu veranlassen, aber bis jetzt sei man leider nicht zu einem greifbaren Resultat gekommen. Von den Fabrikanten habe man zwar die Zusage einer Lohnreduktion von 33 1/2 pCt. erlangt, die aber bis jetzt noch nirgends bewilligt worden ist. Deshalb sei es am zweckmäßigsten, wenn beide Organisationen zusammengehen, um gleiche Forderungen aufzustellen für eine Lohnbewegung in diesem Jahre, die aber erst in den Monaten Juni oder Juli frühestens beginnen kann. Als Vorbereitung hierzu sei es notwendig, eine von beiden Theilen zusammengeführte Lohnkommission zu wählen und eventuell Botsch bezw. Streiklisten für einen Streikfonds auszugeben, worüber in einer in etwa 14 Tagen stattfindenden Versammlung Beschluß gefaßt werden kann. In der Diskussion, an der sich Heindke, Konrad, Bräuner, Schönfeld, Sauer und Schmidt beteiligten, wurde besonders auf die immermehr zunehmende Schandfabrikation und die weiter um sich greifende Mädchenarbeit hingewiesen, desgleichen auf die jammervollen Zustände in der Hausindustrie, deren Beseitigung ein Redner für notwendig hielt, während ein anderer die Einrichtung von Betriebswerkstätten verlangte. Junge Leute, die kaum die Lehrzeit hinter sich, aber selbst noch nichts gelernt haben, machen sich „selbstständig“, d. h. bei der Mutter in der Küche, und nehmen Bezahlung an, die nur auf einige Handgriffe bei der Schundarbeit angelehnt werden. Im allgemeinen war man der Ansicht, daß eine procentuale Lohnreduktion wie ein Lohnanruf schwer durchzuführen sei, man eher einen Minimallohn fordern müsse. Auch erklärten sich die Anhänger beider Organisationen zum gemeinsamen Vorgehen bereit durch einstimmige Annahme einer dahingehenden Resolution.

Eine gut besuchte Versammlung der Sattler, die am 10. März bei Cohn, Reuthstraße, tagte, beschäftigte sich mit dem bevorstehenden Streik der Treibriemenarbeiter. Der sachberichtigte über die bisher gepflogenen Beratungen mit den Treib-

riemenarbeitern. Nach eingehender Erwägung sind folgende Forderungen an die Fabrikanten gestellt worden: Erhöhung der bisher gezahlten Löhne um 25 pCt. Die Ueberstunden bis 10 Uhr abends sind mit 25 pCt., nach 10 Uhr mit 50 pCt. Lohnzuschlag zu bezahlen. Für die Arbeiter auf Montage, abgesehen von den Esesen, 50 pCt. Lohnzuschlag. Die Akkordarbeit ist, wo sie noch besteht, abzuschaffen. Die Fabrikanten, denen durch die Lohnkommission die aufgestellten Forderungen mit dem Ersuchen zugestimmt worden sind, bis zum 6. März eine Erklärung abzugeben, haben sich nicht gemüht gesehen, dem Wunsche nachzukommen. Dagegen sollen die Fabrikanten als Antwort auf die Forderungen einen Ring gebildet haben, wonach sie sich bei hohen Konventionalsstrafen verpflichteten, mit der Lohnkommission nicht zu verhandeln und die „Aufwiegler“ auf dreierlei Jahre aus den Fabriken auszuschließen. In der Diskussion konnte festgestellt werden, daß sich die Fabrikanten dadurch selbst in eine Zwangslage gebracht haben, aus der sie gerne wieder heraus möchten. Da die Konjunktur eine sehr günstige ist und die Arbeit drängt, so versuchten einige sich aus der Kalamität dadurch herauszubefrei, daß sie den Arbeitern versprachen, den Zuschlag vom 1. Mai ab zu bewilligen, wenn die Arbeiter bis dahin weiter arbeiten. Ein Fabrikant versprach sogar den Zuschlag für den in betracht kommenden Zeitraum am 1. Mai nachzugeben. Von den Arbeitern werden diese Versprechen als ein Schachzug betrachtet, sie von ihren Forderungen abzubringen, da bis zu diesem Zeitpunkt der größte Theil der Arbeit fertig gestellt sein wird. Um eine Uneinigkeit unter den Kollegen herbeizuführen, sind einzelnen Arbeitern Lohnreduzierungen bewilligt worden. Nachdem festgestellt wurde, daß die große Majorität der Anwesenden Treibriemenarbeiter sind und Sassenbach, Börsch und andere nochmals darauf hingewiesen, daß nur dann etwas zu erzielen sei, wenn die Einigkeit, wie sie jetzt vorhanden ist, auch weiter bestehen bleibt, gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die Versammlung beschließt, daß am 11. März früh in allen Treibriemen-Fabriken nochmals an die Fabrikanten herangetreten werden soll. Wo die Forderungen nicht bewilligt werden, ist die Arbeit sofort niederzulegen. Wo die gesammelten Forderungen schriftlich bewilligt, kann weiter gearbeitet werden, wo in den Streik eingetreten wird, haben nicht mehr die betreffenden Arbeiter, sondern die Lohnkommission die Verhandlungen mit den Fabrikanten zu führen. Den Streikenden ist es untersagt, auf eigene Hand mit ihrem Arbeitgeber Vereinbarungen zu treffen. Das Streiklokal befindet sich bei Pasch, Alte Jakobstr. 88 und werden dortselbst die Berichte entgegengenommen. Die moralische und pekuniäre Unterstützung wurde den Streikenden von den anderen Branchen zugesichert.

Die in Lugschpapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hatten sich am Dienstag in Meyer's Vereinsalon, Kiderstraße, versammelt. Genosse Faber zeigte, anknüpfend an die in letzter Zeit sich vor aller Augen abspielenden riesenhaften Lohnbewegungen, welche fast alle einen für die Arbeiter günstigen Ausgang genommen hätten, wie wichtig es ist, sich fest zusammenzuschließen und zu organisieren. Ein jeder Arbeiter habe die Pflicht, für bessere Lebensbedingungen einzutreten, allein jedoch ist er hierzu nicht im Stande; in der Organisation findet er die Kampfgenossen, welche in der Loge sind, Schulter an Schulter kämpfend den Kampf auch siegreich durchzuführen. Vertrauensmann Bergmann schließt sich der Aufforderung des Genossen Faber voll und ganz an, daß alle Arbeiter sich der Organisation und zwar in diesem Falle dem Verbands aller in Lugschpapierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen anzuschließen haben. Freutlich sei es, daß in der Versammlung, die von nahezu 500 Personen besucht sei besonders die Arbeiterinnen der eingeladenen Fabriken W. Hagelberg, Buttner u. Co. erschienen seien. Ist doch nunmehr zu hoffen, daß auch sie, die bisher die rückständigsten in der Bewegung waren, sich auch auf ihre Pflicht besonnen haben, und sich der Organisation anschließen werden. Bergmann theilt auch bezüglich der Uebertretungen der Gewerbe-Ordnung mit, daß besonders in Lugschpapier-Fabriken der Maximal-Arbeitstag für Frauen und jugendliche Arbeiter nicht beachtet wurde. Ferner finden Uebertretungen statt hinsichtlich der Mittagspause, der Sonntagsarbeit, der Schlafzeit am Sonnabend u. a. m. Er bittet, alle derartigen Uebertretungen oder sonstigen Mißstände unverzüglich an seine Adresse: A. Bergmann u. Söhne, Lugschstraße 3 Treppen, gelangen zu lassen. Zum Schluß werden die Anwesenden noch auf den bestehenden Arbeitsnachweis der Branche aufmerksam gemacht. Die Arbeiterinnen mögen doch endlich aufhören, von Thür zu Thür gehend um Arbeit anzufragen, sondern sich vor allem des Arbeitsnachweises bedienen.

Die öffentliche Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen, die am Dienstag bei Henke, Raunynstraße, tagte, hörte als ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag des Genossen Dr. Sätgenau über „Der Sozialismus als Weltanschauung“. Der Referent veranschaulichte in kurzen Umrissen den Uebergang der Güterproduktion zur Waarenproduktion und nach diesem den Schritt zur heutigen kapitalistischen Produktionsweise, welcher als Unterlage der gebietende Faktor aller politischen Rechte, das Privatkapital dient. Gegenüber diesem steht der vom juristischen Standpunkte aus sogenannte „freie“ Arbeiter — d. h. frei von jedem Produktionsmittel — als Ausbeutungssubjekt. Redner erläuterte dann des näheren die Bildung des ersten griechischen Staates und die weitere Fortentwicklung. Aus der derzeitigen feudalen Gesellschaft bildete sich die heutige bürgerliche, die, die Produktionsmittel in die Hände der Gesamtheit übergegangen, einer sozialistischen Plak machen muß. Nachdem der Referent den Ursprung der Religion und deren heutige Bedeutung genügend beleuchtet, zugleich auch bedeutet, daß Polizei und Armee im Dienste der herrschenden Klasse, der Beschlägerin des Großkapitals stehen, griff er zurück auf das Wirken von Marx und Engels, die den Sozialismus zur Wissenschaft gemacht, sodas er heut als Weltanschauung gelte. Diesen zu studieren, sei Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin. Redner schloß mit den Worten: „Scharft Euch zusammen, Ihr habt eine Welt zu erobern und nicht zu verlieren als Eure Ketten. (Lebhafter Beifall.)“ An der Diskussion beteiligten sich einige Anwesende im Sinne des Referenten. Unter „Ver-schiedenes“ werden wiederholt Mißstände der Belvefabrik von Mengers zur Sprache gebracht und ersucht der Vorsitzende, ihn bezügliches Material weiter ausstellen. Weiter geht man bekannt, daß der Polizeibeamte Raporta augenblicklich in Berlin domizillire. Daraus nimmt die Versammlung einen Antrag an, nach Schluß die Zellerfassung fortzusetzen und deren Ergebnis den streikenden Textilarbeitern zu überweisen.

Die Maler und die Anstreicher waren am Mittwoch Abend in einer ungewöhnlich zahlreichen, von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung im Keller'schen Saal zusammengekommen, um den Bericht der Lohnkommission über die gegenwärtige Situation des Streiks entgegenzunehmen. Nach der Darstellung des Referenten Link ist das Resultat der Lohnbewegung ein außerordentlich günstiges. Der Beschluß der vorigen Versammlung, am Montag den 9. März die Arbeit überall dort niederzulegen, wo die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligt wurden, ist von so vielen Malern angeführt worden, wie es bei früheren Lohnbewegungen nicht der Fall war. Die Zahl der in Berlin Arbeitenden wird gewöhnlich weit überschätzt. Auf Grund statistischen Materials ist festgestellt, daß in der besten Zeit höchstens 6000, gegenwärtig etwa 3000 Maler und Anstreicher in Berlin anwesend sind, von denen 1884 in Arbeit stehen. Von diesen sind 740 bei 85 Firmen — darunter namhafte Innungsmitglieder — die Forderungen bewilligt worden, so daß also 1144 als Streikende anzusehen sind. Als ein erfreuliches Zeichen ist es zu betrachten, daß in einem der größten Geschäfte schon am ersten Tage 170 Maler die Arbeit niederlegten, von denen leider wieder einige

zurückgetreten sind. Wenn die Beilegung am Streit berart wächst und namentlich auch die in anderen großen Geschäften Arbeitenden für die Forderungen mit Entschiedenheit eintreten, wo der Lohnarif nicht bewilligt wird, dann muß ohne Zweifel in kurzer Zeit die Bewegung mit einem Siege der Arbeiter enden. Das Gewerbegericht hat bei der Lohnkommission angefragt, ob sie das Einigungsamt anrufen wolle. Die Kommission hat die Anrufung abgelehnt mit dem Bemerkten, daß sie vor dem Einigungsamt erscheinen würde, wenn es seitens der Meister angerufen wird. Die Lohnkommission glaubt es vor ihren Mandatgebern nicht verantworten zu können, wenn sie jetzt, bei dem günstigen Stande der Bewegung, aus eigener Initiative das Einigungsamt anrufen würde; sie ist vielmehr der Ansicht, daß die Kollegen aus eigener Kraft ihre Forderungen durchzusetzen in der Lage sind. Dentsler wies auf den kürzlich in Hildesheim durchgeführten Streik hin, wo die Kollegen in zwei Tagen einen Sieg errungen haben, und sogar Innungsmeister, die sich für die strikte Ablehnung der Gehilfenforderungen erklärt hatten, zum Nachgeben gezwungen haben. Dies Beispiel zeige den Berliner Kollegen, daß man durch nützliches und entschlossenes Vorgehen in kürzester Zeit den Sieg erringen könne. Die übrigen Diskussionsredner erörterten zum meist Vorgänge, die sich in einzelnen Geschäften gelegentlich der gegenwärtigen Bewegung ereignet haben, auch wurde der Lohnkommission der Vorwurf gemacht, daß sie den Ausbruch des Streiks nicht genügend im „Vorwärts“ publiziert habe; es sei deshalb noch vielen Kollegen unbekannt, daß in Berlin gestreikt wird. Dem gegenüber betonte Dink, daß es doch auf die Länge der erlassenen Veröffentlichung nicht ankomme. Im übrigen wäre es Pflicht jedes Kollegen, bei so wichtigen Ereignissen die Versammlungen zu besuchen, wo man über alle Vorgänge, die auf die Bewegung Bezug haben, sich am besten unterrichten kann. Dem von mehreren Rednern geäußerten Wunsche, die Lohnkommission solle verstärkt werden, ist bereits Rechnung getragen. Die Versammlung beschloß, daß alle Streikenden sich zweimal täglich im Bureau, Neue Friedrichstraße 44, behufs Abstempelung ihrer Karten einzufinden haben, mit Ausnahme der auswärtig Wohnenden. Die Unterstützung der Streikenden soll in der ersten Woche fünf Mark betragen. Ueber die Höhe der ferneren Unterstützungen soll in der nächsten Versammlung

beschlossen werden. Dink erinnerte an den Beschluß der vorigen Versammlung, wonach die arbeitenden Kollegen wöchentlich 2 M. zum Streikfonds zu zahlen haben, und ersuchte um strikte Innehaltung dieses Beschlusses. Die imposante Versammlung wurde mit einem kräftigen Hoch auf die Lohnbewegung der Maler geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Hausdiener und Kutscher fand am Dienstag Abend im „Märkischen Hof“ statt, um die Agitation für den Süden und Südosten Berlins zu betreiben. Genosse Jahn referierte über „Die Arbeiterfrage der Gegenwart“ unter besonderer Bezugnahme auf die im Handelsgewerbe beschäftigten Hilfsarbeiter und Kutscher, die leider sehr schwer für die Organisation zu gewinnen sind, weil ihr Beruf ihnen nur wenig freie Zeit zur Erholung übrig läßt, wengleich sie von ihrer traurigen Lage bei 16-18stündiger Arbeitszeit überzeugt sind. In der Diskussion forderten Pohlitz, Kahler und Ladewig zu reger Beteiligung an der Agitation und zum Anschluß an die Organisation sämtlicher Hilfsarbeiter im Handelsgewerbe auf, da die ungelerten Arbeiter bei ihrer großen Zahl und unsicheren Lebensstellung mit demselben Recht wie andere Berufe in eine Lohnbewegung eintreten könnten, wenn sie eine geschlossene Masse bildeten. Ladewig theilt zum Schluß noch mit, daß die Versammlungen jeden Dienstag nach dem 1. des Monats im Volkshaus Lokal, Alte Jakobstr. 75, stattfinden, wo auch neue Mitglieder aufgenommen werden. In der Versammlung fanden gegen dreißig Aufnahmen statt.

Die Arbeiter der Eisenmöbel-Fabrik von C. Schulz, Hasenhalde 9, waren am Mittwoch, den 11. d. M., im Ewaldschen Lokale, Schönleinstr. 6, versammelt, um über die Abhilfe der Mißstände in jener Fabrik zu beraten. Neumann, der Einberuer der Versammlung, schilderte die bisher mit den dort beschäftigten Holzarbeitern gepflogenen Beratungen und forderte auch die dort beschäftigten Metallarbeiter auf, zu erklären, wie sie sich gegenüber einer Forderung auf Abstellung der herrschenden Uebelstände verhalten würden. Bedauerlich sei es, meinte Redner, daß von circa 150 Metallarbeitern noch keine 30 organisiert seien und somit der geringen Zahl der Arbeiter aus anderen Berufen der Kampf erschwert werde. Wundern könne man sich natürlich nicht; denn Arbeiter, die sich mit einem Verdienst von

18-21 Mark bei 10 1/2-11 stündiger Arbeitszeit begnügen, haben eben das selbstbewußte Auftreten eines Arbeiters verloren. Mit einem energischen Appell, sich der Organisation anzuschließen, schloß Redner seine Ausführungen. Nachdem noch Kautenhaus seitens der Richter und Richter (Metallarbeiter) die Arbeiter aufgefordert, nimmehre ihre Meinung über die Dinge zum besten zu geben, meldeten sich nur wenige zum Wort. Es ging aber zur Tagesordnung hervor, daß Lohnabzüge und Ueberzeitarbeit an der Tagesordnung sind. Nachdem eine Resolution, in der die Anwesenden sich verpflichteten, sich der Organisation anzuschließen, angenommen war, wurde eine Kommission gewählt, welche die Forderung formuliert, die der Firma vorgelegt werden soll. Die Entgegennahme des Berichtes dieser Kommission wird in der Versammlung erfolgen, die am Sonntag, den 15. d. M., vormittags 8 Uhr, in Kien's Volksgarten stattfindet.

Nixdorf. Hier tagte am 9. März eine Kommunalwähler-Versammlung, in der Genosse Redner in einem beifällig aufgenommenen Vortrag die Bedeutung einer sozialdemokratischen Vertretung im Gemeinderath schilderte. Eine Diskussion fand nicht statt und wurden hierauf Neherau und Thomas als Kandidaten nominirt. Wahlberechtigt ist jeder, der mindestens die zweite Steuerstufe zahlt, ein Jahr am Orte wohnt, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Die Wahl findet am 16. März statt.

Kowalew. Am Sonntag den 8. d. M. sprach hier in einer öffentlichen Kommunalwähler-Versammlung der Abg. B. Lieblrecht unter großem Beifall über die Bedeutung der Wahlen. Daraus gab der Gemeindevorsteher Grubl einen kurzen Ueberblick über die Thätigkeit der Sozialisten im Gemeinderath, dabei die Haltung der Gegner einer scharfen Kritik unterziehend, und empfahl der Versammlung, die sozialdemokratischen Kandidaten zu unterstützen. Aufgestellt sind: 1. Robert Lange, Kaufmann, 2. Paul Neumann, Weber, Angeheime; und in Vertretung Gärtner, Zigarettenfabrikant, und W. H. Zappe, Schuhmachermeister.

Briefkasten der Redaktion.

Kistenmacher 71. Er muß sich melden und muß die Erlaubniß nachsuchen.

Hackescher Markt 4, Ecke Neue Promenade

J. Brünn,

Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!
Steppdecken! Leinenwaaren!
Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

R. F. Mittelstädt, Berlin N., Brunnenstr. 152.



R.F. Mittelstädt's Original-Löwenbitter ist aus passender Kräutern abdestillirt befördert vorzüglich die Verdauung und regt besonders den Appetit an.

In Fl. Mk. 0,60, 1,10, & 1,80:

Im Ausschank und in Flaschen überall zu haben.

Nordhäuser
Liter-Flasche 80 Pf., 90 Pf., 1 Mark mit Pl., Korn (verschied. gemischt) Lit. 45 Pf. ohne Pl., Liköre, Cognac, Rum, Ungarweine etc.
386 Carl Schindler, Chausseestr. 55.

Möbel-Ausverkauf,
passendste Gelegenheit für Brautleute, Hotels, Wiederverkäufer. In meinem größten Möbelspeicher, Neue Königsstraße 59, sollen circa 200 Wohnungseinrichtungen, verließen gewesen und neue Möbel zu jedem annehmbaren Preise schleunigst verkauft werden. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verließen gewesener Möbel, welche fast neu sind und zum halben Preise abgegeben werden. Durch sehr große, billige Gelegenheitskäufe ist es mir möglich, schon ganze Wirthschaften für 90, 100, 300 M. abzugeben. Ebenfalls hochfeine, herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 5000 M. Theilzahlung gestattet. Beantw. ohne Anzahlung, Kleiderpind 12 M., Kommoden, Küchenspind 12, Stühle 2 M., Kuchenspind, Kleiderpind, Vertikow 30 M., Ruchspind 35, Bettstellen mit Matratzen 18 M., Sopha 18, Säulenpind, Kleiderpind, hohelegant 56, Trumeaux mit Säulen und Krystallglas 60, Cylinderbureau, Herrenschreibtisch, Damenschreibtische, Schreibsekretär 30, Nähgarnituren 60 M., Pianinos, Pianofophas 75 M., Wäschspind, Frisitoiletten, Chaiselongues, Salongarnituren, Portièren, Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Fenster 5 M. Vollständig ausgestattete und dekorirte Salons, Speisezimmer und englische Schlafzimmer stets zur Ansicht. Empfehle allen Herrschaften, vor Einkauf von Möbeln mein entchieden größtes und billigstes Möbel-lager zu besichtigen und von den staunend billigen, aber festen Taxpreisen zu überzeugen. Gekaufte Möbel können 3 Monate kostenfrei auf meinem Aufbewahrungsspeicher lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt auch nach außerhalb.

Täglich, auch Sonntags vorm. von 7-9 Uhr: 40412*

Berlin von gefochtem Rind- u. Schweinefleisch
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
Verwaltung der Kochanstalt Central-Viehhof.

Concerthaus Sanssouci,
Cottbuserstrasse 4a.
Sonabend, den 14. März 1896, abends 8 1/2 Uhr:
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
arrangirt vom
Gesangverein „Sorgenfrei“
(M. d. Arb.-Singer-Bundes.)
Unter Mitwirkung verschiedener tüchtiger Solokräfte.
Nach dem Konzert: **Tanz.**
Eröffnung 8 Uhr. [67/4] **Entree 25 Pf.**

Bekanntmachung
der Schweine-Engros-Schlächtere
Holzmarktstr. 19, nahe Jannowbrücke.
Von Donnerstag, den 5. dieses ab sind die Verkaufspreise im Detail für Prima-Waare folgende:

Schweinefleisch von allen Stücken	à Pfd. 50
Carbonade, Kasseler, Pökelkamm	à Pfd. 60
Bauch, Rücken fett u. Kissen	à Pfd. 45
Rind-, Kalb- und Hammelfleisch	à Pfd. 50
Keule	à Pfd. 60

Alle Sorten Wurst im Detail zu Engrospreisen!
Spezialität: Schladwurst und Salami à Pfd. 80 Pf.

Seifen-, Licht- u. Sodafabrik
18 Detail-Geschäfte. **M. Reich & Co.,** Gr. Frankfurterstr. 43.
vertreten fast in allen Pössagen der **Berliner Markthallen,** sowie Alto Jakobstr. 45, Gr. Frankfurterstr. 43, Krantstr. 43, Badstr. 12.
Spezialitäten eigener Fabrikation
zu sehr billigen Preisen: 45098*

2 Pfd. Haselise für 25 Pf., 1 Pfd. 13 Pf.	Unverkaut gute Toiletteseifen.
2 Pfd. Terpentinf. f. 35 Pf., 1 Pfd. 18 Pf.	Glycerinseife iniegel . . . à 18 Pf.
1 Pfd. gelbe Schälise . . . 17 Pf.	Glycerinseife 4 Stück 50 Pf.
1 Pfd. Hausseife für 30, 35, 40, 45 Pf.	Familienseife 3 Stück 40 Pf.
Transparent, Pariseife zu sehr bill. Preisen.	Salin-Terp.-Seifenpulv. 1 Pfd. 18 Pf., gibt blendend weiße Wäsche.

Seit geraumer Zeit gefallen sich einige

Möbelgeschäfte, sogenannte Vereinigte Tischler- u. Tapezivermeister (Innungsmeister) darin, in unmittelbarer Nähe meiner Tischlereien und Verkaufsräume Reichenbergerstr. 157 gedruckte, illustrierte Preisverzeichnisse ihrer sogenannten billigen Erzeugnisse vertheilen zu lassen. Dem gegenüber kann ich, so lange das Gesetz des unlauteren Wettbewerbs noch nicht vorhanden, nichts unternehmen. Zu obigen Manipulationen braucht sich eine reelle und renommirte Firma nicht herbeizulassen.

Jedoch halte ich es für meine Pflicht, das hochgeehrte Publikum, sowie meine werthe Kundschaft darauf hinzuweisen, daß ich nach wie vor dieselben Möbel, Polsterwaaren u. Dekorationen, wie ich dieselben seiner Zeit in der **Mobiliar-Ausstellung 1892** ausgestellt, und welche den ungetheilten Beifall des hochgeschätzten Publikums fanden, zu denselben damaligen Preisen und in derselben wirklich reellen Ausführung noch heut liefere. (Soweit meine weit ausgedehnten Waaren-Vorräthe reichen.) Daß meine Fabrikate den Beifall des Publikums gefunden, bezeugen die weitesten Empfehlungen meiner hochgeehrten Kundschaft.

Gleichzeitig bemerke, daß ich meine Tischlereien und Lagerräume bedeutend erweitert habe, um allen an mich gestellten Anforderungen pünktlich und prompt gerecht werden zu können, wofür das langjährige Bestehen meiner Fabrik (seit 1859) die beste Bürgschaft bietet.

Eine Belästigung des Publikums durch Reisende findet meinerseits nicht statt, jedoch stehen meine illustrierten Preisverzeichnisse auf Wunsch franko zur Verfügung.

Möbeltischlereien von Rud. Lorenz,

Reichenbergerstrasse 157.

Achtung, Holzarbeiter!

Folgende Werkstellen haben unsere Forderungen bisher nicht bewilligt:

Kastemöbel und Büffets: Mhl, Schützenstr. 88. Stoppert, Prenzlauer-Allee 26. Hagenow, Waldemarstraße 28. Meier, Pallasstr. 47. Sedert, Ruppinerstr. 9.

Bauarbeit: Chemann, Brunnenstr. 84. Ladeneinrichtung und ähnliche Arbeit: Loh, Pappel-Allee 5. Reutel, Strolauerstr. 35. Mühlbauer, Andreasplatz 3. Dohse, Grüner Weg 2. Reimann, Feilnerstr. 5.

Nähmaschinen: Friiser u. Hofmann, Stalitzerstr. 134/135. Goldleiten: Methlow u. Co., Köpnickestr. 109. Stieghahn, Waldemarstraße 14.

Luzumöbel: Bab, Gitschinerstr. 75. Rose, Wasserthorstraße 46. Freitche, Oranienstr. 36 (streifen die Drecksler).

Möbel nach Zeichnung und gute Bauarbeit: Ferd. Voigts, Alte Jakobstraße. Telefon: Trumple, Holzmarktstr. 48.

Mühlbau und Maschinenfabrik von Kappler, Prinzen Allee 75-76 und (Alth. Moabit) Alt-Moabit 86.

Buzug fernhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Sonntag, den 15. März 1896, vormittags präz. 10 Uhr, bei Herrn Keller (großer Saal), Koppenstr. 29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Rassenbericht vom IV. Quartal. Bericht des Vorstandes, der Kommission und des Arbeitsvermittlers. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress in Berlin. Erziehungswahl zur Ortsverwaltung. Stellungnahme zum 1. Mai. Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimirt. Die Ortsverwaltung.

Heute Abend, bei Schöning, Stallschreiberstraße 29: Sitzung der Ortsverwaltung.

Nachverein der Holz- u. Bretterträger

Berlin und Umgegend.

Sonntag, 15. März, vorm. 10^{1/2} Uhr, Schönleinstr. 6:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 84/18
2. Aufnahme neuer Mitglieder.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Achtung! Putzer. Achtung!

Montag, den 16. März 1896, nachmittags 4 Uhr, im Lokal von Joël, Andreasstraße 21:

Große öffentliche Versammlung der Putzer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu den von uns im Herbst 1895 gestellten Forderungen.
 2. Neuwahl des Delegierten zur Gewerkschafts-Kommission.
- Kollegen! Erscheint Mann für Mann in der Versammlung, dadurch beweist Ihr dem Unternehmertum, das Ihr gewillt seid, die von uns gestellten Forderungen strikte zur Durchführung zu bringen. Darum rufe ich Euch nochmals zu: Erscheint Mann für Mann. 189/11

Der Vertrauensmann. Aug. Vogel.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 15. März, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lokale des Herrn Cohn, Beuth-Strasse Nr. 20-21:

Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Berlin II des Zentralverb. deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste haben Zutritt.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht 196/18 Der Bevollmächtigte.

NB. Das Komitee betr. der Statistik wird ersucht, die Bücher mitzubringen.

Genossenschaftsbäckerei für Berlin u. Umg.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)

Donnerstag, den 26. März, abends 8 Uhr, in dem 'Sinn' schen Brauerei-Ausschank, Alte Jakobstraße 83:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsraths.
2. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsraths.
3. Verschiedenes.

Rothe Mitgliedskarte legitimirt. Der Vorstand. 89/9

Achtung! Gesellige Vereine. Achtung!

Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Oeffentl. Versammlung der geselligen Vereine (Theater-, Vergnügungs-, Musikvereine, Skat- und Kegelklubs etc.)

Tages-Ordnung:

1. Vortrag eines Rechtsanwalts über: Das Vereinsgesetz mit bezug auf die geselligen Vereine. 2. Fragen und Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. (Der Ueberschuss wird nach Beschluss der Versammlung verwendet.) 48/9

In anbetragt der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch Der Einberufer: P. Gent, Dresdenstr. 107-108.

Empfehle allen Genossen meine Möbel, Spiegel und Polsterwaaren, sowie Kucheneinrichtungen. G. Röseler, Brandenburgstr. 25.

Klempner!

Sonntag, den 15. März 1896, vormittags 10 Uhr, im „Feen-Palast“, Burg- und Wolfgangstrassen-Ecke:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Beschlussfassung über den Eintritt in die Lohnbewegung. Ref.: O. Naether.
- Im Einverständnis mit dem Obermeister der Klempner-Zunftung Herrn Langenbucher sind zu dieser Versammlung sämtliche Klempnermeister eingeladen.

Die Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Die Werkstatt-Vertrauensleute der Klempner

werden ersucht, präzise 9 Uhr im Feen-Palast zu erscheinen. Alle noch ausstehenden Fragebogen sind sofort dem Unterzeichneten einzusenden.

Von heute ab, hat jeder in Arbeit befindliche Kollege pro Woche mindestens 50 Pf. zum Streikfonds zu zahlen und sind Marken à 50 Pf. hierin von dem Unterzeichneten zu beziehen.

Der Vertrauensmann der Berliner Klempner: F. Zimmermann, 80., Pücklerstr. 55.

Achtung, Zimmerer!

Sonntag, den 15. März, vormittags 10 Uhr:

2 große öffentliche Versammlungen sämtlicher Zimmerleute Berlins und der Vororte

in der Brauerei Schweizergarten, Am Königsthor, und in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 17/18.

Tages-Ordnung: 1. Welche Stellung haben wir einzunehmen, um die neunstündige Arbeitszeit zu erhalten, und wie verhalten wir uns zu denjenigen Arbeitgebern, welche unsere Forderung noch nicht anerkannt haben? 2. Verschiedenes.

Die Kassierer zum Agitationsfonds von den Zahlstellen Nordosten, Osten, Süden, Südosten und die der dazu gehörigen Vororte sind in der Schweizergarten, die Kassierer von den Zahlstellen Norden, Moabit, Westen, Schöneberg und die der dazu gehörigen Vororte sind in der Kronen-Brauerei anwesend.

Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierer-Gewerbe Berlins.

Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr.

Versammlung

aller großjährigen Kassenmitglieder behufs Neuwahl von Vertretern zur Generalversammlung.

Arbeitgeber bei Ehrlich, Strolauerstraße 36/37, wählen 10 Vertreter.

Arbeitnehmer in Ebert's Neues Klubhaus, Kommandantenstr. 72, wählen 20 Vertreter. — Mitgliedsbuch legitimirt.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht 284b Der Vorstand.

Zu kaufen gesucht

zu guten Preisen: Veltre soziale Bücher, Broschüren und Zeitschriften (Vorboten, Zukunft, Neue Zeit etc.), kompl. u. einzeln. Calvari & Co., Buchhandlung Berlin NW., Luisenstr. 31.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Gustav Löffig, Berlin S., Grimsenstr. 46. versendet gegen Nachnahme (nicht unter 10 Pf.) garant. neue vorzügl. weiße Bettfedern, h. 55 Pf. Halbdaunen, h. 75 Pf. 1.25 h. weiße Halbdaunen, h. 75 Pf. 1.25 vorzügliche Tannen, h. 75 Pf. 2.50 Von diesen Tannen genügen 3 Pfund zum ardsten Oberbett. Bestellungen mit nicht brechen.

Charlottenburg.

Wash- u. Plättgeschäff, gut gehend, bill. z. verk. Näh. b. Pirch, Wilmersdorferstraße 32. 223b*

Achtung! Verein zur Wahrung der Interessen aller in Berlin und Umgegend auf Holz- u. Kohlenplätzen, Bahnhöfen, Gasanstalten usw. beschäftigten Arbeiter und Aufsicher.

Sonntag, den 15. März 1896, abends 6^{1/2} Uhr,

bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Vereins-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder. 42/11

Gäste haben freien Zutritt.

Der Vorstand.

Achtung! Appreteure, Dekateure, Färber

und verwandte Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 15. d. M., vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wille, Andreasstraße 26:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über Staat und Arbeiter. Referent: Genosse Faber. 2. Wahl eines Hilfskassiers. 3. Vereins-Angelegenheiten. 64/3 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins.

Mitglieder-Versammlung

am Sonntag, den 15. März, vorm. 11 Uhr, im Lokale des Genossen Wernau, Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Sassonbach über: Fortschritt und Armuth. 31/11
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Genossen Berlins!

Sonabend, den 14. März, abends 8^{1/2} Uhr, im Feen-Palast, Burgstraße 22, Ecke Wolfgangstraße:

Gedächtnissfeier für Karl Marx

veranstaltet vom Defekklub „Karl Marx“.

100/14

Großes Vokal- und Instrumental-Konzert

angeführt von Mitgliedern der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker, Dirigent: G. Graf, unter Mitwirkung der Gesangsvereine: „Alpenveilchen“, „Freya I“, „Nordwacht“, „Olympia“ u. „Norddeutsche Schleiße“. Dirigent: R. Blobel.

Festrede, gehalten von W. Liebknecht.

u. a. gelangt zur Aufführung: „Columbus“.

Billet 30 Pf.

Nach dem Konzert: Ball.

Billet 30 Pf.

Lankow, Bülowstr. 21; Schüler, Mittenwalderstr. 43, bei Ziehowstr.

Sensationelle Brochüre:

Dr. Fritz Friedmann.

Authentische Enthüllungen eines langjährigen Vertrauten.

Inhaltsangabe:

- Genie und Verbrechen
- Ein Ständchen bei dem berühmten Verteidiger Gold!
- Gold! Gold!
- Die angedrohte Ausweisung aus dem Anwaltsstande
- Friedmann als Verteidiger in Sachen Kotze
- Oa est la femme?
- Der Zusammenbruch
- Die Flucht
- Die Verhaftung
- Epilog.

Mit Bildniß. Preis 50 Pf. pro Exemplar, Porto 5 Pf.

Verlag von G. Fritzsche, Hamburg.

